

DETLEV VON LARCHER  
SPD-Parteitag -  
keine Anpassung ?

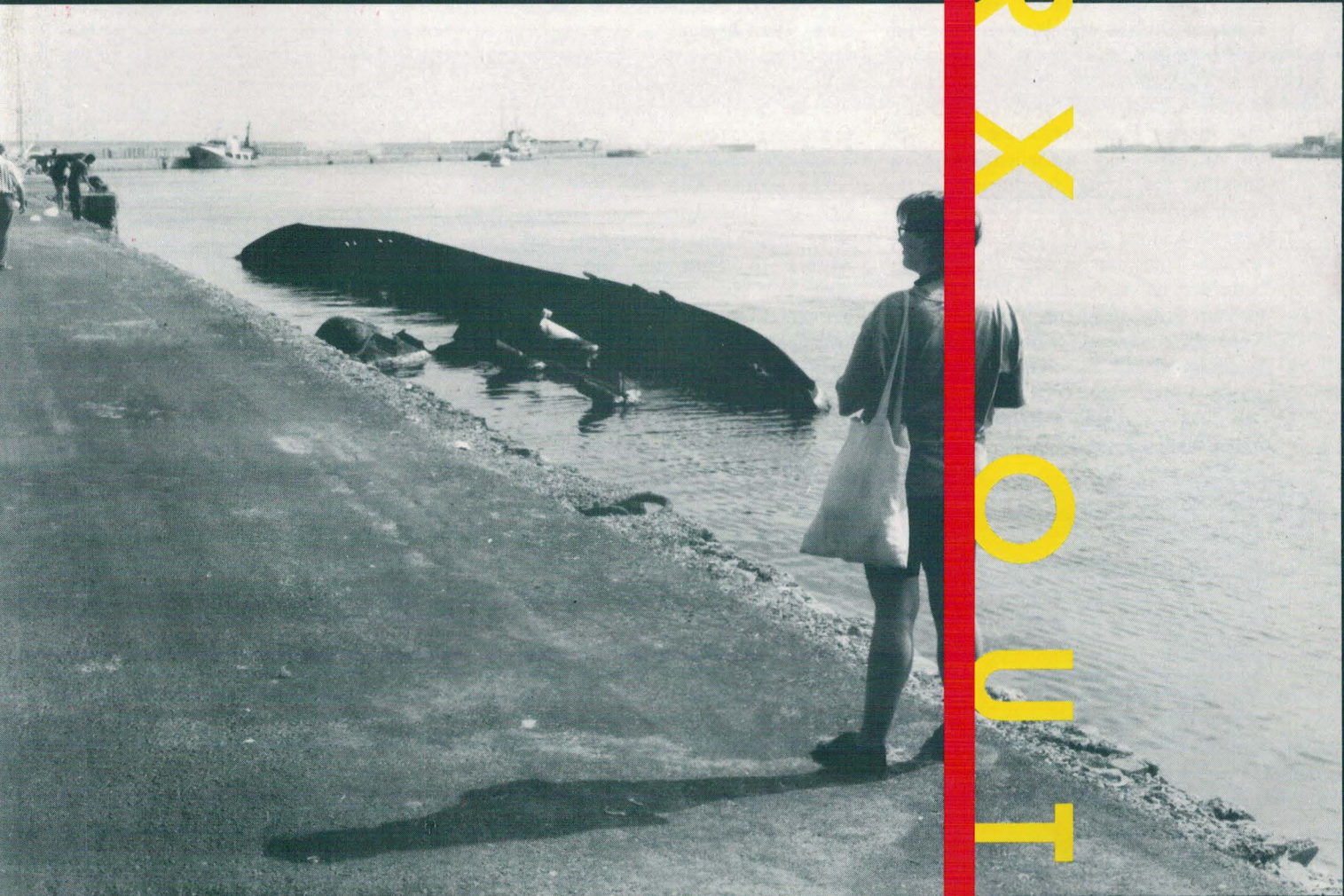
ULRICH WOLF  
Postmarxismus ?

ANDRÉ LEISEWITZ/  
KLAUS PICKSHAUS  
Gewerkschaften  
und Umweltpolitik  
im Betrieb

# SPW

Zeitschrift  
für  
Sozialistische  
Politik  
und  
Wirtschaft

# MARX OUT ?





## Clinton am Ruder der Titanic:

von Edgar Göll (Berlin)

Eine Wende in den USA ist möglich: endlich bestehen wieder reale Chancen für eine zivilisiertere Politik im Land der unbegrenzten Möglichkeiten. Der auf fünf Prozent zusammengeschrumpfte Abstand zum Verlierer Bush ist durchaus deutlich und die Politikexperten deuten schon daran, welchen politischen Auftrag ("mandate") nun Clinton/Gore vom US-amerikanischen Wahlvolk erhalten haben. Die Finanzmärkte reagierten wegen der Vorausschbarkeit des Clinton-Sieges gelassen und "freundlich".

Die Wahlen zum US-Kongreß waren demgegenüber wieder wenig spektakulär. Trotz diverser Skandale wurden viele Amtsinhaber wiedergewählt - allerdings nicht mit einer Rate von 98 Prozent wie beim letzten Mal. Viele Abgeordnete hatten allerdings auf eine Wieder-Kandidatur verzichtet, sodaß deshalb etliche neue Gesichter im Kongreß auftauchen werden, darunter einige Frauen und Vertreter von Minderheiten. An den Mehrheitsverhältnissen hat sich fast nichts verändert.

Wie in verschiedenen US-Bundesstaaten möglich, haben dort die WählerInnen über zahlreiche Gesetzesinitiativen (Begrenzung der Amtszeiten für Abgeordnete, Umgang mit HIV-Infizierten, Todesstrafe) abstimmen können, die weitgehend erfreulich ausgegangen sind.

### Mehrheit für Clinton nicht so rosig

Die Wahl von Clinton (zusammen mit den 19 % Stimmen für Perot) stellt eine deutliche Ablehnung einer weiteren Präsidentschaft Bushs dar, weniger eine klare Zustimmung für Clinton und sein Programm. Selbst Republikaner und die meisten "Reagan-Demokraten" hatten Bush satt und wollten eine Wende. Erstaunlich ist tatsächlich, daß noch am Wahltag fast ein Fünftel der Wählenden diesem chancenlosen Populisten ihre Stimme gaben, denn Unzufriedenheit mit früheren Kandidaten wurde immer wieder in den Umfragen ausgedrückt, am Wahltag aber wollten die meisten Unzufriedenen dann aber entweder sowieso nicht zur Stimmabgabe oder sie stimmten für einen aussichtsreichen Kan-

didaten. So gesehen sind nicht nur die 38 % Stimmen für Bush, sondern auch die 19 % für Perot eine Absage an Clinton. Wenn dann noch die 'Stimmen' für die größte Partei (die der Nichtwähler mit 45%) hinzugenommen werden, erscheint der Erdrutschsieg des jugendhaften Gespanns Clinton/Gore in einem nicht mehr so rosigen Licht.

Perot, das "Rumpelstilzchen aus Texas", hat sich anscheinend an das Rampenlicht gewöhnt und seine Bereitschaft, am "change" mitzuwirken, signalisiert und wird am Ball bleiben "wenn seine Anhänger dies wünschen". Mit seiner klaren und ungeschönten Kritik an einigen Defiziten der USA läutete er unüberhörbar das Ende der herrschenden Ignoranz ein, das mit dem Schauspieler Reagan 1980 begonnen hatte. Abgesehen von den zutiefst problematischen Aspekten des Phänomens Perot: er erweiterte den Diskursrahmen, indem er die vom mainstream lange verdrängten Probleme zur Sprache brachte, insbesondere das Haushaltsdefizit und die mangelnde internationale Wettbewerbsfähigkeit der US-Wirtschaft. Die lange angestaute Stimmung gegen das Establishment in Washington konnte durch Perot genutzt und debattiert werden. Im Gegensatz zu früheren Wahlen verpuffte diese Antipathie bis zum Wahltag nicht. Stärker als in den letzten langweiligen Wahlkämpfen waren die offenen Wunden deutlich zu spüren, für alle.

Perot hatte allerdings als Firmenboss bislang kaum mit medialer Durchleuchtung und Kritik zu kämpfen, mußte seine Pläne nicht mit gleichberechtigten Gegnern abstimmen. Seine persönlichen Eigenschaften und manche seiner hemdsärmeligen Ansichten scheinen nach Aussagen von früheren Mitarbeitern nicht besonders geeignet zu sein für ein hohes politisches Amt. Doch könnte er in der neuen Administration durchaus in der ein oder anderen Form eingebunden werden (damit würde Clinton seine Basis ausbauen), oder aber durch eine Verstärkung seiner Wahlkampfmaschinerie und Einsatz seiner Dollars in der Politik erheblich mitmischen. Immerhin wird er als "Volkes Stimme" angesehen. Nachdem Bush von einem Rekordhoch nach dem Gemetzel im Irak immer weiter abgesunken war, sich andere ernsthafte Kandidaten der Demokraten (Jesse Jackson, Richard Gephardt, Bill Bradley, Mario Cuomo etc.) dann nicht mehr einschalten konnten, und die anderen Be-

werber (vom Linken Jerry Brown bis zum Rechtsextremen Pat Robertson) ausgeschieden waren, blieb das Drei-Kandidaten-Rennen relativ spannend. Angesichts der enormen Probleme und der versachlichten Diskussion im Verlauf des Wahlkampfes stieg das Interesse der potentiellen WählerInnen immer mehr und führte zu einer für die USA erstaunlich hohen Wahlbeteiligung von 55 Prozent: es schien reale Alternativen zu geben, die Stimmabgabe konnte wirklich zählen.

### Bush's Angriffe verfangen nicht

Bushs verbale Angriffe gegen die "tax-and-spend-Democrats" fruchteten angesichts der maroden sozio-ökonomischen Lage nicht: das Vertrauen der meisten Wähler in Bushs Gesundheitsrezepte war nicht zuletzt aufgrund Perots permanenter Attacken derart unterminiert, daß die Ungereimtheiten in Clintons Wirtschaftsprogramm weniger gefürchtet waren als früher.

Nicht von ungefähr hatten die wichtigen Gewerkschaften lange gewartet, bevor sie sich offiziell, uneinheitlich, für ihren jeweiligen demokratischen Kandidaten aussprachen, wobei Clinton anfangs nicht viel davon abbekam.

Aber die vereinte Kritik gegen das republikanische Wirtschaftskonzept der "trickle-down-economics" und all die vielen anderen Defizite wurden durch eine für demokratische Präsidentschaftskandidaten erstaunlich professionelle Wahlkampfführung erfolgreich ins veröffentlichte Bewußtsein gebracht mit Parolen, nach denen sich viele WählerInnen sehnten; im Kern hieß sie "change" und "people first". Der renommierte US-Historiker Arthur Schlesinger wies in seinem Buch "The Cycles of American History" auf zwei Grundtendenzen in der Geschichte der Vereinigten Staaten hin, die permanent im Widerstreit liegen: "public purpose" und "private interest". Nach Zeiten der Dominanz egoistischer Interessenverfolgung - wie die Ära Reagan auch charakterisiert worden ist - sei immer eine Phase des "public purpose" eingetreten. Auch der Wahlsieg Clintons paßt in diesen 30-Jahreszyklus<sup>1</sup>.

Bushs insistieren auf den Eigenschaften Erfahrung und Qualifikation, Charakter, family values, seine Kritik gegen den (demokratisch dominierten) US-Kongreß usw. erschien angesichts seiner eigenen

schlechten politischen Bilanz geradezu obsolet: er war nicht der Bildungspräsident, er war nicht der Umweltschutzpräsident gewesen, er hatte Steuern erhöht, er hatte weder das Haushaltsdefizit noch Saddam Hussein eliminiert.

Demgegenüber konnte Clinton trotz anderer Basis aus Arkansas einige Erfolge vorweisen, die den aktuellen Bedarf treffen: Bildung, Partnerschaft zwischen Unternehmern und Gewerkschaften und seiner Landesregierung.

### Clinton versucht, am "New Deal" anzuknüpfen

Clintons Kampagne entwickelte sich (verbal) immer weiter nach links und die Nominierung des jungen Senators Al Gore als Vize-Präsidentschaftskandidat unterstreicht diesen Trend. Während der Democratic Convention versprach Clinton einen neuen Bund ("New Covenant") zwischen Unternehmern, Gewerkschaften und Administration, einer Idee, mit der er explizit an Franklin D. Roosevelts "New Deal" anknüpft. Im weiteren Verlauf des Wahlkampfes war davon nicht mehr viel zu hören. Dennoch erinnert die ganze Stimmung an den Beginn des New Deal (ab 1933) oder an den Beginn der Präsidentschaft John F. Kennedys (1961).

Die anstehenden Themen Wirtschaftspolitik, Infrastruktur, Forschung, Haushaltsdefizit, Wettbewerbsfähigkeit, Gesundheitssystem, Abtreibung und Bildung müssen nun angegangen werden. Clinton erweckt den Anschein, als würde er sich an europäischen Politiken orientieren, wie beispielsweise bei der Industrie- und Forschungspolitik und der Berufsausbildung. Mit einem von relativ gleichgesinnten, demokratischen Abgeordneten bestückten Kongreß dürfte es Clinton viel leichter haben, sein Programm - wenn er es geschickt betreibt und die richtigen Leute einbezieht - durchzusetzen. Wegen des lange sicheren Vorsprungs von Bill Clinton gegenüber seinen Rivalen hatte er Zeit zur Auswahl adäquater und motivierter Berater und Mitarbeiter, die wiederum erwarten konnten, für den künftigen Präsidenten der USA zu arbeiten. Während Clinton und Gore das Land für Wählerstimmen bereisten, hatten die Experten Zeit für die Konkretisierung der Wahlkampfparolen und deren Abstimmung aufeinander. Ob dabei allerdings ein tragfähiges und realisierbares Regie-

rungsprogramm für die zentralen Politikbereiche geschaffen wurde, welches mobilisierungs- und mehrheitsfähig sein wird, wird sich spätestens nach den ersten 100 Tagen, der traditionellen Schonfrist für neue Präsidenten, zeigen. Clinton muß sich dafür auf einige wenige Punkte konzentrieren und sie möglichst schnell angehen, ansonsten könnte er von den üblichen Querelen ausgelaugt werden.

Eine Verwirklichung des Programms dürfte insbesondere auf Finanzierungsgrenzen stoßen, da das Haushaltsdefizit fast gar keinen Handlungsspielraum bietet - eine Erbschaft der Reaganomics.

### Außenpolitik kein Wahlkampfthema

Das Thema Außenpolitik fehlte im Wahlkampf fast völlig, nachdem Bush auf diesen Lorbeeren zu verwelken schien. Dabei gibt es doch wieder zahlreiche Krisen und Konflikte auf internationaler Ebene. Insgesamt wird keine grundsätzlich neue Politik von Clinton erwartet, doch könnte eine Zivilisierung eintreten, eine Akzentverschiebung für die Behebung von existenziellen Problemen. Für die Außenpolitik erwarten Experten einen langsamen Rückzug der US-Führung und eine Umorientierung zu nicht-militärischem und kostensparendem Engagement. Wie auf dem innenpolitischen wird sich hier erst noch zeigen, inwieweit Clintons Konzepte im außenpolitischen-militärischen Establishment auf Akzeptanz stoßen und durchgesetzt werden können. Im Außenhandelsbereich dürfte die Gangart der demokratischen Administration jedenfalls noch härter werden.

Vieles wird davon abhängen, mit welchen Leuten die etwa 6000 politischen Ämter in der neuen Administration besetzt werden. Einige Namen für wichtige Positionen werden bereits gehandelt. Sie versprechen zwar Sachkenntnis, aber keine besonders fortschrittliche Wende - aber nur eine solche könnte die US-Variante der fordistischen Krise 'bewältigen'. Dabei ist zu hoffen, daß Clinton die Auswahl nicht so betreibt wie bei seinem Wahlkampf- und Beraterteam: dies besteht fast ausschließlich aus weißen Männern, Frauen und Minderheiten sind die Ausnahme.

Die konservative Rechte steht vor dem Dilemma, die durch sie selbst, also durch

"Reaganomics" verursachten bzw. verschärften Probleme diesmal nicht 'lösen' bzw. vertuschen zu können. Falls es den Demokraten im Weißen Haus und im Kongreß gelingen sollte, die strukturellen Probleme den langjährigen Reagan- und Bush-Regierungen zuzuschreiben, wäre sie auf Jahre hinaus fest im Sattel.

### Die Situation der Linken

Die fragmentierte Linke nutzte leider nicht den eminenten Unmut und den "wind of change", in den der populistische Milliardär Perot dann sein Segel setzte. Clinton grenzte progressive Elemente aus seiner Wahlkampfmannschaft und seinem Beraterteam aus. Falls auch seine reale Politik derart mainstreamorientiert sein sollte - wofür wegen seiner Konzentration auf die 'ausgepreßten' Mittelschichten einiges spricht, wird die Linke wieder vor der Frage stehen, ob nicht endlich eine verstärkte Zusammenarbeit oder gar der Aufbau einer dritten Partei zu bewerkstelligen wäre. Derzeit gibt es sogar mehrere Versuche des Aufbaues parteiähnlicher Strukturen auf der Linken, mit denen lokale Initiativen und verschiedene Gruppen verbunden werden sollen (21st Century Party, The New Party, Labor Party Advocates, The Independent Party, etc.). Doch der US-Linken mangelt es noch zu sehr an Populismus, Vernetzung, Pragmatismus und vor allem zielorientiertem Handeln an aktuellen Themen. Der Verzicht des Hoffnungsträgers Jesse Jackson auf eine (nach 1984 und 1988) dritte Präsidentschaftskandidatur enttäuschte viele (sein Berater hatte ihm offenbar eine Kandidatur empfohlen), gerade auch vor dem Hintergrund, daß er die "Rainbow Coalition" immer noch nicht zu einer gutorganisierten Bewegung ausbauen ließ, worüber es bereits harte interne Auseinandersetzungen gegeben hat. Statt dessen tritt er als Moderator einer Talk-Show auf und spielt Schatten-Senator des (nur halbsouveränen) Bundesstaates D.C. (Washington). Es ist wie bei uns: wenn die Segel nicht gesetzt werden, nutzt der beste Wind nichts; wenn der Wille zu persönlichem Engagement und gesellschaftlicher Systemüberwindung fehlt, nutzt die beste historische Chance nichts.

<sup>1</sup> Sozialreformerische Perioden begannen gemäß Schlesinger beispielsweise 1901 (Theodore Roosevelt), 1933 (Franklin D. Roosevelt) und 1961 (John F. Kennedy).

# SPD

## Keine Anpassung an Rechtsentwicklung

von Detlev von Larcher MdB\*

Mit dem a.o. Bundesparteitag der SPD am 16./17. November 1992 hat der Schwenk von Petersberg ein Ende gefunden. Die Beschlüsse des Bonner Parteitag haben die Kernpunkte in den beiden umstrittenen Themenbereichen Asyl und UNO zurückgewiesen. Für die SPD ist nun klar: Länderlisten, die dazu führen, daß Asylbewerber aus bestimmten Ländern grundsätzlich der Weg zum Asylverfahren verschlossen bleibt, kann es nicht geben. Ebenso ist klar: auch Straftätern steht das Asylverfahren offen. Deren Verfahren sollen jedoch bevorzugt behandelt werden, d.h. besonders schnell zum Abschluß kommen. (Handelt es sich jedoch um Verbrechen oder sehr schwere Straftaten, kann schon nach geltendem Recht auch in ein Verfolgerland vor Abschluß des Asylverfahrens abgeschoben werden.) Für den Einsatz von Bundeswehrsoldaten im Rahmen der UNO gilt weiter: als Blauhelme ja, darüberhinaus gibt es keinen Einsatz deutscher Soldaten out of area.

### Zuwanderung und Asylrecht

Seit Petersberg bewegte die veröffentlichte Meinung beim Thema Asyl nur die Frage: wird die SPD einer Grundgesetzänderung zustimmen oder nicht. Damit haben Presse und Medien die Kampagne der C-Parteien ungewollt unterstützt, die eine Änderung des Artikel 16 Abs. 2 GG wider alle Realität zum Dreh- und Angelpunkt einer Bewältigung des Zuwanderungsproblems hochstilisiert hat. Dabei wissen alle, die sich mit dem Thema ernsthaft beschäftigt haben, daß steuernde Maßnahmen unterhalb einer Verfassungsänderung effektiv möglich sind, eine Grundgesetzänderung jedoch nicht weiterhilft, es sei denn, man würde gleichzeitig mit der Abschaffung des Asylrechts die Ostgrenzen der Bundesrepublik mit Mauer und

Stacheldraht befestigen und einen Schießbefehl geben.

Der Beschluß des Bundesparteitages fordert daher zu Recht ein Paket von Maßnahmen, um die Zuwanderung zu steuern und zu begrenzen.

An erster Stelle wird die Bekämpfung der Fluchtursachen genannt: wirtschaftliche und humanitäre Hilfe für die Herkunftsländer und Druck auf die Verfolgerländer, um sie zur Einhaltung der Menschenrechte zu bringen. Folgende Maßnahmen unterhalb einer Verfassungsänderung werden gefordert:

- die Herausnahme der Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlinge aus den Asylverfahren durch eine bis zur Beendigung des Bürgerkriegs befristete Aufenthaltsgenehmigung (B-Status);
- ein europäisch abgestimmtes Zuwanderungsgesetz mit jährlichen Quoten;
- die Beschleunigung der Asylverfahren für solche Bewerber,
  - deren Antrag offensichtlich unbegründet ist,
  - die nicht aktiv an der Prüfung ihres Verfahrens mitwirken,
  - die gleichzeitig mehrere Asylanträge stellen,
  - die in erheblicher Weise straffällig geworden sind;
- die erforderliche personelle und technische Ausstattung des Bundesamtes;
- die Zusammenfassung des gesamten Verfahrens beim Bund;
- die Bereitstellung von Bundesliegenschaften für die Unterbringung;
- die Bekämpfung des Schlepperunwesens;
- während des beschleunigten Verfahrens sollen die Bewerber Sachleistungen statt finanzieller Sozialhilfe erhalten.

Die Verwirklichung dieses Maßnahmenbündels ist entscheidend für die mögliche Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung. Die beschlossenen Ergänzungen des Art. 16 GG sind dagegen ergänzende Maßnahmen zur Europäisierung des Asylrechts. Sie haben nur geringe quantitative Auswir-

kungen. Sie beziehen sich auf

- die Aufnahme der Definition des Flüchtlingsbegriffes aus der Genfer Flüchtlingskonvention und der Europäischen Menschenrechtskonvention Kapitel I, Artikel 1 A;
- die Anerkennung von Asylentscheidungen europäischer Staaten, die als Teilnehmer der Genfer Flüchtlingskonvention und der Europäischen Menschenrechtskonvention eine Nachprüfung durch eine *weisungsunabhängige* Instanz und die tatsächliche Anwendung dieser Regelungen (sic!) gewährleisten;
- die Zurückweisung von Asylbewerbern, die schon in einem anderen Land Zuflucht gefunden haben und des Schutzes in der Bundesrepublik nicht bedürfen, in eben dieses Land.

Dieser Beschluß bedeutet:

- das Individualrecht auf Asyl bleibt unbeschädigt,
- die Rechtswegegarantie des Artikel 19 Abs. 4 GG wird nicht angetastet,
- Länderlisten, die Asylbewerber aus bestimmten Ländern vom Asylverfahren grundsätzlich ausschließen, sind vom Tisch,
- der Satz: "Politisch Verfolgte genießen Asylrecht" bleibt unverändert in Artikel 16 GG.

Bedeutet die drei vorgesehenen Ergänzungen des Artikel 16 Abs. 2 GG den von einigen befürchteten Einstieg in weitere Veränderungen des Grundrechts auf Asyl? Ich meine nein. Vielmehr ist eine weitere Veränderung durch diesen mit einer Mehrheit von ca. 90 Prozent der Delegierten gefaßten Beschluß geradezu ausgeschlossen. Die beschlossenen Ergänzungen können jedoch dazu dienen, einen einheitlichen europäischen Asylrechtsraum zu schaffen, mit Asylverfahren, die rechtsstaatlichen und humanitären Prinzipien Rechnung tragen.

### Bundeswehr und UNO

Die Diskussion in den Gliederungen und ihre Beschlüsse vor dem Bundesparteitag haben dazu geführt, daß in

der Beschlußvorlage der Antragskommission nur noch vom Einsatz deutscher Blauhelme bei friedenserhaltenden Maßnahmen der UNO die Rede war. Freilich heißt es in dem Beschluß: "...das Spektrum der Blauhelm-Missionen ist breiter geworden...". Bei der Einzelabstimmung wurde der Text um folgenden Satz ergänzt: "Auch friedenserhaltende Maßnahmen in der erweiterten Form brauchen, wenn der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen ihre Durchführung beschließt, die Zustimmung der am Konflikt Beteiligten und dürfen die Grenze zu militärischen Kampfeinsätzen nicht überschreiten". Der fließende Übergang beim Einsatz von Blauhelmen von friedenserhaltenden Maßnahmen zu friedensschaffenden Kampfeinsätzen soll so verhindert werden.

Damit bleibt der Beschluß des Bremer Parteitag, den die SPD-Bundestagsfraktion durch einen Antrag im Bundestag umgesetzt hat, bestehen; eine Grundgesetzänderung wird es mit der SPD nur für den Einsatz von Blauhelmen geben, mehr nicht.

Allerdings ist damit die Diskussion in der SPD nicht beendet. Der Zusammenhang einer UNO-Reform und der Einsatz deutscher Soldaten im Rahmen der UNO außerhalb von reinen Blauhelmaktionen wird die Partei weiter beschäftigen. Schon auf dem ordentlichen Parteitag 1993 ist mit einer weiteren Diskussion zu rechnen. Für die Linke in der SPD wird es darauf ankommen, diese Diskussion gründlich vorzubereiten und die auch in ihren Reihen unterschiedlichen Auffassungen nach Möglichkeit zu vereinheitlichen.

### Innere Sicherheit

Im Kapitel "Innere Sicherheit gewährleisten" ist der Punkt 31 der Petersberger Empfehlungen weggefallen, hinter dem sich der sogenannte große Lauschangriff verbarg. Auch dies ist eine entscheidende Veränderung der Vorlage von Petersberg durch den a.o. Bundesparteitag.

### Wirtschafts- und Sozialpolitik, ökologische Modernisierung

Das, was mit der Vorlage des Sofortprogramms auf dem Petersberg beachtlich war, nämlich die Konzentri-

on der Partei auf diesen Themenbereich, ist nicht gelungen. Gerade diese Vorlage und die damit verbundene Botschaft hat freilich verhindert, daß dieser Bereich in der Parteidiskussion in den Vordergrund rückte. Entsprechend farblos blieb auch die Diskussion auf dem a.o. Bundesparteitag zu diesen Punkten.

Diese Kapitel enthalten eine Fülle von Vorschlägen und Forderungen, in denen eine Priorität kaum sichtbar wird. Auch bleibt die Finanzierung dieser Vorschläge im Halbdunkel. Immerhin wird klar, daß die SPD auf ein soziales, ökologisches Reformprojekt setzt, gerade auch im Hinblick auf den Aufbau in den neuen Bundesländern. Die Parteilinke wird ihren Diskussions-schwerpunkt bis zur Vorlage eines Regierungsprogramms für den Wahlkampf 1994 auf diese Punkte richten müssen.

### Das Verhältnis Partei-Bundestagsfraktion

In der Debatte um das Zuwanderungsproblem war das Mißtrauen gegenüber der Bundestagsfraktion deutlich spürbar. Dazu hat in der Vergangenheit manches Interview von Fraktionsobere nicht unerheblich beigetragen. Auch die Rede des Fraktionsvorsitzenden auf dem Parteitag war nicht geeignet, dies Mißtrauen abzubauen. Eine entsprechende Reaktion gab es unter großem Beifall der Delegierten durch den Beitrag von Jörg Jordan, der daran erinnerte, daß zwar jede(r) Abgeordnete(r) bei einer Abstimmung im Bundestag seinem Gewissen verantwortlich sei, daß aber die Fraktion als Ganzes die Führungsrolle der Partei durch Bundesparteitagsbeschlüsse akzeptieren müsse.

Fraktion und Partei müssen ein großes Interesse haben, dieses Mißtrauen abzubauen, weil dieses Mißtrauen die Kraft der SPD insgesamt schwächt. Zum Abbau dieses Mißtrauens kann beitragen, wenn die vom Parteitag als unverrückbar angesehenen Eckpunkte des Asyl-Beschlusses in den jetzt stattfindenden Verhandlungen der Bundestagsfraktion mit der Regierungskoalition strikt beachtet werden. Ob dies der Fall ist, wird der Parteirat überprüfen, der das eventuelle Verhandlungsergebnis vor einer Abstimmung im Bundestag zu bewerten hat. Durch die Übertragung dieser Aufga-

be auf den Parteirat hat der Bundesparteitag die Priorität der Partei gegenüber der Bundestagsfraktion bei richtungsweisenden Entscheidungen deutlich betont. Es wäre gut, wenn diese Festlegung nicht weiterhin durch Äußerungen von Bundestagsabgeordneten in Frage gestellt würde.

### Zur Beurteilung des Diskussionsprozesses seit Petersberg

Die Linke in der SPD hat im Sofortprogramm, wie es auf dem Petersberg konzipiert und vom Parteivorstand in Bad Salzuflen beschlossen wurde, eine deutliche Bewegung nach rechts gesehen, einen Weg der populistischen Anpassung an Rechtstendenzen in der Gesellschaft. Am deutlichsten wurde diese Kritik in dem offenen Brief an die Parteitagsdelegierten von Horst Peter und Albrecht Müller.

Meines Erachtens hat die innerparteiliche Diskussion seit Petersberg gezeigt, daß die Basis der Partei an der erreichten innerparteilichen Demokratisierung des Willensbildungsprozesses nicht rütteln läßt. Bei Entscheidungen von so großer Tragweite will die Partei als Ganzes mitwirken. Vorschläge von oben will sie diskutieren und gegebenenfalls verändern, wie es der demokratischen Tradition dieser ältesten Partei in Deutschland entspricht.

Das Ergebnis der Diskussion macht deutlich, daß die Partei am sozialen und ökologischen Reformkurs des Berliner Programms und des Regierungsprogramms "Fortschritt 90" festhalten will. Sie will ein deutliches Reformprofil der Partei und nicht Anpassung. Sie will Optionen für rot-grüne Reformbündnisse offen halten und sich nicht einengen lassen auf die Perspektive einer großen Koalition. In dieser Profilierung sieht der Bundesparteitag die Chance eines erfolgreichen Vorgehens gegen Rechtsentwicklungen unserer Gesellschaft und nicht in einer Anpassung an eben diese Rechtsentwicklung. Horst Peter ist recht zu geben: "Petersberg ist" - nach dem Parteitag von Bonn - "eine Episode". Die Parteilinke wird darauf zu achten haben, daß dies so bleibt.

\* Detlev von Larcher koordiniert seit Nov. 1992 den Frankfurter Kreis

# Werden aus Blauhelmen Grauhelme?

von Andreas Wehr  
Signalisierte Petersberg eine neue Beweglichkeit der SPD auch in der Frage der Beteiligung der Bundeswehr an Kampfeinsätzen, so kann spätestens nach dem Bonner Parteitag davon nicht mehr gesprochen werden. Die Partei ist in ihrer breiten Mehrheit zu dem Bremer Konsens -Blauhelme ja, Kampfeinsätze nein- zurückgekehrt, vorerst jedenfalls. Die Journalisten, die den dazu gefaßten Beschluß als Erfolg für Engholm werten, müssen wohl auf einem ganz anderen Parteitag gewesen sein.

Zur Erinnerung: In einer emotional überaus aufgeputschten Debatte über das Für und Wider einer militärischen Intervention in Jugoslawien hielt es die Parteiführung im Sommer für opportun, einem gewissen Meinungsdruck nachzugeben und Kampfeinsätze der Bundeswehr in Erwägung zu ziehen. Der dazu in Petersberg gefaßte Beschluß war überaus verkläusuliert und mißverständlich. Herangezogen wurde mit Artikel 43 der UNO-Charta (Beistandspflicht aller Mitglieder der UNO) eine Bestimmung, die auf die Schaffung von Streitkräften unter dem Kommando des Sicherheitsrats abzielt und nur vor dem Erfahrungshintergrund des gerade zu Ende gegangenen 2. Weltkrieges verstanden werden kann. Aufgrund der nach 1945 eingetretenen Entfremdung der Alliierten wurde von dieser Möglichkeit nie Gebrauch gemacht. 1946 begonnene Verhandlungen über die Schaffung eines Generalstabsausschusses - gebildet durch die fünf Sicherheitsratsmitglieder - verliefen daher im Sande. Auch heute, nach dem Ende des Kalten Krieges, gibt es keine erkennbare Bereitschaft der Sicherheitsratsmitglieder, auf dieses Instrumentarium zurückzugreifen. Die USA haben bereits abgewunken. Es bleibt das Geheimnis der Parteiführung, weshalb der Artikel 43 ausgerechnet in einem Sofortprogramm Erwähnung finden mußte, das doch ausdrücklich nur bis

zum nächsten Bundestagswahlkampf Gültigkeit besitzen soll. Im Parteitagsbeschluß wird der Artikel 43 wieder in die Mottenkiste der Weltgeschichte zurückbefördert. Über eine Beteiligung an solchen Streitkräften will die SPD erst entscheiden, wenn eine Reform der UNO vollzogen ist. Die Richtung der Reform ist eindeutig bestimmt: "Die Entscheidungsstrukturen der UNO sollen so geändert werden, daß ein Mißbrauch der Weltorganisation durch Großmächte oder Staatengruppen ausgeschlossen ist". Jeder weiß, daß eine solche Reform, die eine gewisse Selbstentmachtung der ständigen Sicherheitsratsmitglieder verlangt, ihre Zeit braucht. Die eigentliche Kontroverse der Debatte entzündete sich an Formulierungen, die weder im Beschluß von Petersberg noch in dem des Parteivorstandes von Bad Salzufflen enthalten waren. In einer Reihe von Spiegelstrichen der Parteitagsvorlage in der Fassung der Antragskommission war das Spektrum der Blauhelmeinsätze beschrieben worden, an denen sich die Bundeswehr - nach Ansicht der SPD - zukünftig beteiligen können darf. Darunter befanden sich einige Aufgaben, die durchaus auch ohne Zustimmung beider potentieller Konfliktparteien wahrgenommen werden können bzw. sogar die Zustimmung eines Kontrahenten logisch ausschließen. So wird einem von Blauhelmen überwachten UN-Embargo wohl kaum der boykottierte Staat selbst zustimmen. Auch die Schaffung von UNO-Schutzzonen und -Mandatsgebieten wird wohl kaum im Konsens aller Beteiligten zu realisieren sein. Die Blauhelmschiffe würden so schnell den Charakter von überparteilichen und unabhängigen Einheiten verlieren, die im Krisengebiet stationiert sind, weil alle Beteiligten es wollen. Macht man ihre Anwesenheit vom Willen nur eines Beteiligten abhängig, so werden schnell aus friedenserhaltenden friedensschaffende Streitkräfte, zumindest tut sich

eine Grauzone auf, in der es schnell zu parteilichen Verwicklungen von UNO-Truppen kommen kann. Aus Blauhelmen - so formulierte es ein Debatte-Redner - werden Grauhelme.

Zwar wurde vor der Beschreibung der möglichen UNO-Einsätze ein Generalvorbehalt in den Beschluß hineingeschrieben, der die Zustimmung der Beteiligten Konfliktparteien zur Voraussetzung jedes deutschen Engagements macht, auch wurde die Formulierung zu den Embargomaßnahmen entschärft, doch der eigentliche Konflikt wurde nur vertagt. Spätestens auf dem nächsten Parteitag im November 1993 ist eine Fortsetzung zu erwarten. Bei der Formulierung einer neuen Friedens- und Sicherheitspolitik hat die SPD nur erste Etappen zurückgelegt.

Es wird weiter darum gehen, welche Aufgaben man der UNO übertragen will und welchen Stellenwert man militärischen Befriedigungsaktionen überhaupt einräumt. Es wird dabei zu berücksichtigen sein, daß die Vereinten Nationen nach dem Ende des Kalten Krieges zwar - und dies ist für Sozialdemokraten durchaus zu begrüßen - eine sehr viel aktivere Rolle spielen können, daß aber zugleich der übermächtige Einfluß der Interessen der Ersten Welt wieder deutlicher in Beschlüssen und Handlungen der Weltorganisation zum Ausdruck kommt. Sozialdemokraten werden sehr darauf zu achten haben, daß die UNO nicht zum Instrument von Großmachtinteressen zur Sicherung von Absatzmärkten und Rohstoffquellen wird. Auch wenn die notwendige Demokratisierung ihrer Entscheidungsgremien nur schwer zu realisieren sein wird, so wird doch die Forderung nach einer Stärkung des Einflusses der Dritten Welt eine zentrale Rolle einnehmen, soll die UNO wirklich - wie vom Parteitag beschlossen - zu einer "Weltfriedensinstanz mit internationalem Gewaltmonopol (Welt-polizei)" werden.

# E I N N E U A N F A N G ?

## Anmerkungen zur Situation der Berliner SPD

von Arnold Schönberg

Die Presse war sich einig in ihrer vernichtenden Kritik nach dem Berliner Wahlparteitag am 30. und 31. Oktober: "Ein Beginn mit Personenschlappen" (Morgenpost), "Staffelt - eingemauert von den Linken", (Tagesspiegel) und noch schlimmer: "So ein peinliches Durcheinander" (Bild).

Was war tatsächlich geschehen? Ditmar Staffelt hatte sich in einer Kampfkandidatur gegen seine Mitkonkurrentin Monika Buttgerit mit 178 zu 103 Stimmen durchgesetzt. Klaus-Uwe Benneter wurde gegen Staffelts Willen als Landeskassierer bestätigt und als einen der vier Stellvertretenden Landesvorsitzenden zogen die Delegierten den von Monika Buttgerit vorgeschlagenen Christoph Tannert aus Lichtenberg einem ebenfalls aus dem Ostteil stammenden aber vom Rechtskreis favorisierten Kandidaten vor. Bei den Beisitzerposten und bei den gleichzeitig zu wählenden Delegierten für den Bundesparteitag stellte sich dann wieder das traditionelle Verhältnis von rechts und links her. So wurden auch Kurt Neumann und Andreas Wehr Mitglieder im Vorstand. Sieht man also von der Wahl Tannerts ab, so haben sich die Mehrheitsverhältnisse nicht merklich verschoben. Schon gar nicht kann man von einem "Durchmarsch der Linken" sprechen. Es bestätigte sich vielmehr die linke Mehrheit, wie sie sich seit der Wahl von Jürgen Egert 1985 herausgebildet hatte.

Restlos gescheitert ist allerdings der Versuch, im Windschatten der Kandidatur Staffelts eine neue Mehrheit in der Partei zu etablieren. Die Koalition aus der übrig gebliebenen Rechten, Anhängern des Konzepts von Staffelt in der Parteilinken und den Delegierten aus dem Ostteil fiel glatt durch. Für viele Delegierte erschien zwar Staffelt als der zur Zeit geeignetere Kandidat, sie waren damit aber noch lange nicht bereit, auch sein sogenanntes Team mitzutragen. Und der Osten ist schon längst kein homogener Stimmblock der Rechten mehr.

Mit dem Appell an die dort noch weitgehend ungebrochene Autoritätsgläubigkeit gegenüber den Parteigrößen und an die instinktive Ablehnung all dessen, was einer Systemveränderung verdächtig wird, konnte zwar die im Westen bereits marginalisierte Rechte dort einigen Boden gutmachen. Sie kann aber nicht mehr verhindern, daß sich auch im Osten das politische Spektrum immer stärker differenziert. So wurde mit dem seinerzeitigen Gründer von Greenpeace in der DDR, Christoph Tannert, ein ausgewiesener Ökologe in den Vorstand gewählt. In der Debatte über die Petersberger Beschlüsse nahmen die Ostkreise nicht die erwartete eindeutige Haltung ein. Lichtenberg etwa lehnte jede Änderung von Artikel 16 ab.

Mit seiner Wahl zum Landesvorsitzenden hat sich Staffelt keine günstige Ausgangsposition als potentieller Herausforderer von Diepjen verschafft. Seine Kandidatur war eher eine Verlegenheitslösung, entstanden aus der Angst, Kritiker der großen Koalition könnten in der Partei zu viel Einfluß gewinnen. Hätten Gerd Wartenberg oder Wolfgang Thierse bereitgestanden, so hätte er liebend gern verzichtet. Es ist daher auch kaum zu erwarten, daß er die Berliner SPD als eigenständig profilierte Kraft in den Abgeordnetenhauswahlkampf führen wird. Als ihr gleichzeitiger Fraktionsvorsitzender ist er zudem in die alltägliche Praxis der Kompromißfindung mit dem stärkeren Koalitionspartner eingebunden. Es ist kaum zu erwarten, daß ihn die CDU aus dieser Einbindung entlassen wird. Die von Monika Buttgerit vor diesem Hintergrund geforderte Trennung von Fraktions- und Landesvorsitz hat denn auch viele Delegierte eher überzeugt.

Es ist auch noch nicht erkennbar, mit welchen Themen Staffelt die Berliner SPD aus ihrer defensiven Position herausführen will. Monika Buttgerit stellte die sich verstärkenden sozialen Spannungen in der Stadt in den Vordergrund, indem sie von "oben" und "unten"

sprach, von der alten und zugleich neuen sozialen Frage, die bald auch den Ost-West Gegensatz überlagern wird. Ditmar Staffelt hingegen stellte Fragen der inneren Sicherheit und die Forderung nach Privatisierung der Eigenbetriebe in den Mittelpunkt. Es verbleibt damit im Rahmen der von der CDU vorgegebenen Diskurse. Angesichts der von vielen im ehemaligen West-Berlin als immer schwerer empfundenen Lasten der Teilung appelliert er an die bloße Opferbereitschaft, ohne zugleich Forderungen nach einer sozial gerechteren Verteilung zu stellen.

Die Parteitagsmehrheit hat in Fragen der Bundespolitik eindeutig Stellung genommen. Berlin gehört zu den Landesverbänden, die die Petersberger Wende entschieden ablehnen. Der neue Landesvorsitzende hat hingegen für sich eine Festlegung vermieden. Bei der Nominierungsrunde in den Kreisverbänden hatte er zunächst für eine Änderung des Asylartikels plädiert. Als der Wind sich innerhalb der Partei zu drehen begann, sah er bald keine Notwendigkeit mehr dafür. Auf dem Landesparteitag beschränkte er sich schließlich auf die Formulierung von Grundsätzen, ohne zu den konkreten Anträgen eine Position zu beziehen. Man kann daher gespannt sein, wie der geforderte größere Einfluß des Berliner Landesverbandes auf die Bundespolitik konkret aussehen soll.

Die Wahl von Ditmar Staffelt zum neuen Landesvorsitzenden läßt somit eine Reihe neuer Fragen nach dem zukünftigen Kurs der Berliner SPD aufkommen. Die Grundlage für eine offensive sozialdemokratische Politik in der Stadt ist noch nicht gelegt. Doch bis zur nächsten Abgeordnetenhauswahl sind es ja auch noch gut drei Jahre. Und davor finden auch noch mal Wahlen innerhalb der Partei statt.

# Über Gesinnungs- und Verantwortungs- ethiker

Der Frankfurter Kreis nach  
Petersberg

von Reinhold Rünker\*

Viele waren zum Herbsttreffen des Frankfurter Kreises am 26. September gekommen - und es waren vor allem diejenigen, deren mehr oder weniger erbitterter Widerstand gegenüber Petersberg feststand. Den "Watschen-Mann" mußte deshalb allein Norbert Gansel machen, dessen Zweifel an der Aufrechterhaltung des grundgesetzlich verankerten Asylrechts bereits länger bekannt war - er war also nicht erst nach dem Petersberg "geläutert" worden. Gansel folgte in seiner Argumentation dem bekannten Faden. Perfide wurde es im folgenden: Natürlich solle das Recht auf Asyl für politisch Verfolgte beibehalten werden. Gegenwärtig befänden sich die in der BRD um Asyl Nachsuchenden aber in einer Situation, in der sie selbst wieder verfolgt würden - durch die steinernden und klatschenden Massen wie in Rostock. Dies könne die Linke doch nicht wollen, weshalb es geradezu ein Zeichen von Fortschrittlichkeit und linkem Humanismus sei, die Asylsuchenden vor dem sie hier drohenden Unheil zu schützen - indem wir sie hier nicht mehr um Asyl nachsuchen lassen. Mit anderen Worten: Weil die Deutschen gegenwärtig so rassistisch sind, ist es die Aufgabe der Linken, die Asylsuchenden vor diesen Deutschen zu schützen, indem sie sie bereits an der Grenze abweisen.

## Was heißt "links" in Zukunft

Gleichzeitig schwang der Versuch mit, neu zu definieren, was denn künftig als "links" bzw. "fortschrittlich" zu bezeichnen sei. Hilfsweise wird dabei mit den Begriffen "Gesinnungs-" versus "Verantwortungsethiker" gearbeitet, wobei ersteren die Rolle der "neuen Kon-

servativen" zugedacht wird, da sie weiterhin an "Gesinnungen", "Überzeugungen" festhalten, sich Gewissens- oder Programmenscheidungen verpflichtet fühlen, die - so Gansel - "wir in der Öffentlichkeit nicht mehr durchhalten". Die "wahre" linke Position bestehe jedoch darin, "verantwortungsvoll", sprich: pragmatisch zu handeln und im oben beschriebenen Sinne zu handeln. Gansel sinngemäß weiter: "Es wäre besser, jetzt mit der CDU zu verhandeln und dann das Ergebnis dem Parteitag zur Beschlußfassung vorzulegen", als auf dem Parteitag einen Beschluß zu fassen, mit dem dann keine Vereinbarung mit der Koalition möglich sei. Heidi Wiecek-Zeul sprach hingegen von einer deutlichen Rechtswende in der SPD durch die Petersberger Empfehlungen und sah die Partei bereits in einer informellen Großen Koalition mit CDU/CSU. So schimpfte eine SPD-Linke aus Sachsen-Anhalt, "wenn die SPD so weiter macht, droht das zarte Pflänzlein Demokratie in Ostdeutschland wieder einzugehen."

Katrin Fuchs fragte rhetorisch, wer der Sozialdemokratie denn noch glauben könne, wenn erst monatelang das Individualrecht als sozialdemokratische Identität beschworen, der Artikel 16 mit SPD-Zustimmung dann doch geändert werde, sich an den Zuwanderungs- bzw. Asylzahlen aber im Prinzip nichts ändern würde - worüber sich ja interessanterweise auch die meisten BefürworterInnen einer Artikel 16-Änderung einig und müßten - wie Oskar Lafontaine - konsequent weiterdenkend die völlige Ersetzung des Artikels 16 durch die Genfer Flüchtlingskonvention fordern. Und auch mit ihr würde die "gewünschte Wirkung" erst dann erreicht werden, wenn das Asylverfahren aus der Rechtsweggarantie herausgenommen und als Gnadenrecht gewährt würde - was im übrigen CSU und Reps schon länger fordern.

## Enttäuschung über die Enkel ist groß

Die Stimmen, die - Artikel 16 hin oder her - eine deutlich Linksprofilierung der SPD in der gegenwärtigen Phase einforderten, waren nicht sehr laut. Insgesamt überwog die moralische Empörung darüber, daß die SPD-Spitze in dieser für die Sozialdemokratie auch aus historischen Gründen bedeutsamen Frage eingeknickt sei. Daß sie hier nur einen vor-

zwei Jahren - nach der deutsch-deutschen Vereinigung begonnenen - Trend fortsetzte, wurde in den Beiträgen bestenfalls implizit erkennbar. Die Aufforderung von Michael Müller, nicht zuletzt aufgrund der globalen Zuspitzung ökologischer und ökonomischer Krise, ein neues linkes Projekt zu formulieren oder das von den JUSOS vorgelegte Alternative Sofortprogramm, das den Umbau-Gedanken von Fortschritt 90 zu reformulieren versuchte, wurden zwar zur Kenntnis genommen, aber nicht in die weitere Debatte einbezogen. Betroffenheit beherrschte die Szene, Analysefähigkeit hinsichtlich Partei und Gesellschaft rückten in den Hintergrund. Deutlich erkennbar war die Enttäuschung über das Verhalten der "Enkel", in deren Händen man die Partei und ihr Berliner Grundsatzprogramm so gut aufgehoben geglaubt hatte. Da schwang dann wohl doch bei der einen oder dem anderen die Furcht davor mit, daß "Petersberg" insgesamt für einen Kurswechsel stehen könnte, an dem (ehemalige) Mitglieder des Frankfurter Kreises nicht unmaßgeblich beteiligt waren.

## Formierungsprozeß der Parteilinken offen

Ob diese Erkenntnis auf der "Gefühlsebene" jedoch Auswirkungen auf den weiteren Formierungsprozeß der Parteilinken haben wird, scheint noch offen. In der Tat wird aber ein Rollenwechsel im innerparteilichen Verständnis der Arbeit des Frankfurter Kreises unvermeidbar sein, gründete es sich doch in der Vergangenheit auf die Vorstellung, eigentlich die Mehrheit in der SPD zu repräsentieren, nachdem so viele aus der "EnkelInnen-Generation" in Ämter und Würden gekommen waren. Die "JUSOS der 70er Jahre" sind die "SPD der 80er und 90er" geworden - allerdings nicht mit ihren Positionen aus den 70er Jahren. Daß dabei so manche vom "linken Pfad" abgerückt sind und sich heute faktisch in Konfrontation zum Frankfurter Kreis befinden, dies nachzuvollziehen, bereitete manchem Anwesenden einige Mühe.

## Neuer "Chefkoordinator"

Zweifellos wird der Frankfurter Kreis auch in Zukunft die Funktion haben müssen, "Brücken" zu seinen "Ehemaligen" zu bauen, Voraussetzung dafür ist aber die Entwicklung eigener Positio-

nen links vom SPD-Mainstream. Dies gilt zumal dann, wenn sich die Einschätzung als berechtigt durchsetzt, daß die SPD gegenwärtig eher eine Rechtsentwicklung vornimmt und damit einem gesamtgesellschaftlichen Trend folgt. Ihr Augenmerk wird die Parteilinke vor allem auch darauf legen müssen, die Interpretationsherrschaft über die Charakteristika "fortschrittlicher, linker Politik" wieder zu gewinnen und programmatisch zu füllen. Dazu bedarf es einer ge-

naueren gesellschaftlichen Analyse und Kritikfähigkeit. Beschränkt sich die Linke auf zumeist moralisierende Positionen, werden sie tatsächlich als bloße "Gesinnungsethiker" in eine beharrliche Quengelecke abgeschoben. In diese Gefahr sollte sich der Frankfurter Kreis nicht begeben. Für den Frankfurter Kreis brechen neue Zeiten an - auch mit einem neuen "Chefkoordinator". Fast unbemerkt vollzog sich der Wechsel an der Führungsspitze des Frankfurter Kreises.

Horst Peter, der sich zum Ende der Legislaturperiode auch aus dem Bundestag zurückziehen will, übergab den Stab an Detlev von Larcher. Und leider war keine Zeit mehr, Horst für seine langjährige Arbeit, ohne die es den Frankfurter Kreis wohl nicht mehr gäbe, einen würdigen Abschied zu bereiten. Deshalb zumindest auf diesem Weg ein herzliches "Danke schön" - und vollständig aus der Politik zurückziehen wird er sich ja wohl nicht.

## Für den Neuanfang von unten!

Zu den Rahmenbedingungen und Grundlagen unserer politischen Arbeit als JUSOS im Jahre 1992

von Harald Podzuweit, Ingo Siebert, Holger Thärichen, Michael Karnetzki

Wir sind zunehmend unzufrieden mit unserer politischen Arbeit als JUSOS, und wir stehen mit dieser Unzufriedenheit nicht allein. Jede und jeder kennt die Klagen über zu wenig Aktive in den JUSO-AGs, in JUSO-Kreisen und -Unterbezirken, in Bezirken, Landesverbänden und auf Bundesebene. Wir leiden an unserer mangelnden politischen Wirksamkeit, ohne politische Erfolge schwindet jedoch die Motivation zu politischer Aktivität. Kann die Orientierung auf eine eventuelle persönliche Karriere in der Partei dazu eine befriedigende Alternative bieten oder müssen wir gemeinsam nach neuen Wegen linker Politik suchen?

Mit unseren Problemen stehen wir als JUSOS nicht allein, und die seit langem schwelende Krise unserer herkömmlichen Politik ist auch nicht zufällig. Vielmehr ist sie, davon sind wir überzeugt, aufs Engste verknüpft mit ökonomischen und politischen Umbrüchen weltweit, in der BRD und in Berlin, denen wir uns stellen müssen, um zukünftige Handlungsmöglichkeiten für linke JUSO-Politik bestimmen zu können. Diese Thesen, entstanden für ein Seminar über das Selbstverständnis von JUSO-Arbeit in Berlin, sollen einen breiten Diskussionsprozeß über diese Fragen anstoßen.

A) Globale Entwicklungen des Kapitalismus: das 'Boot' wird enger!

1. Der Zusammenbruch des sozialistischen Staatensystems kennzeichnet eine globale Entwicklung. Die Grundtendenz besteht darin, daß sich Wohlstand und Entwicklung in wenigen Wachstumsregionen konzentrieren. So wird ein immer größer werdender Teil der Menschheit von der Teilhabe an der wirtschaftlichen Entwicklung ausgeschlossen. Außerhalb der sich abschottenden Metropolen findet ein rapider Verfall statt, der den Verlust von Lebensperspektiven für immer mehr Menschen zur Folge hat. Das auf Kapitalverwertung und Profit orientierte System des kapitalistischen Weltmarkts 'scheidet' immer mehr Regionen als nicht mehr rentabel 'aus'. Dieses Schicksal teilen die Länder Osteuropas mit denen der sog. "Dritten Welt". Während für erstere die Öffnung zum Weltmarkt den vollständigen wirtschaftlichen Kollaps bedeutet, ist für letztere die "Entwicklung" mit der Schuldenkrise seit Anfang der achtziger Jahre unübersehbar gescheitert. "Man könnte sagen, daß diese heutige Form des Imperialismus von Gleichgültigkeit gegenüber immer größeren Teilen der Menschheit gekennzeichnet ist: ein Imperialismus, der sich darauf konzentriert, seine wirtschaftlichen Ziele mit immer weniger Menschen in immer kleineren Regionen zu realisieren." [Peter Scherer: "Freie Hand im Osten." in: spw 63, S. 18]

2. Mit dieser Entwicklung verschieben sich im internationalen Maßstab auch die politischen Konfliktformen. An die

Stelle von nationalen Befreiungsbewegungen in der "Dritten Welt" für einen vom Kapitalismus eigenständigen Entwicklungsweg tritt im Gegenteil der erbarmungslose Kampf um die Perspektive einer Teilhabe am kapitalistischen Weltmarkt. Damit ist ein Verfall emanzipatorischer Zielperspektiven verbunden: Golfkrieg, Bürgerkrieg in Jugoslawien und die wachsenden Migrationsbewegungen von Süden und Osten in den Nordwesten sind nur die Vorboten dieser Entwicklung.

B) Ökonomische und politische Entwicklungen in der BRD und in Berlin:

3. Die Annexion der DDR hat die BRD, abgesehen von kurzfristigen Extraprofiten durch einen inzwischen weitgehend beendeten Nachfrageboom, insgesamt wirtschaftlich geschwächt. Die industrielle Basis in der ehemaligen DDR ist durch den Vereinigungsschock bereits zum großen Teil zerstört. 1989-1991 ist die Industrieproduktion um zwei Drittel zurückgegangen, das Bruttosozialprodukt um ein Drittel. Fast die Hälfte aller Arbeitsplätze wurde bereits vernichtet. Pro Kopf wird heute nur halb so viel investiert wie in der Alt-BRD. Die neuen Länder bleiben unter diesen Bedingungen langfristig auf jährliche Transferleistungen aus dem Westen in Hundert-Milliarden-Höhe angewiesen. Die illusorische Investitionssumme von 2.000 Milliarden DM (in Ziffern: 2.000.000.000.000!) bis zum Jahr 2000 wäre nötig für den wirtschaftlichen Anschluß der neuen Länder an das Entwicklungsniveau der Alt-BRD im Jahre 1991 (deren voraussichtlichen Entwicklungssprung bis zum Jahr 2000 noch nicht mitgerechnet). [Jan Prieue/Rudolf Hinkel: Der Preis der Einheit. Frankfurt a. M.: 1991, S. 23 ff; S. 121 ff]

\* Reinhold Rünker, bis 10/92 stellv. JUSO-Bundesvorsitzender, z. Zt. University of Essex/United Kingdom

Die ökonomische und soziale Integration der FNL wird also mehrere Jahrzehnte dauern und die öffentlichen Haushalte enorm belasten, was negative Auswirkungen auf die ökonomische Entwicklung insgesamt haben muß und auch bereits hat (z.B. Inflation und hohes Zinsniveau). Die Verteilungsspielräume werden immer enger, und auch im Westen wird es zu steigender Arbeitslosigkeit und Sozialabbau kommen.

4. In Berlin wird sich dieser Prozeß besonders drastisch ausdrücken. Die Haushaltsdefizite sind hier besonders hoch. Hinzu kommt, daß Regierungssitz und Olympia 2000 zu massiven Verdrängungsprozessen führen werden und sich somit die soziale Situation zusätzlich verschärft. Durch die Ausweitung von Büroflächen und die Ansiedlung moderner Dienstleistungszentren im Stadtkern werden Industrie, Kleingewerbe, produzierendes Handwerk und die schwächeren Bevölkerungsschichten an den Stadtrand und ins Umland verdrängt. Dazu wird vor allem die Explosion der Mieten, die jede und jeder in der Stadt erleben kann, führen.

5. Aufgrund der sich verschlechternden ökonomischen und finanziellen Rahmenbedingungen nehmen die politischen Gestaltungsmöglichkeiten weiter ab. Dies wird in der Bevölkerung durch eine fortschreitende Entpolitisierung reflektiert. Der wachsende Nichtwähleranteil hat hier seine tiefere Ursache.

Die politischen Parteien vollziehen in dieser Situation einen Prozeß der "Amerikanisierung", der sie zu Wahlvereinen verkommen läßt und die innerparteiliche Demokratie immer weiter zurückdrängt. Gerade die Große Koalition in Berlin kennzeichnet die Entwicklung von der politischen Gestaltung zur Notstandsverwaltung.

### C) Gesellschaftliche Bewegungen und die SPD:

6. Vom Verfall emanzipatorischer Kampfperspektiven und antikapitalistischer Befreiungsbewegungen weltweit sind auch die sozialen Bewegungen in der BRD (Gewerkschaften, Friedensbewegung, Ökologie, Frauen etc.) betroffen. Sie haben ihre Massenverankerung und -mobilisierung in vielen Bereichen verloren, wobei allerdings kurzzeitige, aber nicht dauerhafte Gegen Tendenzen (Anti-Golfkriegs-Bewegung, Ansätze einer Anti-Rassismus-Bewegung) nicht gering geschätzt werden dürfen.

Teile der sozialen Bewegungen haben den Zerfall emanzipatorischer Kampfperspektiven bereits stark verinnerlicht. Sie stellen sich auf die Seite der Sieger und führen die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen nur noch aus der Perspektive der Herrschenden (siehe z.B. die Asyldiskussion, in der es auch vielen Linken einzig darum geht, wie sich Zuwanderungsbewegungen am besten kontrollieren lassen). In den Gewerkschaften sind durch die existenziellen Probleme der Vereinigung die Ansätze der letzten Jahre zu einer zukunftsgerichteten Strategiediskussion fast völlig verschüttet worden.

7. Die SPD ist dabei, ihre Identität als sozialdemokratische Partei zu verlieren. An die Stelle von Interessenvertretung der lohnabhängig Beschäftigten einschließlich der Arbeitslosen im politischen System und der Verbindung mit den sozialen Bewegungen tritt ein um 'Sympathie' werbender und nach 'Macht' als Selbstzweck strebender Wahlverein (s. These 5), der von anderen bürgerlichen Parteien kaum noch unterscheidbar ist. Durch die Zustimmung zu Währungsunion und Anschluß ist die SPD auf den nationalistischen Kurs der Bundesregierung eingeschwenkt. Auch die ohne demokratischen Entscheidungsprozeß und ohne inhaltliche Kriterien vollzogene Fusion mit einer DDR-Partei, deren Identität sich zum überwiegenden Teil nicht von August Bebel und Rosa Luxemburg oder auch nur von Eduard Bernstein herleitet, sondern bestenfalls von Helmut Schmidt, ist Ausdruck dieser Entwicklung. Andere Parteien, die als potentielle Konkurrenten angesehen wurden (PDS), versuchte und versucht die SPD mit allen - auch verfassungswidrigen - Mitteln administrativ auszuschalten (Wahlgesetz, Vermögensenteignungen, spektakuläre Durchsuchungsaktionen).

8. In der Berliner SPD steht für diesen Entwicklungstrend die Beschränkung auf reines Politikmanagement und Mängelverwaltung in der Großen Koalition. An inhaltlichen Fragen ist die Berliner SPD nur noch interessiert, soweit sie die formale Gestaltung des staatlich-administrativen Rahmens betreffen (Hauptstadt und Regierungssitz, Berlin-Brandenburg). An die Stelle von inhaltlichen Konzepten für die Stadtentwicklung tritt der Wunderglauben an die angebliche automatische Entwicklungstriebkraft von Mega-Projekten wie Olympia 2000. Eine innerparteiliche linke Opposition dazu ist kaum erkennbar.

### D) Die Jugend mittendrin:

9. Die Jugend ist von den dargestellten Prozessen in besonderer Weise betroffen. Zum einen verschlechtern sich ihre materiellen Lebensbedingungen und Zukunftsperspektiven rasant. Die sich verschärfende Wohnungsnot trifft Jugendliche besonders und engt die Selbstentfaltungsmöglichkeiten, die für die Sozialisation von Jugendlichen in den vergangenen Jahrzehnten stark in den Vordergrund gerückt waren, wesentlich ein. Zum anderen wird der Prozeß der 'Entwicklung' der Politik von Jugendlichen besonders stark wahrgenommen. Nach neuesten Studien fühlen sich rund 80 % der Jugendlichen von der Politik hintergangen und betrogen. Nur 16 % trauen der Politik eine Problemlösung für zukunftsbedrohende Herausforderungen zu. [8. Jugendbericht der Bundesregierung 1991]

10. Jugendliche erfahren, daß sie ihre Interessen immer weniger auf administrativem Weg durchsetzen können. Parteien und Jugendverbände verlieren immer mehr an Attraktivität. Stattdessen verlegen Jugendliche ihre Freizeitaktivitäten immer mehr in den informellen oder kommerziellen Sektor, wohin Jugendverbände keinen Zugang haben. Dabei ist aber zugleich ein Prozeß der 'Segmentierung' von gegeneinander abgeschotteten Jugendkulturen und der Aufspaltung zwischen kommerzialisierten und stärker autonom-selbstgestaltenden Lebensorientierungen zu beobachten.

### E) Konsequenzen für die Arbeit von uns als JUSOS:

11. Wir JUSOS sind von dieser Entwicklung besonders betroffen, da wir als parteipolitischer Jugendverband von einem Politikmodell ausgehen, in dem die unterschiedlichen und gegensätzlichen Interessen in der Gesellschaft über die Parteien in die Organe des Staates hineingetragen und dort zu einem 'gesellschaftlichen Konsens' verschmolzen werden. Es zeigt sich zunehmend, daß dieses Modell nicht den Realitäten entspricht. Politische Forderungen von Jugendlichen über die SPD durchzusetzen, funktioniert immer weniger, da Interessenvertretung über Parteien für unterprivilegierte Gruppen überhaupt schwieriger wird. Die politischen Entscheidungsprozesse sind von der innerparteilichen Dis-

kussion weitgehend abgekoppelt. Zudem fehlt uns immer mehr das Potential von Jugendlichen, um die gesamte Lebensrealität der Jugend in unserer Diskussion einbeziehen zu können. Insgesamt gilt: unsere gesamte politische Basis wird uns durch diese Entwicklung entzogen.

12. Da die administrative Politik immer weniger Raum für kollektive Interessenvertretung bietet, müssen wir viel stärker Basisbezüge in den informellen Sektor von Jugendaktivitäten schaffen. Es muß in Zukunft darum gehen, Freiräume für selbstbestimmtes und emanzipatorisches Denken und Handeln von unten durchzusetzen und auszufüllen - gemeinsam mit unorganisierten Jugendlichen. Es geht um das gemeinsame politische Handeln und Leben in funktionierenden Gruppenzusammenhängen an der Basis (z.B. in JUSO-AGen, Läden,

Jugendzeitungen etc.) und um projektorientiertes Arbeiten.

13. Bisher gingen wir in unserer Politik von einem im Prinzip 'fertigen' Strategiekonzept mit gesamtgesellschaftlicher Perspektive jenseits des Kapitalismus aus, das es in den aktuellen gesellschaftlichen Kämpfen nur 'umzusetzen' galt. Wir kannten die Gegner (den Kapitalismus und das mit ihm verschmolzene Patriarchat), wir wußten das Ziel (den Sozialismus) und wir waren in der Lage, die Subjekte unseres Kampfes zu bestimmen (die ArbeiterInnenklasse, die sich als bedeutendste soziale Bewegung tatsächlich zu einem antikapitalistischen Subjekt zu entwickeln schien).

Die alte Sicherheit ist einer spürbaren Ratlosigkeit gewichen. Das Fehlen der emanzipatorischen Kampfperspektive mit gesamtgesellschaftlicher 'Gültig-

keit' (s. These 2 und 6) macht sich überall schmerzhaft bemerkbar. Sie wiederzugewinnen kann nur das Ergebnis eines Prozesses sein, bei dem wir ganz am Anfang stehen.

Eine gesamtgesellschaftliche Perspektive der Linken kann nur in der Verbindung der theoretischen Diskussion mit praktischen gesellschaftlichen Kämpfen entwickelt werden: überall wo Menschen in diesen Kämpfen die Logik des herrschenden Systems kollektiv und bewußt durchbrechen (ob bei Rekrutenzugblockaden, Hausbesetzungen und Streiks oder in selbstverwalteten Jugendzentren und Läden), kann eine emanzipatorische Alternative zur kapitalistischen Barbarei sichtbar und als Anspruch lebendig gehalten werden. Unser gesamtes herkömmliches Politikverständnis ist unter diesen Prämissen zu überprüfen.

Ich abonniere spw für mindestens zwölf Monate ab sofort/ab Heft Nr. ....

spw erscheint mit sechs Heften im Jahr bei einem Gesamtumfang von ca. 360 Seiten. Die Kündigung des Abonnements ist unter Einhaltung einer dreimonatigen Frist nur zum Jahresende möglich.

- Jahresbezugspreis (incl. Versand): Inland DM 51,-  
 Ausland DM 54,-  
 ermäßigter Inlandspreis (für SchülerInnen, StudentInnen, Arbeitslose; nur gegen schriftliche Bescheinigung) DM 42,-  
 ermäßigter Auslandspreis (wie oben) nur gegen Bescheinigung) DM 45,-

ABO

#### Das ABO geht an:

Name, Vorname: \_\_\_\_\_

Straße \_\_\_\_\_

PLZ, Ort \_\_\_\_\_

Datum, Unterschrift \_\_\_\_\_

1. Diese Bestellung kann innerhalb einer Woche widerrufen werden (Poststempel). Ich bestätige hiermit, daß ich über mein Widerrufsrecht in Kenntnis gesetzt wurde.

2. Ich bin damit einverstanden, daß die Post etwaige Änderungen meiner Anschrift an den Verlag weiterleitet.

2. Unterschrift (bitte auch hier unterschreiben) \_\_\_\_\_

! Wenn Sie ein Geschenkabonnement bestellen, so müssen Sie sowohl die Adresse des/der Beschenkten als auch Ihre Adresse in der jeweiligen Spalte oben angeben.

Probe  
ABO

#### Probe-ABO

Ich bestelle ein spw-Probe-Abonnement zum Sonderpreis. Damit erhalte ich die nächsten beiden Ausgaben von spw, die in zweimonatigem Rhythmus erscheinen. Das Probe-Abo verlängert sich *nicht* automatisch.

Name, Vorname \_\_\_\_\_

Straße \_\_\_\_\_

PLZ, Ort \_\_\_\_\_

Datum, \_\_\_\_\_

Unterschrift \_\_\_\_\_

#### Ich zahle nach Erhalt der Rechnung.

Die Rechnung geht an:

Name, Vorname \_\_\_\_\_

Straße \_\_\_\_\_

PLZ, Ort \_\_\_\_\_

#### Ich wünsche Bankeinzug:

Geldinstitut: \_\_\_\_\_

Bankleitzahl \_\_\_\_\_

Konto \_\_\_\_\_

Datum, Unterschrift \_\_\_\_\_

#### Buchprämie

Ich habe mir die Buchprämie Nr. ... ausgesucht. Sie geht an folgende Adresse:

Name, Vorname \_\_\_\_\_

Straße \_\_\_\_\_

PLZ, Ort \_\_\_\_\_

Ich zahle mit Verrechnungsscheck (anbei). Der Preis beträgt DM 15,- (incl. Versand).

Ich zahle nach Erhalt der Rechnung. Der Preis beträgt (wegen des Aufwands für Rechnungsstellung) in diesem Fall DM 17,- (incl. Versand).

Coupon ausschneiden und einsenden an: spw-Verlag, Kieler Str. 13, W-5000 Köln 80

# Gerechtigkeitslücke

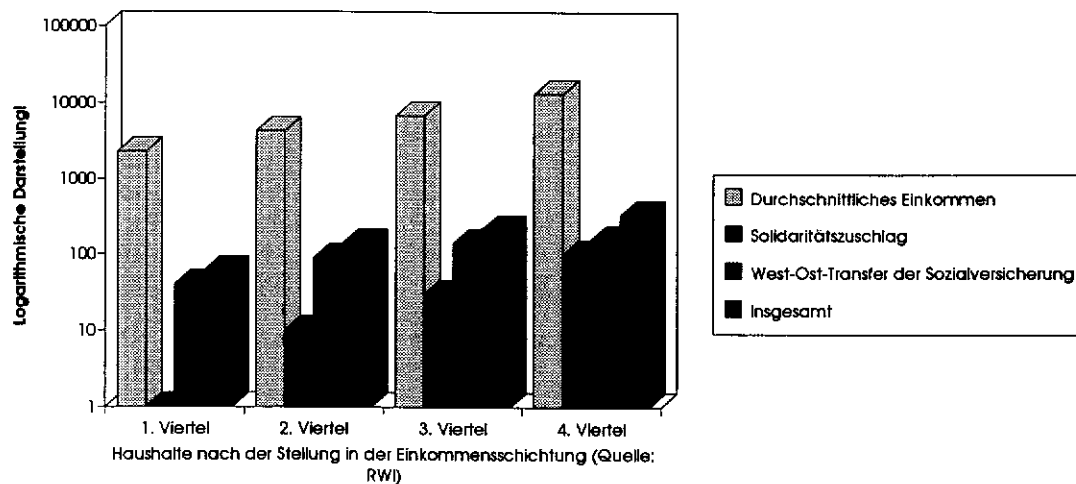
von Ralf Krämer\*

Das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung Essen ist in keiner Weise irgendwelcher Links- oder Gewerkschaftslastigkeit verdächtig. Aber der RWI-Konjunkturbrief Nr. 3

säglichen 70er-Jahre-Müll wie (in Punkt 7.): "Steuersenkungen für Investitionen schaffen die Arbeitsplätze von morgen."<sup>1</sup> Die RWI-Untersuchung kommt zu dem Ergebnis, daß (alles bezogen auf Westdeutschland) Haushalte von Arbei-

alle Gruppen angemessen an den Kosten des Aufbaus in Ostdeutschland zu beteiligen, erscheint die Finanzierung der erforderlichen Aufwendungen aus dem allgemeinen Steueraufkommen als die geeignete Alternative." Welche Finanzierungsspielräume in einer sozial gerechten Besteuerung liegen, läßt sich aufgrund der Zahlen des RWI-Papiers modellhaft errechnen: Eine durchschnittliche Belastung des dritten Einkommensviertels mit 3,5 % hätte 1992 zusätzlich 2,4 Mrd. DM erbracht, eine Belastung des oberen Viertels abzüglich der obersten 5% mit 5% weitere 16,7 Mrd., eine Belastung der einkommensstärksten 5% der Haushalte mit 7% weitere 20,8 Mrd. Das macht in der Summe ca. 40 Mrd. DM bei einer m.E. durchaus nicht unangemessenen Progression. 1993 wäre der Effekt zu Lasten der reichsten Haushalte noch stärker.

## Belastungen nach Einkommensschichten 1992; in DM pro Monat



Oktober 1992 verdient es wirklich, daß Linke ihn zur Kenntnis nehmen, weil er äußerst hilfreich ist für die Argumentation gegen die gegenwärtig unter fast schon pervers zu nennenden Titeln wie "Solidarität für den Aufschwung Ost" oder "konjunkturpolitische Vernunft" verstärkt propagierte Umverteilung von unten nach oben und zugunsten des Kapitals. Diese Argumentation ist auch innerparteilich wichtig, denn der Entwurf des Parteivorstands für das SPD-Sofortprogramm setzt dem real nichts entgegen, sondern unterwirft sich dem in seiner gesamten Anlage. So fordert es z.B. im einzelnen eine Begrenzung der Personalebenkosten, "um die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft zu sichern" (Punkt 10.) oder formuliert un-

term und Angestellten 1992 nahezu ebenso hohe Zusatzbelastungen für die Finanzierung der deutschen Einheit zu tragen hatten wie Selbständigen-Haushalte, die ein nahezu 3 mal so hohes Einkommen hatten. Je höher das Einkommen war, desto geringer war die prozentuale Belastung. Dabei war der jetzt weggefallene Solidaritätszuschlag die einzige progressiv wirkende Belastungskomponente. Die ab 01.01.93 erhöhte Mehrwertsteuer wird dazu führen, daß Haushalte mit kleinen und mittleren Einkommen noch stärker belastet werden, Haushalte mit hohem Einkommen gegenüber 1992 entlastet werden, und zwar je höher das Einkommen ist desto stärker, bis zu mehreren tausend DM pro Jahr.

Zur Schließung der "Gerechtigkeitslücke" kommt das RWI-Papier zu der völlig richtigen Empfehlung (S. 5): "Um

Angesichts dieser Zahlen - und dabei sind die Potentiale einer stärkeren Heranziehung auch des Unternehmenssektors noch gar nicht enthalten - müßte sich eine Diskussion über die Notwendigkeit der Einschränkung sozialer Leistungen zumindest für SozialdemokratInnen eigentlich verbieten. An Vorschlägen, diese finanziellen Potentiale auch real für die öffentlichen Hände zu mobilisieren, mangelt es nicht<sup>2</sup>, es mangelt allerdings an der Bereitschaft der SPD, dies aufzugreifen und offensiv zu vertreten.

<sup>1</sup> vgl. zur Auseinandersetzung mit den Argumenten der Kapitalverbände und der Koalition z.B. A. Heise: Kosten-Weltmeister?, in: WSI-Mitteilungen 8/92, oder Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik: Wirtschaftlicher Aufbau statt weiterer Destabilisierung vgl. z.B. ebd. oder auch meinen Artikel in SPW 67.

## Interview

mit Frank Spieth, DGB-Landesvorsitzender Thüringen\*

## Kein Licht am Ende des Tunnels

spw: Inwieweit ist der Aufbau der Gewerkschaften in Thüringen abgeschlossen?

Spieth: Ich denke, daß der organisatorische Aufbau in Thüringen mittlerweile bei allen Gewerkschaften insofern abgeschlossen ist, als sie ihren hauptamtlichen Apparat konstituiert haben, daß sie allerdings die ehrenamtlichen Gliederungen in den einzelnen Gewerkschaften noch aufbauen müssen.

spw: Welchen Organisationsgrad haben die Gewerkschaften in Thüringen im Vergleich zu den alten Bundesländern?

Spieth: Die Gewerkschaften haben einen relativ hohen Mitgliederstand. Wir haben in Thüringen mit rund 570.000 Mitgliedern fast 50 % der Erwerbstätigen organisiert. Allerdings muß man dazu sagen, daß in diesen 570.000 Mitgliedern sicherlich auch Arbeitslose, Altersübergangsbezieher usw. enthalten sind, so daß diese Zahl nur begrenzt etwas über die tatsächliche Organisation der Erwerbstätigen aussagt. Denn die Erwerbstätigkeit beträgt in Thüringen nur noch knapp 50 % des gesamten Arbeitskräftepotentials. Im Vergleich mit den Altbundesländern liegen wir sehr deutlich darüber. Dort liegt er bei ungefähr einem Drittel.

spw: Wird sich diese Zahl nicht angesichts der hohen Nichterwerbstätigkeit in Zukunft verringern?

Spieth: Es scheint sich zu stabilisieren. Allerdings kann das überhaupt kein Anlaß sein, sich auf diesem Sockel auszurufen. Es ist einfach aufgrund der aktuellen Situation so, daß die Arbeitnehmer oder auch die Arbeitslosen den Gewerkschaften eine hohe Kompetenz zugestehen. Das ist ein Pfund, mit dem wir arbeiten müssen, um den Mitgliederstand auch tatsächlich zu halten.

spw: Die Funktionen von FDGB und seinen Gewerkschaften in der ehemaligen DDR unterscheiden sich ja von den Aufgaben der Gewerkschaften im Kapi-

talismus hinsichtlich der Verteilungskämpfe wie Tarifpolitik, Sozialpolitik usw. Ist diese neue Rolle von Gewerkschaften schon in den Köpfen verankert oder ist es nur Gewohnheit gewesen, daß die Kolleginnen und Kollegen, die früher schon im FDGB waren, sich dann wieder im DGB organisierten?

Spieth: Es trifft beides zu. Es gibt Menschen, die in die DGB-Gewerkschaften eingetreten sind, einfach einer Tradition folgend. Es gibt aber auch viele, die engagiert und bewußt in die neuen Gewerkschaften eingetreten sind. Dies hat man in der Phase 1990/91 ganz konkret erleben können. Es gibt aber auch Arbeitnehmer, die sich von den Gewerkschaften abgewendet haben wegen der FDGB-Erfahrung. Deshalb kann man nicht pauschal sagen, die Leute sind durch den FDGB verprellt oder aber durch den FDGB den DGB-Gewerkschaften zugewandt gewesen.

### Enormer Vertrauensvorschuß gegenüber den Gewerkschaften

spw: Welche Hoffnungen und Erwartungen haben die Menschen dem DGB gegenüber?

Spieth: In der konkreten Situation sehen die Kolleginnen und Kollegen die Gewerkschaften als Hoffnungsträger. Und dies, nachdem ja durchweg festgestellt ist, daß Parteien, Politiker und andere Institutionen, selbst die Kirchen, im Osten nicht mehr als die Hoffnungsträger gelten. In einer Untersuchung der Konrad-Adenauer-Stiftung vom Juli dieses Jahres wurde der Frage nachgegangen, welches Vertrauen die unter 25jährigen in politische und gesellschaftliche Institutionen haben. Dabei sind die Gewerkschaften mit einem Übermaß an Vertrauen ausgestattet worden: Fast doppelt so viel, wie z.B. Kirchen, Medien oder Parteien, und wesentlich mehr als im Westen. Es ist schon interessant, daß zwar Kirchen, Medien und Parteien im Westen deutlich höhere Werte haben als im Osten, aber daß umgekehrt

wir hier - im Gegensatz zu den anderen Institutionen - einen klaren Vertrauensvorsprung genießen. Ich denke, daß das damit zusammenhängt, daß die Gewerkschaften, insbesondere nach der Phase des Übergangs von der DDR zur Bundesrepublik, ja sehr viel Engagement entwickelt haben, um die sozialen und existentiellen Bedürfnisse der Menschen in den neuen Bundesländern abzusichern.

spw: Du hast eben schon angesprochen, daß heute in Thüringen nur noch jeder Zweite in einem normalen Arbeitsverhältnis steht, d.h. unbefristet Vollzeit beschäftigt ist. Wie sieht denn insgesamt die wirtschaftliche Lage in Thüringen aus?

Spieth: Also grob schildern kann man folgendes: Wir hatten noch 1990 1,2 Mio. Erwerbstätige. In 1992 haben wir nur noch 857.000. Aktuell haben wir rund 700.000 Menschen, die im Moment nicht mehr in einem regulären Arbeitsverhältnis beschäftigt sind. Und das besagt, daß wir schon fast ein Verhältnis von Eins zu Eins haben. Das ist eine katastrophale Situation, die in ihrer Dramatik insbesondere im Westen überhaupt nicht wahrgenommen wird. Wir haben in unseren letzten Untersuchungen festgestellt, daß alleine vom Februar 1991 bis zum Juli 1992, also innerhalb von 18 Monaten, im industriellen Bereich Thüringens mittlerweile 280.000 Arbeitsplätze abgebaut wurden. D.h. wir haben eine Vernichtung von industriellen Arbeitsplätzen von über 65% in Thüringen. Unser Problem ist, daß die Politiker im Land herumreisen, regelmäßig Gewerkeparks eröffnen und die Parole herausgeben, in 2 bis 3 Jahren wird alles besser sein. Die gesellschaftliche Realität, die reale ökonomische und soziale Entwicklung, spricht aber mittlerweile eine ganz andere Sprache und unser Ziel muß es sein, nicht die Situation schlecht zu reden, sondern eine ungeschminkte Bestandsaufnahme zu machen, um den Menschen wirklich reinen Wein einschänken und dann auch eine Perspektive geben zu können. Ich behaupte:

\* Frank Spieth, DGB-Landesvorsitzender, am 23.5.1992 als erster Vorsitzender des DGB in Thüringen gewählt. Von Beruf: Technischer Zeichner, danach langjähriger Kreisvorsitzender im DGB-Kreis in Vogelsberg in Hessen



Wenn es nicht gelingt, gemeinsam mit Politikern und der Wirtschaft den Menschen eine Zukunftsperspektive zu geben, wird Rostock nur ein laues Lüftchen gewesen sein gegenüber dem Sturm, der dann noch kommen könnte. spw: Also ist es die Strategie des DGB, eine "konzertierte Aktion" mit den von Dir genannten Beteiligten zu starten, um die Interessen der abhängig Beschäftigten durchzusetzen sowie dem riesigen Verlust von Arbeitsplätzen etwas entgegenzusetzen und auch neue Perspektiven eröffnen zu können.

**"... man kommt nicht weiter mit dem klassischen Instrumentarium ..."**

**Spieth:** Es muß hier gelingen, wirklich alle gesellschaftlichen Kräfte und Akteure an den Tisch zu holen, um ausgehend von einer gründlichen und ehrlichen Bilanz zu sagen, wie die Situation ist, wie müßte sie sein und was können wir gemeinsam tun, um das zu erreichen. Das müßte nach meiner Auffassung sowohl in Thüringen als auch auf der Bundesebene geschehen. Ich sage auch, es muß nach meiner Auffassung gelingen, ganz unorthodoxe Ansätze zu entwickeln. Ich glaube, mit dem bisherigen Instrumentarium, mit dem bisher gearbeitet wurde, kommt man nicht mehr weiter, auch nicht mit den Mitteln des AFG.

**spw:** Was sind die Vorstellungen und Forderungen des DGB für die neuen Bundesländer?

**Spieth:** Wir haben strukturpolitische Forderungen aufgestellt. Es geht nicht mehr darum, nur strukturbedeutsame oder regional bedeutsame Unternehmen zu erhalten. Es muß darüber hinaus ein Programm gemacht werden, und zwar mit Treuhand, Bund, Land und allen anderen Akteuren, mit einem aktiven Sanierungskonzept. Das den Unternehmen, die jetzt noch in Treuhandobhut sind, eine Chance gibt, marktfähige Produkte zu entwickeln und herzustellen. Und um Managementqualifikation zu vermitteln, denn die fehlen derzeit. Wir haben darüber hinaus gefordert, daß eine Vermarktungsagentur für Thüringer Produkte - auch im Agrarbereich und im Lebensmittelsektor - aufgebaut wird. Ferner muß alles, was die Bundesregierung vorhat - Lebensarbeitszeit auf 70 Jahre, Arbeitszeit die gesamte Woche etc. - sofort gestoppt werden. Denn was

nutzt dies den Arbeitslosen? Das schafft keinen zusätzlichen Arbeitsplatz. Außerdem müssen wir endlich Programme bekommen, die Arbeit statt Arbeitslosigkeit bezahlen. Die gesellschaftlichen Kosten der Liquidierung von Betrieben sind wesentlich größer. Es ist hochgradiger Unsinn, das ganze Geld, das infolge Liquidierung von Betrieben aufzuwenden ist, nur in passive Arbeitsmarktpolitik zu stecken. Es wäre viel sinnvoller, aktive Arbeitsmarktpolitik zu machen. Und es muß ein Programm Arbeit statt Sozialhilfe geben. Sehr viele Menschen fallen ja schon jetzt aus dem Leistungsbezug der Arbeitslosenversicherung heraus. Somit müssen das die Sozialleistungsträger bezahlen, mit der Konsequenz, daß den Kommunen der Hals zugeschnürt wird.

**"... nur noch Spurenelemente einer Industrie ..."**

**spw:** Ist die wirtschaftliche Lage in Thüringen von der in den anderen neuen Ländern verschieden?

**Spieth:** Was uns hier in Thüringen insbesondere ärgert ist, daß in den anderen konservativ regierten neuen Bundesländern wesentlich modernere Ansätze hinsichtlich einer regionalen Wirtschafts- und Strukturpolitik bestehen. Hier im Lande ist die Politik einfach nicht in der Lage, alle Akteure zusammenzuholen. Selbst die Arbeitgeberverbände Thüringens haben im Landtagsausschuß Wirtschaft und Verkehr klipp und klar gesagt, daß es dafür endlich an der Zeit ist. Denn wenn die industrielle Entwicklung in Thüringen so weiter geht, daß viele Treuhandbetriebe die Beschäftigungszusagen nicht einhalten, dann haben wir möglicherweise am Jahresende nur noch 100.000 Arbeitsplätze, die sich auf Eisenach und Jena konzentrieren. Aber das werden nur noch Spurenelemente einer Industrie in Thüringen sein, und das wird dazu führen, daß die IHK das "I" streichen muß, weil eine Industrie einfach nicht mehr vorhanden ist.

**spw:** Also zeichnen sich Bündnispartner für diese Strategie ab, wie z.B. die IHK und hiesige Betriebe. Nicht aber - und das ist jetzt meine Frage - bei der westdeutschen Industrie?

**Spieth:** Das ist richtig, oder sagen wir, es ist bedingt richtig. Der IHK-Vertreter hat mir letztes bei einem Gespräch gesagt: "Wissen Sie, Herr Spieth, wir ha-

ben im Grunde genommen die gleichen Probleme als IHK, wie Sie als DGB-Vertreter." Die Probleme des deutschen Ostens werden nur begrenzt so wahrgenommen, wie wir sie hier in ihrer gesamten Dramatik sehen. Das gleiche Phänomen haben wir bei den Gewerkschaften. Es wird in den Gewerkschaften sicher eine Menge mehr zugunsten der Entwicklung im Osten gemacht, aber ich habe den Eindruck, daß die wirkliche Dramatik der Entwicklung in den alten Ländern in den Gewerkschaften noch nicht richtig wahrgenommen wird. Ich unterstelle den Gewerkschaften schon, daß sie insgesamt die Probleme im deutschen Osten eher wahrnehmen, allerdings ist da noch eine ganze Menge zu machen. Und dies zeigen ja auch die Gewerkschaftstage, z.B. der der ÖTV, ganz deutlich, daß dies auch von der Basis so eingeschätzt wird.

**spw:** Angesichts dieser Deindustrialisierung in den neuen Ländern hat die politische Leitlinie Helmut Kohls von 1991 einen besonderen Stellenwert: Es soll keinem schlechter gehen als vorher und bis 1994 sollen die Einkommen angeglichen werden. Inwieweit konnte das in den bisher abgeschlossenen Tarifverträgen der DGB-Gewerkschaften erreicht werden?

**Spieth:** Die Gewerkschaften haben ja im Rahmen dieses gesamtgesellschaftlichen Konsenses die Löhne und Gehälter nicht schlagartig auf Westniveau angehoben. Das hat schon erhebliche Auseinandersetzungen in der Mitgliedschaft ausgelöst. Es ist ja auch nicht unproblematisch, aber dies wurde so entschieden. Diese Übergangsregeln gehen in der Regel bis 1994, d.h. ab 1995 werden 100% der Tarifvergütungen erreicht. Diese sind jedoch noch nicht vergleichbar mit den Realeinkommen im Westen. So haben wir z.B. in der Metallindustrie 64% des westlichen Tarifniveaus erreicht, aber real haben die Arbeitnehmer erst knapp 50%. Denn Jahressonderzahlungen, Urlaubstage, Urlaubsgeld, Weihnachtsgeld usw. sind noch nicht angepaßt worden.

**"Die Leute werden hier abhauen ..."**

**spw:** Bundeswirtschaftsminister Möllemann fordert Öffnungsklauseln in den Tarifverträgen, weil das bereits erreichte Lohnniveau den Betrieben die Möglichkeit zum Aufschwung nimmt ...

**Spieth:** Ja, es gibt jetzt die Versuche, Öffnungsklauseln durchzusetzen und zu versuchen, bestehende Tarifverträge außer Kraft zu setzen. Aus den Erfahrungen der alten Bundesrepublik kann man sagen, daß die Arbeitgeber sich immer vehement gewehrt haben, wenn aufgrund veränderter wirtschaftlicher Rahmendaten die Arbeitnehmer einen Zuschlag/Inflationsausgleich gefordert haben. Dann wurde gesagt: Wir haben einen Vertrag für eine bestimmte Laufzeit geschlossen und der gilt. Und wenn Ihr als Vertragspartner ernst genommen werden wollt, dann müßt Ihr auch dieses durchhalten. Das haben wir durchhalten müssen in Phasen, wo wir wesentlich höhere Abschlüsse hätten durchsetzen können, wenn aktuell verhandelt worden wäre. Und dies müssen die Arbeitgeber jetzt umgekehrt gegen sich gelten lassen. Jetzt eine Tariföffnungsklausel mit Zurücknahme abgeschlossener Tarifverträge zu machen, das kann nicht gehen. Das ist auch volkswirtschaftlich kontraproduktiv, weil das Zurücknehmen von Reallohnverträgen ja auch das Zurücknehmen von realer Nachfrage bedeutet.

**spw:** Wie würden die Menschen hier reagieren?

**Spieth:** Die Leute werden hier abhauen, wenn sie hier nicht die Löhne erzielen können, die sie brauchen, um Leben zu können. Wir haben hier die Situation, daß alles durchschnittlich teurer ist als im Westen. Die Mieten steigen mittlerweile auf ein Niveau, das nicht mehr vertretbar ist. In Erfurt wird mittlerweile auf dem freien Wohnungsmarkt 15,- bis 17, DM/Quadratmeter Kaltmiete verlangt. Die Kollegen aus Eisenach berichten, daß sie kaum Leute für Opel aus der Region bekommen, weil diejenigen Kollegen, die dort bei der Wartburgproduktion beschäftigt waren, alle im Westen arbeiten. Die sagen: Wir kommen zu Opel, wenn das Lohnniveau des Westens erreicht ist, ansonsten fahren wir lieber 100 oder 200 km, weil wir im Westen erheblich mehr Geld als qualifizierte Facharbeiter verdienen. Auf einer Betriebsversammlung in der Umformtechnik Erfurt GmbH hat der Vertreter des CDU-Stadtverbandes Erfurt gesagt, daß die Arbeitnehmer Zurückhaltung mit ihren Löhnen üben müßten. Da ist ein gellendes Pfeifkonzert von den über tausend Leuten entstanden. Der Mann ist nicht mehr zu Wort gekommen, weil die Menschen mit Recht sagen: Wie wollen

wir denn hier eigentlich existieren? Wir bezahlen alles mit West-Preisen, aber sollen mit der Hälfte des Einkommens auskommen. Zumal die Lohnkostenargumentation der Arbeitgeber ja auf sehr wackligen Füßen steht. Denn die Lohnkosten sind immer nur ein Anteil der Gesamtkosten am Produkt. Der Lohn, der erhöht wird, wirkt sich doch auch nur anteilig auf die Gesamtkosten für ein Produkt aus. Auf der anderen Seite begründen die Unternehmer ihre Preiserhöhungen immer mit Tarifierhöhungen und dies über den gesamten Betrag, nie über den Lohnkostenanteil.

**"... Arbeitszeit neu verteilen ..."**

**spw:** Ist die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung bei den Gewerkschaften eigentlich noch ein Thema?

**Spieth:** Nach meiner Auffassung müssen wir in den Gewerkschaften diese Frage erneut prinzipiell diskutieren. Wir ha-



Foto: Thomas Rausch

ben 1978/79 die Arbeitszeitverkürzung gefordert, weil wir gesagt haben, daß das, was wir an Produktion haben, nicht ausreicht, um die Menschen zu beschäftigen. Also müssen wir darüber nachdenken, wie wir bei der Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf 35 Stunden einen Beschäftigungseffekt erreichen. Dieser ursprüngliche Gedankenansatz war ja auch ein Solidarbeitrag der damals Arbeitenden gegenüber ihren arbeitslosen Kollegen und hat auch dazu geführt, daß viele Kollegen auf Reallohnzuwachs verzichtet haben, um Arbeitszeitverkürzungen zu finanzieren. Nunmehr müssen wir diese Diskussion fortsetzen, denn wir werden mit dem, was an zusätzlicher Produktion theoretisch in den neuen Bundesländern möglich ist, nicht auf eine vermehrte Nachfrage in der Welt stoßen. Deshalb müssen wir uns Gedanken machen,

wie wir die Arbeitszeit neu verteilen. Aber das ist im Moment kein Thema in den Gewerkschaften, weil die Effekte der Arbeitszeitverkürzung in der letzten Runde, gerade im Bereich des öffentlichen Dienstes, nicht so gewesen sind, wie man sich das mal versprochen hat.

**spw:** Wenn also Öffnungsklauseln nicht geeignet sind, die Wirtschaft hier voranzubringen, stellt sich die Frage, was und wo die eigentlichen Bremsklötze für den nicht stattfindenden Aufschwung Ost sind?

**Spieth:** Ich habe am 1. Mai 1990 in Apolda auf dem Marktplatz eine Mairrede gehalten und gesagt, daß es einen ungeheuren Crash-Kurs geben wird, wenn es nicht gelingt, den politisch-verantwortlichen Leuten klar zu machen, daß ein solch gigantischer Umwälzungsprozeß nicht dem Markt und dem "freien Spiel der Kräfte" überlassen werden darf, sondern daß hier das Primat der Politik wirksam werden muß. Kohl hat zwar behauptet, er sehe Licht im Tunnel,

aber ich muß sagen, ich sehe als Licht im Tunnel hunderttausende von Menschen, die mit Kerzen, ähnlich wie bei den Montagsdemonstrationen, antreten werden, um den Politikern in Bonn heimzuleuchten. Das Licht sehe ich in der Tat kommen, doch ob das dann nur noch Kerzen sein werden, ist die Preisfrage. Ich befürchte, daß eine sehr gefährliche politische Entwicklung auf uns zukommt.

Der DGB hat mit seinem industriepolitischen Sofortprogramm den Vorschlag der IG Metall noch ergänzt und konkretisiert. Das sind Ansätze, die in sich schlüssig und in Vernetzung mit anderen Vorstellungen geeignet sind, etwas nach vorn zu bewegen. Ich habe die Befürchtung, daß durch beharrliches Aussitzen, wie es sich in Bonn durchgesetzt hat, möglicherweise irreparable Schäden entstanden sind, die gar nicht mehr zu korrigieren sind. Ich hoffe dennoch, daß auf der Grundlage unserer Vorschläge zu retten ist, was gerettet werden kann.

**spw:** Wir danken für dieses Gespräch.

Das Gespräch für spw führte Stefan Heimlich

## Zwischen Sein und Schein:

# „ Ästhetik und Demokratie“

## Zum Hannoveraner Kongreß: „Zur Aktualität des Ästhetischen“

von Ingo Arend\*

Ist die Ästhetik neue Leitwährung unserer Gesellschaft? Ist die uns umgebende Wirklichkeit nichts weiter als ein kultureller Artefakt? Die Verwandlung von Fußgängerzonen, Bahnhöfen und Museen zu „Erlebniswelten“, ästhetisch inspirierte Computersimulation in der Industrie, der Boom der Schönheitschirurgie, das postmoderne Selbstverwirklichungs-Ideal des „homo aestheticus“ - allüberall sah Wolfgang Welsch, Philosophieprofessor aus Bamberg und Initiator des Kongresses „Die Aktualität des Ästhetischen“, vergangene Woche in Hannover das ästhetische Gras wachsen. Nur noch Schein statt Sein?

Schlüsselbegriffe dieser ästhetisch aufgemotzten Postmoderne sind das Individuum und seine neuentdeckte Lust am Unterschied. Doch das euphorische Postulat „radikaler Pluralität und Differenz“ (so Wolfgang Welsch in seinem bekanntesten Buch: „Unsere postmoderne Moderne“, Weinheim 1991) birgt Probleme, wie das Beispiel der ähnlich argumentierenden „Neuen Rechten“ zeigt. Mit ihrem „Recht auf Verschiedenheit“ haben sie eine modische Formel für das verpönte „Ausländer Raus“ gefunden, von der damit zugleich semantisch durchgesetzten Legitimierung sozialer Unterschiede ganz zu schweigen. Solcher Sprachmuster bedienen sich viele ausländerfeindliche Gruppen und Aktionen in einer eigenen, gewalttätigen ästhetischen Praxis.

Der Hannoveraner Kongreß blendete über viel wissenschaftstheoretischer Grundsatzrörterung diese und andere

aktuell ganz handfest wirksame Ästhetiken aus. Die Teilnehmer mußten eine Kaskade von wissenschaftlichen Referaten (anders als bei Parteitagen allerdings auf einzigartigem Niveau) über sich ergehen lassen, ohne kaum einmal alle angesprochenen Fragen des Kongreßthemas richtig ausdiskutieren zu können. Die Behauptung von der Allgegenwart des Ästhetischen in Form eines immateriellen, denkerischen Prozesses verfiel sich freilich manchenmal umständlich in philosophischen Begriffschlingen. Wolfgang Welsch verstieg sich gar zu der These, daß die philosophische Kategorie Wahrheit nichts weiter sei als ein ästhetisches Konstrukt, ein Phänomen aufeinanderbezogener, kultureller Bewertungsabfolgen. Bazon Brock rief ihm den Zwang der natürlichen Bedingungen von Wahrheit und damit die Kategorie eines materialen, unabhängigen vom Bewußtsein existierenden Seins hübsch in Erinnerung: Die Frage, welchen von zwei identisch aussehenden Pilzen man bei einem Waldspaziergang zu verzehren gedente, den giftigen oder den ungiftigen, sei keine Frage bloß philosophischer Bewertung. Aber zurück zum „Terror des Ästhetischen“ im Westen, wie ihn der Chefredakteur der westlichen Kulturbibel, der Bielefelder Literaturwissenschaftler Karl-Heinz Bohrer, etwas überzogen geißelte. Der ist mit seinen ästhetisch verfeinerten Lebensstilen eben nur die eine Seite der unvollkommenen und überdies zweigeteilten, soeben gewalttätig explodierenden Modernität. Statt weltweiter Pluralität und Differenz kehrt, wie es das enfant terrible der Szene, der Wuppertaler Ästhetik-Professor Bazon Brock streng wissenschaftlich

formulierte, die „fundamentalistische Erzwingung der Identität von Sachverhalt und Zeichen durch die Gottsucherbanden“ zurück. Doch diese blutig auf die europäische Landkarte zurückgespuckte Renaissance einer Ästhetik des Terrors: untergegangen geglaubter Kriegs- und Feindbilder, die Ästhetik balkanischer Milizionäre und Jugendgangs in Ostdeutschland, die aggressiver Regionalismen, ethnischer Exklusivität und sozialer Spaltung war dem Ästhetik-Kongress keine einzige Arbeitsgruppe wert. Dabei liegen die Probleme hier auf der Hand.

Der emphatische Herold des „Neuen Design“ der 80er Jahre, der Franzose Francois Burkhardt, ehemals Centre Pompidou, jetzt Professor für Designtheorie an der Kunsthochschule Saarbrücken, bejubelte ein Beispiel aus der Haut unserer modernen Kultur, dem Design. Gerade das jedoch zeigte gleichzeitig, wie die postmoderne, sich auf Differenz beziehende Kunst, für ganz andere Zwecke in Dienst genommen werden kann, wenn sie sich auf die Identitätsspiegelung beschränkt: Der Architekt Imre Makovecz gab in Bak, einer kleinen ungarischen Grenzstadt zu Österreich, dem Dach einer neuen Mehrweckhalle die Form der Schwingen eines Adlers. Dieser Adler zierte ein an gleicher Stelle von der russischen Besatzung zerstörtes Denkmal der Gefallenen des 1. Weltkriegs. So ermöglichte Makovecz den Menschen in der Region einerseits eine symbolische Identifikation. Doch mit der vorbildlichen Erfüllung des Credo von „Nouveau Design“ und Architektur, die die klassische Formel „form follows function“ zugunsten des Spiegels regio-

naler und individueller Identität aufgegeben hat, bietet er auch dem aggressiven Regionalismus einen ästhetischen Resonanzboden.

### Ästhetik als soziale Praxis

Man mag sich darüber streiten, ob Ästhetik sozialer Wandlung nachfolgt oder ob sie selbst sozialen Wandel anstoßen kann. Jedensfalls an diesem Punkt müßten ästhetische Gegenstrategien oder die auf dem Hannoveraner Kongreß erhobene Forderung einer „Ästhetik als sozialer Praxis“ ansetzen. Wäre nicht eine Ästhetik aktuell, die sich an neuer Solidarität und globalen Problemen orientiert? Und eine Ästhetik der Solidarität und sozialer Mindeststandards der Zivilisation, die sich gegen einen in sein Gegenteil massenhafter Konformität verkehrten Individualismus richtet, könnte sich beispielsweise in dem bislang sträflich vernachlässigten Design sozialer Dienstleistungen niederschlagen. Aktuell wäre demnach ein neues Bauhaus statt noch mehr Alessi. Gegen Regionalismus und Nationalismus müßten universalistische Werte verteidigt werden, müßte ein neuer Humanismus stehen, wie ihn der italienische Stardesigner Andrea Branzi forderte. Damit vollzog er eine gewisse inhaltliche Wende im Selbstverständnis des wesentlich von ihm mitbegründeten „Neuen Design“. Sicher gibt es keine ästhetischen Allheilmittel, notwendig wären aber auch neue, ästhetisch vermittelte Wahrnehmungstechniken zur Toleranz.

### Lernverhältnis Ästhetik und Demokratie

Die Eingangsfrage des Kongresses, ob alle ästhetischen Überformungen und Unterwanderungen unserer Lebenswelt pure Imagination oder greifbare Wirklichkeit sind, mögen die Wissenschaftstheoretiker auf ihrem nächsten Kongreß entscheiden. Möglicherweise zeigen die vielen unterschiedlichen, in Hannover zusammengetragenen Phänomene mehr die Narkotisierungssucht einer von ihren ruinierten Idealen melancholisch getroffenen Zeit, wie es der französische Philosoph Lyotard sah. Liegt die eigentliche „Aktualität des Ästhetischen“ nicht eher in seiner etablierter Wirklichkeit entgegengesetzten Kraft?

Künstlerische, ästhetische Praxis erschafft, wie es der Hamburger Uni-Philosoph Martin Seel formulierte, in einer der Politik fast gänzlich unbekannt gewordenen „sinnlichen Erkenntnis“ die „symbolische Gegenwart möglicher Welten“. Die in letzter Zeit angesichts der über die Maßen unappetitlichen Bonner Vorgänge besonders oft geforderte „Ästhetisierung der Politik“ wird häufig diffus als deren „Verschönerung“ mißverstanden. Möglicherweise ist daraus die große Zustimmung in der Bevölkerung zu einem eventuellen Kanzler Engholm zu erklären. Vom Wortsinn her geht es aber darum, die Wahrnehmungs- und Unterscheidungsfähigkeit der Politik zu stärken.

Diese konstruktive Fähigkeit von Kunst und Kultur, selbst wenn sie sich in Form von Literatur, Malerei usw. oftmals nur imaginär vollzieht, sollte Anlaß sein für ein neues Lernverhältnis zwischen Ästhetik und Demokratie. Einer ratlos gewordenen Demokratie, der die Kompetenz abhanden gekommen scheint, eine über nationale Grenzen hinausgehende Zukunft nichtimaginärer Gerechtigkeit zu formen. Andernfalls wäre die letzte ernstzunehmende Opposition gegen eine an ihre Grenzen gekommene Zivilisation nur noch im Museum zu bewundern. Zwar kommt die politische als Sphäre des Handelns ohne das überschießenden Sinn transportierende Mittel der Symbolik nicht aus. Vielleicht wäre mit einem solchen Lernverhältnis der Politik aber die Neigung zu jener fatalen Form von „symbolischer Politik“ auszutreiben, die, wie bei der Diskussion über die Asyl-Grundrechtsänderung überdeutlich sichtbar, diesem Dilemma aus epochaler Ratlosigkeit und künstlich erzeugtem Basisdruck in Form der „Substitution realer Praxis durch Deutungsangebote“ (Rüdiger Bubner) sich zu entwinden sucht und damit meist nur ein ebenso unwirksames wie inhumanes Gegenteil erreicht.

### Konkurrenz der Sinnlichkeiten

Die massenhafte Verbreiterung ästhetischer Fähigkeiten, also von Wahrnehmungs- und Unterscheidungsvermögen, müßte aber auch eine Forderung demokratischer Politik sein. In einer Gesellschaft, deren innere Struktur zunehmend von einer „Konkurrenz der Sinnlichkeiten“ bestimmt ist, muß die Fähigkeit zur Erlangung ästhetischer Praktiken

oder dem, was der französische Soziologe Pierre Bourdieu „kulturelles Kapital“ nennt, breiter gestreut sein. Gegen unsere Amüsierdiktatur mit ihrem Diktat emotionaler Zerstreuung durch die „Rechteckästhetik“ des Fernsehens (Harry Pross) müßten mehr unkonventionierte „Brachflächen“ gestellt werden, die der Massenkultur kulturelle Selbstbetätigung erlauben. In einer Epoche, die den Fall des Sozialismus zu einer „strukturellen Zensur“ (Oskar Negt) nutzt, indem sie bestimmte Bilder und Vorstellungen für historisch überholt erklärt, müßte neben der inzwischen schon stärker in die Politik diffundierten „Zeitsouveränität“ eine „Bildersouveränität“ von unten ermöglicht werden.

### Schwierige Dialektik von Differenz und Gleichheit

Der vom hoheitlichen Erzwingen zum Moderator gewandelte „persuasive Staat“, den Claus Leggewie einerseits zu Recht forderte, müßte allerdings gleiche Zugangsbedingungen zu dieser wahnwitzig vermachteten Kommunikationsökonomie schaffen. Womit die Frage auftaucht, ob die wie durch Geisterhand postmodern ausdifferenzierte Gesellschaft etwa auch jedes Machtgefälle hinwegdifferenziert hat. Erst da hätte sich die „Staats-Kunst“, die der Giebener Politologe Claus Leggewie forderte, mit ihrer „klugen Dialektik von Differenz und Gleichheit“ nicht nur seminaresemantisch zu erweisen. Da wäre der Staat dann doch eher parteiischer Pionier als Moderator. Doch zur vertieften Erörterung der Fragen dieser längst überfälligen Wechsel- und Austauschverhältnisses kam es in Hannover nicht. Die unter sich gebliebenen Wissenschaftler brachten sich zwar manchen Erkenntnisfortschritt bei, Kongreßbeiträgen inclusive. Künstler, Politiker und sonstige gesellschaftliche Gruppen waren auf dem inhaltlich jedoch außerordentlich spannenden Hannoveraner Kongreß leider nicht zu sehen. Demnächst wird vermutlich ein dicker Wälzer mit den Kongreßreferaten in allen Universitätsbibliotheken versinken.

Informationen zu dem Kongreß „Die Aktualität des Ästhetischen“, der vom 2.-5. September 1992 im Congress-Centrum Hannover stattgefunden hat, bei der „Stiftung Niedersachsen“, Ferdinandsstr. 4, 3000 Hannover 1, Ruf: 0511 / 315081

\* Ingo Arend, Journalist und Politologe, Redakteur der spw, Bonn

# Wenn Klausikommt

Von Oliver Brosch-Guesnet

Seit vielen Jahren hängt bei uns zu Hause auf dem Gästeklo ein Aufkleber, von dem die Kundschaft die männliche Hälfte der unsäglichen "Liebe ist..."-Cartoons angrinst, um ungerührt fortzufahren: "...der Jugend von heute immer wieder ordentlich eins in die Fresse zu hauen", und dazu einen handlichen Knüppel schwingt. Die Jugend von heute hat anscheinend irgendwann kapiert und sich mit Baseballschlägern bewaffnet: "Komm, wir gehen Post-Achtundsechziger aufklatschen."

Wer in den Siebzigern noch freudig "Teenage Rampage" mitgrölte, tut gut daran, solche Machwerke heute im Giftschrank zu verstecken. Bitte, keine Kinder an die Macht, weder die von den schlagenden noch die von den quasselnden Verbindungen. Zu letzteren gehört der 14jährige Dennis aus Duisburg. O-Ton im STERN: "Ich hab' Angst vor Mördern und vor Katastrophen, Umwelt und so." Und deshalb hab' ich Angst vor Dennis und so. Vor durchgestyltem, nett frisiertem Betroffenheitsgeplapper. Vor pubertierenden Herden, denen die Zungen aus dem Hals und den Reeboks hängen. Vor HipHop-Kids, die irgendwann bestimmt auch meine Lederjacke rauben werden. Wolfgang Niedeckens Alptraum (in einem uralten BAP-Song) bestand darin, in Köln-Chorweiler an ein Interlücke-Anheimel-Set angeschnallt zu werden und 24 Stunden lang den "Blauen Bock" ansehen zu müssen. Die zeitgemäße Fassung dieses Horrors ist zweifellos ein Fensterplatz in Lichtenhagen, und im Radio kommen immer nur Interviews mit Franz von Almsick: "Ich bin wohl zu Hause berühmt und so."

Wem davon eine Fiction-Ausgabe zum Gruseln schon reicht, der braucht sich nur die "Lindenstraße" anzusehen. Der Prototyp des furchtbaren Teenies ist eindeutig Klausik Beimer (genannt: "mein Hase"). Klausik zerkratzt fremde Autos. Klausik ist Kappenträger. Klausik versetzt heimlich das Schlagzeug seines Bruders. Klausik stiehlt. Klausik lügt. Klausik hat den autistischen Walkman auf, während sein Stiefbrüderchen aus der Terpentinflasche trinkt. Klausik hat schon im vor-

pubertären Alter mit Onkels Nazigewehr herumgeballert, was einen Nachbarn das Augenlicht kostete, angeblich ein Unfall.

Klausik muß ins Heim, denkt insgeheim die sozialdemokratische Fernsehgemeinde. Sie will noch mehr Berichte darüber lesen, wie von ihren Gangs separierte Ex-Skins dank erlebnispädagogischer Einzeltherapie mit dem Mountainbike über Alpenpässe gescheucht werden, um sich selbst zu erfahren. Oder wie halbwüchsige Drogenkarrieristen durch monatelange Segeltörns das Meutern verlernen und verstehen, daß sie erwachsen werden müssen. Heilung ist möglich. Das findet die Gemeinde irgendwie beruhigend.

Aber gutgläubig ist es doch. Denn was tun mit der großen Masse, mit dem ganzen Ausmaß des Desasters: den Teens der 90er? Ich frage Euch, liebe

**"Junge Menschen sagen: Ich will Spaß!  
Junge Menschen sagen dies und das,  
fahren Auto und begegnen sich zu Fuß.  
Junge Menschen geben  
dem Schicksal Interviews."  
(Lassie Singers)**

Mit(t)zwanziger und -dreißiger: Wollt Ihr wirklich die schönen Jugendhäuser, das viele gute Geld, das bißchen politischen Einfluß und vor allem die Medienomnipresenz altersweise und im Namen des Heitmeyer diesen Kretins überlassen? Wollt Ihr die Jammerlappen bleiben, die Ihr schon seit zehn Jahren seid? Wollt Ihr wirklich alles verstehen und alles verzeihen? Wollt Ihr weiter die guten Onkels und netten Tanten spielen, wenn eure Nichten und Neffen Tränen vergießen, weil in Rostock versehentlich auch eine "deutsche Arztpraxis", eine "deutsche Fahrschule" und der "deutsche Trabi eines Deutschen" abgefackelt wurden?

Eine etwas vulgäre, gleichwohl einleuchtende These besagt, daß jede Generation sich gegen die Ideale ihrer Vorgänger (nicht: ihrer Eltern!) auflehnt. So richtig will ich natürlich nicht daran glauben, und dann und wann überkommt mich auch eine gewisse Sentimentalität

beim Nachdenken über die Zeit, als wir für vollbärtige Bierbauchmarxisten noch Schülerfuzzis waren und bestimmt genauso nervtötend. Aber es muß doch auch mal raus, daß wir nicht stolz waren, Deutsche, sondern links zu sein, daß bis auf eine Handvoll Popper alle Willy Brandt mochten und daß unsere Ideale bestimmt mit dafür gesorgt haben, daß in der reifen westlichen Bundesrepublik nach den Notstandsgesetzen für fast zwanzig Jahre niemand wagen durfte, am Grundgesetz herumzufummeln.

Nicht die ganz Alten, sondern die Kinder, die Verräter Grönemeyer so leichtfertig zu Herrschern auslobte, entpuppen sich nun als die wahren Ewiggestrigen. Sie sind, sozialisationsmäßig betrachtet, die natürlichen Produkte des ersten deutschen Herbstes: Helmut-Schmidt-Cuckoos. Nicht von ungefähr darf der im zweiten deutschen Herbst zu allem gefragt oder ungefragt wieder seinen Senf dazutun: als Vorbild mit Sekundärtugenden. Und genauso, wie nur durch viele bunte Kinderbilder das Verschwinden von Käpt'n Iglo gestoppt werden wird, genauso sorgen die nachwachsenden und nicht die aussterbenden Kohorten dafür, daß der ganze Scheiß von vorgestern wieder auf uns kommt. Deshalb aufgewacht! Wo Jugend zur Plage wird, wird Widerstand zur Pflicht! (Keine Sorge: zu den Jusos kommt jetzt schon niemand mehr. Von wegen potentiell und tendenziell und

prinzipiell!) Ihr könnt mir nicht folgen? Ihr wollt lieber nochmal drüber reden? Gut, liebe LeserInnen. Aber wenn Ihr einem 15jährigen begegnet, der im Plauderton bemerkt: "Heute gibt's nur noch wenige gute Politiker. Früher war das besser: Hitler, Mussolini, Stalin, Goebbels, Himmler, Ceausescu, Mao. Heute macht keiner mehr Geschichte"; dann wißt Ihr hoffentlich, daß es auf die Tour nicht mehr voran geht, und daß ich Euch gewarnt habe. Wenn Klausik kommt, muß man nicht den Knüppel auspacken. Ich rede auch nicht davon, Faschos zu jagen. Ich spreche von einer pädagogischen Aufgabe, von "jungen Menschen", die wir leider viel zu normal finden. Und wenn wir schon den Hintern zum großen kollektiven Rollback nicht hochkriegen, dann, glaubt mir, kann auch schon ein herzliches: "Hau ab, Archloch!" für die Selbstachtung wahre Wunder wirken.



B L I C K  
D I E W E L T

IN

Heinz-Gerd Hofschien

Wie schnelllebig unsere Zeit doch ist. Die alte SPD brauchte immerhin noch 50 Jahre, um die Noskes und Davids hervorzubringen, die ihren Frieden mit dem Imperialismus machten. Heutzutage haben die GRÜNEN Ähnliches in nur einem Zehntel dieser Zeit erreicht. In einem Kommentar im "Freitag" schrieb der Alt-SDSler und grüne Ober-Realo Udo Knapp unter der Überschrift "Große Koalition - warum nicht?" die folgenden Sätze: "Die Bundesrepublik findet sich ungewollt-unwillig als die westliche Führungsmacht neben den USA wieder. Sie muß nun auch im Inneren die politischen Kräfte und Institutionen so neu gruppieren, daß sie diese Rolle ausfüllen können. ... Dieses Muster bildet sich in Koalitionen in und außerhalb der Regierung heraus, die vorsichtig den deutschen ungeliebten, aber kaum abweisenden Führungsauftrag in der westlichen Welt als deutsche Interessenpolitik formulieren. Die Bundesrepublik als Nr. 1 in Europa, Nr. 1 beim Umweltschutz, Nr. 1 bei der Hilfe für den Wiederaufbau Rußlands und damit seiner 'Domestizierung', die politische Kultur der Bundesrepublik als Beispiel für die solidarische, aber staatlich klug angeleitete Entwicklung der neuen Bundesländer in absehbaren Zeithorizonten - all das eröffnet politische Handlungsfelder, für die es entscheidungsfähige Konstellationen im Bundestag und in der Regierung braucht.... Es geht also um die Neuformierung der populistischen Kräftekonstellationen der neunziger Jahre: Bürgerblock der Mitte gegen rechte, linke und grüne Populisten. Das ist sicher mit einem Austausch der politischen Eliten verbunden, kann mit einer Relativierung der heutigen Parteienmacht, ihrer Apparate verbunden sein und wird Persönlichkeiten wieder ein viel stärkeres Gewicht bei der Willensbildung einräumen als zuletzt üblich." Außenpolitisch die westliche Füh-

runngsmacht mit der Aufgabe der Domestizierung Rußlands und entsprechend im Inneren eine beispielhafte politische Kultur mit einem entscheidungsfähigen Bürgerblock starker Persönlichkeiten gegen "linke und grüne Populisten" - so hatten sich gewiß die Wählerinnen und Wähler der Alternativpartei immer die grüne Utopie für unser Land vorgestellt. Aber solange wir noch einen Finger rühren können, wollen wir dazu beitragen, daß bei dem prognostizierten "Austausch der politischen Eliten" diejenigen ehemaligen Ökopaxe leer ausgehen, die zu Lobrednern einer Politik verkommen sind, die man vor gar nicht so langer Zeit wohl auch in grünen Kreisen noch imperialistisch nannte.

In USA, the land of the free and the home of the brave, gibt es bekanntlich keinen Sozialstaat, der die Eigeninitiative lähmt. Wie sehr diese durch den Abbau der wenigen Sozialleistungen seit Reagan noch befördert worden ist, zeigt ein neuer amerikanischer Brauch, der in letzter Zeit in Übung gekommen ist: Man setzt seine pflegebedürftigen Verwandten, Eltern und Großeltern, für deren Unterhalt man nicht mehr aufkommen kann oder will, einfach aus. Anläßlich eines Falles in Kalifornien, wo ein alter Mann im Rollstuhl in der Wüste ausgesetzt aufgefunden wurde, ging die Meldung durch die Presse, daß es inzwischen mehrere hundert solcher Fälle in den USA gebe. Granny-dumping nennen die Amerikaner diese Alternative zur Pflegeversicherung.

Der Vorsitzende der rechtsradikalen "Deutsch-Nationalen Partei" aus Thüringen ist wegen mangelnder Flucht- und Verdunkelungsgefahr nach drei Wochen aus der Haft entlassen worden. Er war verhaftet worden, nachdem er mit seinen Schlägertrupps vor den Kameras von "Spiegel-TV" auf einem Bundeswehr-Übungsplatz das Abbrennen von Asylbewerberheimen mit anschließendem Abschlagen der vor dem Feuer Fliehenden geübt hatte. Dabei hatte er verkündet, er wolle Deutschland so säubern, wie das die SA zu Beginn der 30er Jahre getan habe. In Rostock sind die ersten Brandstifter aus Lichtenhagen zu Jugendarrest verurteilt worden. Einer bekam sogar ein Jahr Gefängnis ohne Bewährung. Aber der hatte nicht nur das Ausländerheim, sondern auch ein Polizeifahrzeug angezündet. Drei Gewalttäter, die in Ostdeutschland einen Ausländer zu Tode getreten haben, werden zu kurzen Haftstrafen verurteilt, weil nicht mehr feststellbar gewesen sei, wer

den letzten tödlichen Tritt getan hatte. Drei französische Juden, die in Rostock beim Versuch, eine Gedenkplatte am Rathaus anzubringen, sich mit der hart vorgehenden Polizei geprügelt haben, sind noch in Haft.

bleiben wir bei Justitias Weisheit: In einer deutschen Stadt hatten im Oktober 1991 drei Jugendliche nächtlings drei Brandsätze in ein Asylbewerberheim geworfen. Nur durch Zufall wurde keiner der Bewohner in dem teilweise abgebrannten Hause verletzt. Zwei der Jugendlichen kommen aus den besseren Kreisen der Stadt. Sie wurden nach 3 Wochen U-Haft auf freien Fuß gesetzt, damit sie keinen Nachteil beim Abitur hätten. Bei ihrer Rückkehr wurde ihnen an ihrem Elite-Gymnasium eine Sektparty gegeben. Der Dritte war nur Lehrling, stammt weder aus einer Rechtsanwaltsfamilie noch aus einer Staatsratsfamilie und blieb dreieinhalb Monate in Untersuchungshaft. Die Anklage lautet nicht auf versuchten Mord oder wenigstens auf versuchte Körperverletzung, weil die Jugendlichen bewußt ihre Brandsätze in ein dunkles Zimmer geworfen hätten, von dem sie annehmen mußten, daß es leer gewesen wäre - ein logisches Argument, da jeder weiß, daß alle unbeleuchteten Zimmer um 2 Uhr nachts natürlich unbewohnt sind. Die Jugendlichen, bei denen rechtsradikale Schriften gefunden wurden und deren Verteidiger erklärten, die Jugendlichen hätten nur ein Zeichen gegen die Drogendealer setzen wollen, erhielten wegen schwerer Brandstiftung ein Jahr und neun Monate Jugendstrafe auf Bewährung. Der Staatsanwalt verzichtete noch in der Verhandlung auf eine Berufung. Das geschah aber nun nicht in Sachsen oder Bayern, sondern im sozialdemokratisch regierten Bremen, wo ein sozialdemokratischer Justizsenator der Staatsanwaltschaft erlaubte, die lächerliche Anklage und den Verzicht auf die Berufung vorzunehmen, wo ein sozialdemokratischer Schulsenator weder die Täter von der Schule relegierte, auf der sie nun die Reife bestätigt bekommen werden, noch die Initiatoren der Sektete zur Rechenschaft ziehen ließ. Ein schöneres "Nur weiter so, Jungs" läßt sich kaum denken. Im übrigen aber versprechen wir bei jedem Gedenktag, den Anfängen zu wehren.

# Ein neuer Anlauf

Einleitende Bemerkungen zum  
Schwerpunkt

von Uwe Kremer\*

In der zweiten *spw*-Ausgabe dieses Jahrgangs stellten *Detlev Albers, Uli Schöler und Uli Wolf* einen Fragenkatalog vor, der als "Einladung zu einem breiten Diskussionsprozeß" über Grundfragen der sozialistischen Theorie verstanden wurde und damit auch auf eine wirkliche und umfassende Inventur des Marxismus zielte. In vergangenen *spw*-Ausgaben waren derartige Problemstellungen schon vielfach Gegenstand von Artikeln, aber in eher sporadischer Weise und nicht im Sinne eines Diskussionsprozesses, der im Rahmen der Redaktionsarbeit natürlich auch betreut und in gewisser Weise organisiert sein will. Mit dieser Ausgabe soll der Versuch initiiert werden, Diskussionslinien im Sinne des o.g. "Fragenkataloges" anzugehen und zu entwickeln - in diesem Heft als Schwerpunkt, in den folgenden als dauerhafte Rubrik.

Die Redaktion wird dabei besonderen Wert auf eine "Mischung" legen, die Autorinnen und Autoren aus den Diskussionskreisen der *spw* und des "Projektes Moderner Sozialismus" wie auch aus anderen theoretischen Arbeitszusammenhängen der - wie auch immer sozialistischen - Linken anspricht. Zur Methode: Es kann und soll dabei nicht um ein "Abhaken" der katalogisierten Fragen gehen. Wie sich die Diskussionslinien entwickeln, ist offen. Allerdings werden wir uns redaktionsseitig immer wieder darum bemühen, diese Linien als Verbindungen zwischen den verschiedenen Beiträgen deutlich zu machen und dabei natürlich auch auf eigene Sichtweisen nicht verzichten.

In diesem Heft vertieft *Uli Wolf* - einer der drei Autoren jenes Fragenkataloges - dessen ersten Teil "Zur Rekonstruktion des historischen Materialismus und der Philosophie des Sozialismus". Ausgehend von der heutigen globalen "Zeitenwende" baut *Wolf* - unter Bezugnahme auf eine Vielzahl von sozialistisch geprägten intellektuellen bzw. Philosophen - seine zentrale Hypothese auf, daß der historische Materialismus als wissenschaftliche Methode und die ma-

terialistische Gesellschaftsanalyse in ihren inhaltlichen Grundaussagen weiterhin Bestand haben (können), soweit sie mit einer systematischen Kritik des "Fortschritts" der westlichen Moderne einschließlich ihrer sozialistischen Varianten verbunden werden.

Aber es muß hier betont werden: Es handelt sich noch um eine Hypothese, die durch bestimmte Auslegungen der klassischen Schriften und durch die Ausformungen des real existierenden Kapitalismus uns nahegebracht wird. Eine Verifizierung des Marxismus als eigenständiger theoretischer Weltanschauung unterstellt meines Erachtens dreierlei:

o *erstens*, daß die bisherige Geschichte des menschlichen "Fortschritts" als eine Geschichte von *ökonomischen Gesellschaftsformationen* in Übereinstimmung gebracht werden kann mit der Analyse der gegenwärtigen globalen Krise und der Perspektive einer "globalen Revolution" und einer "nachhaltigen Entwicklung" (wobei der Begriff der ökonomischen Gesellschaftsformation wiederum die legendären Wechselbeziehungen von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen, von ökonomischer Basis und "Überbauten" u.ä. beinhaltet),  
o *zweitens*, daß Geschichte als eine Geschichte von *sozialen Kämpfen*, über die subjektive Praxis der Individuen erst gesellschaftsverändernd bzw. "geschichtsmächtig" wird, in Übereinstimmung gebracht werden kann mit den heutigen Tatbeständen, Tendenzen und Bedingungen der Subjektentwicklung (was die Frage der Klassentheorie ebenso aufwirft wie die generellere Frage nach der sozial-historischen Bedingtheit individuellen Handelns),  
o *drittens*, daß sich aus beiden Aspekten heraus - aus der Geschichte der ökonomischen Gesellschaftsformationen und aus der Geschichte der sozialen Kämpfe (als Bewegungsform der menschlichen Praxis) - ein "zielgerichteter" geschichtlicher Zusammenhang ergibt und daraus wiederum eine *radikale humanistische Utopie* wissenschaftlich begründet und subjektiv-praktisch angeeignet werden kann, die jenseits der heutigen globalen Realität und des heutigen Verständnisses von "Fortschritt" und menschlichem Dasein liegt - und letztlich mit dem zu tun haben wird, was Marx als kommunistisch apostrophierte.

Also geht es - kurz gefaßt - um den Marxismus als Formationstheorie, als "Philosophie der Praxis" und als Theorie eines "radikalen Humanismus".

1. Zur Marx'schen Formationstheorie äußern sich in diesem Heft *Tjaden und Tjaden-Steinhauer*. Sie bejahen ihren Erkenntniswert und ihre Entwicklungsfähigkeit vor allem gegenüber einem engen Systembegriff (siehe jenes Verständnis eines kapitalistischen "System", das alles mögliche - z.B. den Staat - auf seine Kapitalfunktion reduziert) - und zwar dann, wenn mit "Formation" die Reproduktion von Gesellschaft und Natur als Ganzes erfaßt wird. Dies als grundlegende Aufgabe vorausgesetzt, stellen sich formationstheoretisch aus meiner Sicht vor allem zwei weitere Fragen: Taugt die Formationstheorie zur Erfassung der Vergangenheit, v.a. des "realen Sozialismus" - und taugt sie zur Begründung einer jenseits der modernen bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaftsformation liegenden Perspektive?

Was den ersten Teil der Frage angeht, möchte ich auf *Uli Schölers* Buch "Despotischer Sozialismus oder Staatssklaverei" verweisen, das in diesem Heft von *H.J. Olczyk* besprochen wird. Anhand der theoretischen Verarbeitung der sowjetrussischen Entwicklung durch die Sozialdemokratie Deutschlands und Österreichs (1917 bis 1929) werden vergangene - eben auch und gerade formationstheoretische - Diskussionen nachgezeichnet, die bislang in keinem historischen Fall so brisant waren wie in der "russischen Frage", traf doch dort die sozialistische Perspektive auf ein Land, in dem Elemente aller möglichen Gesellschaftsformationen anzutreffen waren.

Was den zweiten Teil angeht, so enden sowohl *Wolf* als auch *Tjaden/Tjaden-Steinhauer* mit der Aufforderung, sich um die Mäßigung und Umsteuerung der Entwicklung im Rahmen der heutigen Formation zu kümmern. Hier sind wir - Hand auf's Herz - mit der allgemein verbreiteten Schwierigkeit konfrontiert, sich überhaupt etwas "grundsätzlich anderes" und "jenseits von heute" vorstellen und eine Trans-Formationstheorie entwickeln zu können. Der Sozialismus - die "sozialistische Marktwirtschaft" - erscheint nicht mehr zu sein als eine Variante innerhalb der modernen bürgerlichen Gesellschaftsformation mit ihrer Warenwirtschaft und ihrer zivilgesellschaftlichen Individualität - nur daß jetzt der Logik von Ware, Geld und Kapital nicht alleine sozialstaatlich, sondern vor allem ökologisch beigegeben werden soll.

Andererseits möchte ich doch auf einen früheren Aufsatz von *Tjaden* zur "politischen Ökonomie der Stoff- und Energiekreisläufe" rekurrieren, weil mir scheint, daß hier Elemente für eine Produktionsweise liegen, die tatsächlich auf einen anderen Typus von Gesellschaftsformation verweisen - einen Typus, der wahrscheinlich auch zur Hypothese von *Uli Wolf* "passen" würde. Substantiell und völlig offen scheint mir hierbei die Frage zu sein, welche Konsequenzen eine derartige "politische Ökonomie" (gleichsam eine Ökonomie des sustainable development) mit Blick auf eine Schlüsselkategorie des Marxismus hat - nämlich das Eigentum (vor allem dasjenige an den Produktionsmitteln).

2. Was nun den zweiten Aspekt der subjektiven Aneignung und Veränderung von Realität und der "Philosophie der Praxis" angeht, erleben wir in diesem Heft zunächst die Fortsetzung von *Thomas Metschers* "Thesen zur materialistischen Ästhetik". Im ersten Teil (s. *spw* 4/92) "bekannte" sich *Metscher* grundsätzlich zur Formationstheorie als Basis für eine Theorie menschlicher Praxis, zu der dann ja auch die Kunst zählt. In der nun folgenden "Geschichte materialistischer Ästhetik" zeigt er nun u.a. mit Blick auf *Brecht* und *Eisler*, *Benjamin* und *Weiß*, *Lukacs* und *Gramsci* wie sehr der historische Materialismus immer auch eine Theorie war, die die Subjektivität und die Praxis in den Mittelpunkt rückte (weswegen wohl die eben genannten im großen und ganzen der marxistischen "Linken" zuzurechnen waren) - und daß es neben dem "objektiven" ökonomischen Zusammenhang auch einen "subjektiven" kulturellen Zusammenhang der Geschichte gibt, wie er vor allem in der "Ästhetik des Widerstands" von *Peter Weiß* behauptet wird.

Die "Ästhetik des Widerstands" macht aber nur dann Sinn, wenn sie auch und gerade als Ausdruck sozialer Kämpfe (ausgetragen in welchen Formen auch immer) begriffen wird. Und bislang haben wir doch immer ein inneres Band unterstellt - zwischen heutigen und vergangenen Kämpfen, aber auch zwischen einem hiesigen Gewerkschaftsstreik und einem Befreiungskrieg im Süden. Dieses Band scheint gerissen - und Zusammenhänge erscheinen nun als zu- oder gar hinfällig. Und damit erscheint auch die Theorie der sozialen Kämpfe für hiesige Verhältnisse obsolet - war diese Theorie doch an eine "Arbeiterklasse" gebun-

den, die sich wiederum mehr als ein Produkt des revolutionären Weltprozesses (bzw. "Weltgeistes") denn als reales Element der modernen bürgerlichen Gesellschaftsformation darstellte.

Doch ist damit die Frage nach der Klassentheorie keineswegs erledigt. Erst recht nicht die damit zusammenhängende Frage nach den Subjekten gesellschaftlicher Veränderungen. Ich möchte an dieser Stelle auf *spw*-Beiträge von *Peter von Oertzen*, *Thomas Rausch* u.a. (vergl. *spw* 6/91 und 3/92) verweisen, die nun nochmals neu aufgenommen und weiterentwickelt werden sollten - im Sinne einer Theorie sozialer Formierungsprozesse, die sich mit den sozialen Grundlagen für eine grundlegende Veränderung von Produktions-, Verteilungs- und Herrschaftsstrukturen beschäftigt (und dabei nach meinem Dafürhalten auch wieder auf "Klassenfragen" stoßen wird).

Allerdings: Die größten Zweifel bereitet mir hierbei - ehrlich gesagt - der Vormarsch von Nation, Rasse und Stamm. Was uns dieses "marxistisch" lehrt, ist noch wenig thematisiert worden, aber wohl eine Schlüsselfrage, die über eine reine "Rekonstruktion des historischen Materialismus" hinausweist.

3. Es geht also darum, sich von zwei Seiten der "Rekonstruktion des historischen Materialismus" zu nähern. Und dabei wird sich dann zeigen, was die materialistische "Ästhetik des Widerstands" mit der "politischen Ökonomie der Stoff- und Energiekreisläufe" zu tun hat. Und es wird sich zeigen, ob dies alles zur Begründung eines "radikalen Humanismus" taugt, der einerseits in der Entwicklung der ökonomischen Gesellschaftsformation angelegt, andererseits in der sozialen Praxis der Menschen verborgen sein und in einer neuen Periode sozialer Kämpfe zum Tragen kommen müßte. Dabei ist der revolutionäre aufklärerische Gehalt des Marxismus festzumachen an seiner Auffassung vom transitorischen, vergänglichen Charakter historisch gewachsener und scheinbar endgültiger, vernünftiger und daher legitimer Strukturen - eine Auffassung, die sich m.E. kritisch sowohl auf die scheinbar ewigen Formen der Warenwirtschaft und des Privateigentums, als auch auf die scheinbar definitive Unmöglichkeit eines neuen gesellschaftsverändernden Aufbruchs von sozialen Bewegungen beziehen müßte.

## Wirtschaftsdemokratie & Eigentumsordnung

Alte Antworten neu befragt

- \* Ökologisierung und Demokratisierung der Unternehmensverfassung
- \* Wirtschaftsdemokratie - eine Antwort auf die Eigentumsfrage?
- \* Neue betriebliche Beteiligungsformen
- \* Steuerungsmöglichkeiten und -grenzen des modernen Kapitalismus
- \* Gibt es ein demokratisches Potential der neuen Technik
- \* Auf der Suche nach einem neuen Demokratietyp

## Bremen

9./10. Januar 1993

Referate, Podiumsdiskussionen und Arbeitsgruppen von und mit: **Henning Adler, Joachim Bischoff, Judith Dellheim, Horst Dietzel, Thomas Kuczynski, Peter v. Oertzen, C.O.Capella, Norman Paech, Lothar Peter, S.Schunter-Kleemann, Gerd Siebert, Peter Hess, Dietmar Düe, Sonja Kemnitz, Ute Fischer, Gregor Gysi, Jan Priewe, Konrad Siegel, Harald Werner u.a.**

Anmeldung und Anfragen an:

PDS/Linke Liste  
Landesverband  
Niedersachsen/Bremen,  
Herderstraße 35, 2800 Bremen  
1, Tel.:0421-704810  
oder:

AG Gewerkschaftspolitik  
beim Parteivorstand der PDS,  
Kleine Alexanderstraße 28, O-  
1020 Berlin, Tel.:030-2315403

\* Dr. Uwe Kremer, Politikwissenschaftler und Redakteur der *spw*, Dortmund

von Ulrich Wolf\*

## Notizen zur kritischen Rekonstruktion des historischen Materialismus und der Philosophie des Sozialismus

### Zeitenwende

Betrachtet man die geistige Situation unserer Zeit, so fällt der dramatische Bedeutungsverlust sozialistischen und marxistischen Denkens sofort ins Auge. Ein flüchtiger Blick auf die Univer-

logische Veränderung im Vergleich zur Periode 1968 ff. zu erkennen. Überall tönt es: Sozialismus und alles, was damit irgendwie zusammenhängt, ist "mega-out". Etwas überspitzt ließe sich sagen: Konnte man es sich vor 20 Jahren als politisch interessierter Mensch kaum leisten, nichts über Marx zu wissen, weil man in Seminaren, in der Schule oder in Kneipe nicht hätte mitreden können, so können heute diejenigen nicht so recht mitreden, die sich noch im alten ideologischen Korsett des marxistischen Diskurses bewegen - weil sie schlicht und einfach ins Leere sprechen. Die bittere Wahrheit ist: fast niemand interessiert sich im Augenblick dafür.

Für die Linke wäre es eine gefährliche Selbsttäuschung, würde sie dies nur als ein "Zeitgeist-Phänomen", also als eine - wie auch immer zu erklärende - vorübergehende Erscheinung betrachten. Vielmehr handelt es sich nach meiner Auffassung um eine fundamentale ideologische Veränderung, die sich bereits seit längerem in von großen Teilen der Linken unzureichend wahrgenommenen gesellschaftlichen Um-

brüchen und ideologischen Verschiebungen angekündigt hat. Diese Einschätzung beinhaltet die These, daß es verkürzt wäre, die überall spürbaren Veränderungen nur als Folge des Zusammenbruchs des sowjetischen Imperiums und des bipolaren Weltsystems zu interpretieren. Nach meiner Einschätzung hat die Entwicklung nach 1989

eine im politischen Alltagsbewußtsein schon vorhandene tiefe Verunsicherung nur noch verstärkt, die vor allem durch die ökologische Krise verursacht ist.

Die in enger Wechselwirkung stehenden sozialen und ökologischen Verwerfungen haben aufgrund ihres globalen Charakters nicht nur völlig neue Anforderungen an das Denken und an die Politik auf die Tagesordnung gesetzt. Die ökologischen Gefährdungen haben vor allem die Brüchigkeit der westlich-kapitalistischen Produktions- und Lebensweise mitsamt der zugehörigen politischen Ideologien schonungslos offengelegt. Wer allerdings glaubt, daß es sich dabei nur um eine Krise der bürgerlichen Ideologie handelte, unterliegt einer Täuschung. Daß sich im "klassischen" sozialistischen Diskurs nur vereinzelt Hinweise auf die ökologische Problematik finden, läßt sich dabei noch verschmerzen. Viel schwerer wiegt, daß in der gegenwärtigen innerlinken Diskussion wohl ein erheblich gestiegenes Problembewußtsein zu verzeichnen ist, eine überzeugende Antwort auf die Frage nach einer sozialen und ökologischen Bändigung des Kapitalismus sowie nach praktikablen Strategien für eine "nachhaltige Entwicklung" im Weltmaßstab aber noch aussteht. Während der sicherlich nicht im Ruf einer linken Kadenschmiede stehende Club of Rome eine "globale Revolution" proklamiert, klammern sich Teile der traditionellen (d.i. vor allem sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen) Linken immer noch an die alten strategischen Zielvorstellungen von Wachstum und Verteilung sowie an ein nationalstaatlich definiertes Politikverständnis, das der Vergangenheit angehört.

Dies ist mit ein Grund dafür, daß auch innerhalb der nicht-traditionellen Linken, also v.a. in der Ökologie- und "Dritte Welt"-Bewegung, immer häufiger die Auffassung vertreten wird, wir seien nunmehr in eine postmarxistische oder postsozialistische Epoche eingetreten. Mein Eindruck ist, daß die sozialistische Linke sich mit dieser Position sehr ernsthaft auseinandersetzen muß, wenn sie wieder mehr Einfluß auf die gesellschaftlichen und politischen Auseinandersetzungen nehmen will. Vor-

aussetzung dafür ist aber eine kritische Selbvergewisserung der eigenen politischen "Philosophie", also der Theorie und Strategie sozialistischer Politik. Das Motto muß also lauten: "back to the roots" mit Blick nach vorne!

### Eine kritische Rekonstruktion der Philosophie des Marxismus ist notwendig

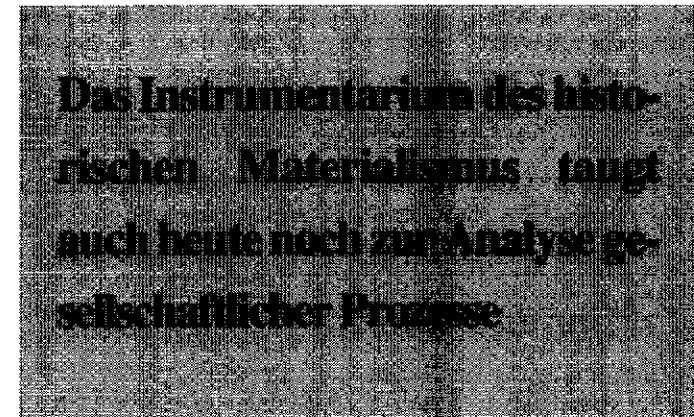
Schon einige Zeit, bevor unser Wissen um die ökologische Krise auf seine Art den geschichtsphilosophischen Entwurf des sozialistischen Denkens erschüttert hat, formulierte Michel Foucault auf der Grundlage seiner historischen Analyse von Diskursformationen eine ganz andere, aber nicht minder scharfe Kritik am Marxismus. Dieser habe sich in eine zu Beginn des 19. Jahrhunderts entstehende Wissensdisposition eingefügt, "in der gleichzeitig die Historizität der Ökonomie (in Beziehung zu den Produktionsformen), die Endlichkeit der menschlichen Existenz (in Beziehung zum Man-

der Kritik bestimmt sein. Im Gegensatz zur Hegelschen (Geschichts)philosophie, in der sich die Zielbezogenheit sozialer Prozesse gemäß seiner berühmten Formulierung, Geschichte sei "Fortschritt im Bewußtsein der Freiheit", gewissermaßen automatisch vollzieht, hat die marxistische Geschichtsteologie die Form einer "Philosophie der Praxis". Für Marx ist die Zielbestimmtheit gesellschaftlicher Entwicklungen stets abhängig vom praktischen Handeln, d.h. von den individuellen oder kollektiven Zielsetzungen der Menschen (wenn auch unter nicht selbstgewählten gesellschaftlichen Bedingungen).

Marx selbst hat den berühmten Satz formuliert hat, daß die Menschheit sich immer nur Aufgaben stelle, die sie selbst auch lösen könne. Die soziale Bedingtheit und begrenzte historische Reichweite jedes geschichtlichen Entwurfs (also auch seines eigenen) waren ihm also sehr wohl bewußt.

Genau dies aber ist der springende Punkt: Auch der hartnäckigste Anhänger seiner Lehren muß sich heute die Frage stellen, ob nicht die vor mehr als 100 Jahren in klassischer Form formulierten, utopischen Zielvorstellungen des sozialistischen Projekts unter heutigen, radikal veränderten Rahmenbedingungen obsolet geworden sind, so wünschenswert sie nach wie vor auch sein mögen. Mit Blick auf die globalen ökonomischen Verwerfungen und die rapide voranschreitende Zerstörung des ökologischen Systems gefragt: Kann angesichts einer immer tiefer gespaltenen Weltgesellschaft und der komplexen globalen Risiken überhaupt noch ein universeller, nicht-antagonistischer und an die Naturbedingungen angepaßter Gesellschaftstyp gedacht werden? Oder geht es auf absehbare Zeit nur noch darum, das Schlimmste zu verhindern?

Um Antworten auf diese (und einige andere) Fragen kann sich die sozialistische Linke nicht herum drücken, wenn sie ihrem gesellschaftlichen Projekt wieder mehr Ansehen verschaffen will. Ich möchte im folgenden versuchen, einige zentrale Elemente des Marxschen Denkens kritisch zu rekonstruieren, um der Frage nachzugehen, in welchen Punkten in der Konfrontation mit den Problemstellungen unserer Zeit sich eine Revision seiner Theorien als notwendig erweist. Dabei beziehe ich mich im wesentlichen auf den Begriff des historischen Fortschritts und die soziale Utopie im "klassischen" marxistischen und sozialistischen Diskurs. Nach meiner Auffassung sind dies die entscheidenden Punkte, an denen eine Diskussion über "Lebendiges" und "Totes" im Marxismus heute ansetzen muß. Zugespitzt formuliert: Bevor es keine Klarheit über die damit im Zusammenhang stehenden Fragen (die man im weiten Sinne als philosophisch bezeichnen könnte) gibt, wird eine zeitgemäße Erneuerung des Sozialismus in Theorie und Praxis schwer möglich sein. Freilich muß man sich bei der Konfrontation einer historischen Theorie mit gesellschaftlichen Aktualitäten um Gerechtigkeit bemühen. Um es etwas grobschlächtig zu sagen: Ungerecht wäre es, dem Aufklärer und Humanisten Marx den - nicht erst seit heute offenkundigen - Bankrott bürgerlich-kapitalistischer Rationalität vorzuwerfen, also das ihm zu unterstellen, was er bekanntlich (natürlich auf dem Denkniveau seiner Zeit) selbst kritisiert hat und durch verändernde Praxis überwinden wollte. Mit anderen Worten: für die Linke wäre es fatal, würde sie sich in den ziemlich lauten Chor einreihen, der augenblicklich das Lied vom Ende der Moderne singt und dabei den Marxismus ideologisch gleich mitentsorgt. Um keine Mißverständnisse aufkommen zu lassen, möchte ich gleich die Prämissen benennen, von denen ich bei meinen Überlegungen ausgehe. *Erstens*, daß die im Grundsatz positive Beziehung auf grundlegende soziale und politische Ideen des Projekts der Moderne - stichwortartig: Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit - Identitätskern der Linken ist und bleiben muß, ganz gleich ob sie sich auf Marx bezieht oder nicht. *Zweitens*, daß das begriffliche Instrumentarium des historischen Materialismus, also die wissenschaftliche Methode des Marxismus<sup>3</sup>, nach meiner Überzeugung auch heute noch zur Analyse gesellschaftlicher Prozesse taugt. Und *drittens*, daß wesentliche Grundlagen der Marxschen Gesellschaftstheorie, insbesondere der Kapitalismusanalyse, nach wie vor gültig sind.



gel und zur Arbeit) und die Fälligkeit eines Ziels der Geschichte vorkommen".<sup>1</sup> Der Marxismus sei ein Teil der "Humanismen" und der "Utopien der Vollendung"; er ruhe damit "im Denken des 19. Jahrhunderts wie ein Fisch im Wasser. Das heißt: überall sonst hört er auf zu atmen".<sup>2</sup> Was könnte man Foucault entgegnen? Ich würde sagen, daß bei der Kritik am sog. teleologischen Denken, das eine Zielgerichtetheit des historischen Prozesses unterstellt und unzweifelhaft im Marxschen Diskurs enthalten ist, nicht alle philosophischen Systeme über einen Kamm geschoren gehören. Bevor die Frage nach der Berechtigung und dem Sinn "großer" Geschichtsentwürfe überhaupt zu stellen ist, muß das theoretische Objekt

Foto: Stephan Hoppe



"Studie zu einem Arbeiterdenkmal 1"

sitäten, in die Feuilletons oder die diversen Zeitgeist-Magazine reicht aus, um die gesellschaftliche und zugleich ideo-

\* Ulrich Wolf, Mitglied der Projektgruppe Internationales des ProMS, Lehrer, Hannover

## Das Argument

Zeitschrift für Philosophie  
und Sozialwissenschaften



Anti-Rassismus  
Methodendiskussion

In jedem Heft literarische Beiträge, Aufsätze zu einem Schwerpunktthema, aktuelle Analysen aus Politik und Kultur, Kongressberichte und einen umfangreichen Rezensionsteil, der Besprechungen zu Neuerscheinungen aus allen Gebieten der Humanwissenschaften bringt.

Heft 195 (Sept./Okt. 1992)

### Anti-Rassismus Methodendiskussion

Dies Sonderheft ist ganz den drängenden Fragen einer Problematik gewidmet, die mit dem Wort »Ausländerfeindlichkeit« eher wolkig umschrieben als präzise auf den Begriff gebracht wird. Zum Thema äußern sich: *Georg Auernheimer*: Universelle Rechtsansprüche und kulturelle Differenz; *Wilhelm Heitmeyer*: Die Gefahren eines »schwärmerischen Antirassismus«; *Margret Jäger/Siegfried Jäger*: Rassistische Alltagsdiskurse; *Wolfgang Kowalsky*: Moralischer Antirassismus; *Rudolf Leiprecht*: Auf der Suche nach Begriffen für antirassistische Arbeit; *Jürgen Link*: Normalismus und Neorassismus; *Jost Müller*: Rassismus und Nationalismus der »Neuen Rechten«; *Ute Osterkamp*: Weitere Fallstricke und Problematikisierungen; *Nora Räthzel*: Zivilgesellschaft und Einwanderung; *Erich Wulff*: Notiz zur Konstruktion von »Rassismus«; *W.F. Haug*: Sechs vorläufige Nachsätze.

Gerne schicken wir Ihnen  
Abonnementsinformationen!

## Argument

Rentzelstraße 1, 2000 Hamburg 13

## Krise der Moderne - Krise des Kapitalismus

*Habermas* zufolge ist die Krise der Moderne zugleich auch eine Krise des neuzeitlichen Verständnisses von Rationalität. Der einseitige abendländische "Logozentrismus", so seine Diagnose, verdanke sich aber "nicht einem Zuviel, sondern einem Zuwenig an Vernunft". Den Zusammenhang mit der Realgeschichte des Kapitalismus sieht er darin, daß "die kognitiv-instrumentelle Vereinseitigung des modernen Begriffs der Rationalität ... die objektive Vereinseitigung der kapitalistisch modernisierten Lebenswelt" <sup>5</sup> spiegele. In der Tat ist die im Zeichen "postmoderner" Kritik vielbeschworene Krise der Moderne ihrem Wesen nach die Krise der kapitalistischen Produktionsweise. Denn diese ist, historisch gesehen, die ökonomisch-soziale Grundlage der kulturellen Moderne.

Im Zeitmaßstab der Universalgeschichte betrachtet, hat der Kapitalismus mit beispielloser Schnelligkeit Weltgeschichte hergestellt und mit ständig wachsender Intensität und Dynamik deren Strukturen geprägt. Dabei war seine Geschichte von Beginn an durch die Einheit von Gewalt und Geschwindigkeit gekennzeichnet: Der Kolonialismus ist die historische Grundlage des heutigen kapitalistischen Weltsystems, das durch tiefere soziale Antagonismen als je zuvor und eine extrem ungleiche Machtverteilung zwischen Zentren und peripheren Randgebieten gekennzeichnet ist. <sup>6</sup>

Obwohl die genaue Analyse der Strukturen dieses Systems immer noch viele Unklarheiten aufwirft, möchte ich an dieser Stelle nicht weiter darauf eingehen. Dies ist m. E. auch nicht notwendig, um das festzustellen, worauf es mir zunächst ankommt - daß nämlich die Entwicklung der durch die kapitalistische Produktionsweise geprägten Weltgesellschaft in den letzten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts in ein neues Stadium getreten ist. Sehr grob formuliert, würde ich den histori-

schen Umbruch etwa folgendermaßen beschreiben: Als Weltsystem betrachtet ist der Kapitalismus heute und in Zukunft nicht mehr allein durch die "klassischen" sozialökonomischen und Macht - Antagonismen geprägt, sondern durch den sich zuspitzenden Widerspruch zwischen der kapitalistischen Produktionsweise und den natürlichen Bedingungen der Produktion selbst. *Altwater* beschreibt den Zusammenhang als einen "Jäger - Beute - Zyklus". "Die Menschen nutzen von der Nettoprimärproduktion immer mehr und verdrängen so die Produzenten der Biomasse, so daß die Nettoprimärproduktion", d.i. die "im Zuge der energetischen Umwandlung der Sonnenstrahlung durch die Photosynthese erzeugte Biomasse ... zurückgeht. Die Expansion der Aneignung durch die Menschen kommt an eine quantitative und qualitative Grenze, da ja mit der Vielfalt der Arten auch die Vielfalt der Nettoprimärproduktion beschränkt wird. Die "Jäger" müssen sich bescheiden, bis die "Beute" sich wieder regeneriert hat". <sup>7</sup> Die aus der Logik des kapitalistischen Verwertungsprozesses zwingend sich ergebende schrankenlose Ausbeutung

Marx hat in seinen philosophischen Schriften stets die nicht rational-technisch erzeugbare Qualität der Natur hervor-  
gehoben.

und Beherrschung der anorganischen und organischen Natur, das durch ökonomisch-praktische Vergegenständlichungen bewirkte Zurückweichen der "Naturschranke" <sup>8</sup>, ist offenbar an eine absolute Grenze gestoßen, jenseits derer Natur sich nicht mehr den menschlichen Zwecksetzungen unterordnet. Die Rede *Ernst Blochs* vom sich "rächenden Natursubjekt" kennzeichnet diesen Zusammenhang, nämlich: daß die Folgen ökonomisch-technischen Handelns schlicht und einfach irrational werden.

Wenn nun aber die "Chaotisierung großer Teile der Welt" <sup>9</sup> als die Kehrseite der zivilisatorischen Errungenschaften der kapitalistischen Moderne diagnostiziert werden kann, ist deren Weltbild selbst in Frage zu stellen, weil nämlich der Kapitalismus durch und durch von deren Vorstellungen von theoretischer und praktischer Rationalität, Fortschritt usw. geprägt ist.

## Anthropozentrismus und ökologische Krise

*Carl Amery* geht davon aus, daß die Fähigkeit des Menschen, "sein überorganisches Potential in die ökologischen Kreisläufe eingreifen zu lassen" <sup>10</sup> nicht das "Privileg einer ökologischen Mittelpunkts- oder Sonderstellung" begründe. Das durch die Moderne hervorgebrachte ökonomische System (*Amery* spricht in diesem Zusammenhang zumeist vom "Industriesystem") beruhe jedoch genau auf der Mißachtung jenes Prinzips. Der falsche, weil "inkonsequente Materialismus" sei die praktische Philosophie des Industriesystems, die ihre Erfüllung darin finde, "das überorganische Potential des Menschen unreflektiert zur Expansion seiner Art auf Kosten anderen Lebens und anderer Materie" einzusetzen. In der Tat war und ist der von *Amery* kritisierte "Anthropozentrismus", also die Aufwertung des Menschen zum Beherrscher und Mittelpunkt der Welt, bestimmend für das philosophische Weltbild der Neuzeit.

Jedes konsequent materialistische Denken über die Zukunft hat heute von den Folgen des modernen "Anthropozentrismus der Praxis" auszugehen, die *Amery* nüchtern beschreibt: "(P)olitisch: der zwangsläufige Verzicht auf jede Langzeitplanung und damit auf jedwede Bereitstellung irgendeiner humanen Zukunft; ökologisch: die Entscheidung für kurzfristige artspezifische Vorteile auf Kosten anderer Arten und anderer Materie; und damit physikalisch: die Beschleunigung der Entropie auf Kosten der Lebensvielfalt und ihrer Fähigkeit, Entropie umzukehren oder zumindest zu neutralisieren bzw. zu optimieren."

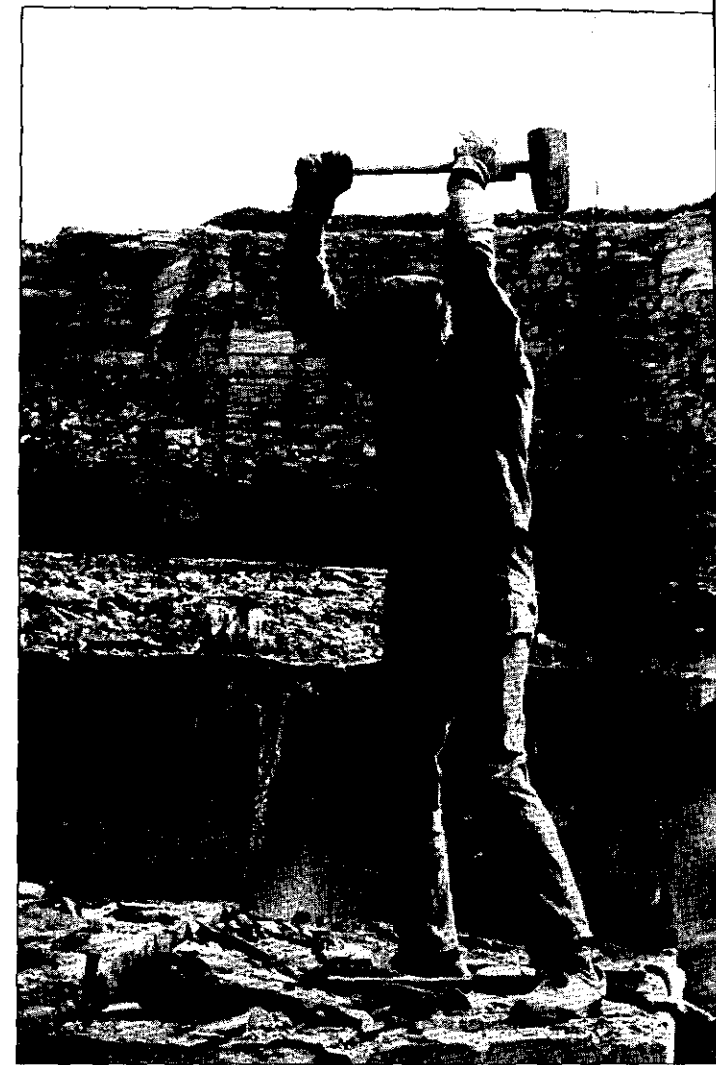
## Fortschritt und Vernunft - oder: Die Unvernunft der modernen Vernunft

Die eingangs zitierte Kritik von *Habermas* am beschränkten Rationalitätsbegriff

der Moderne bedarf einer näheren Erläuterung.

Das Weltbild der Moderne war von Beginn an mit der neuzeitlichen Idee von mathematisch-naturwissenschaftlicher Rationalität verbunden. Deren auf die quantitative Erfassung von Seinsphänomenen ausgerichtete Erkenntnismethode lieferte die Grundlage für einen neuen Begriff von Vernunft, dem die Natur nunmehr als quantifizierbares und beherrschbares Material galt. War, wie z.B. *Horkheimer* in seinen Analysen gezeigt hat, <sup>11</sup> für das vor-moderne Weltbild in Europa die Vorstellung einer objektiven, Mensch und Natur gleichermaßen umfassenden, Vernunft bestimmend, so ist für das bürgerliche Weltbild der Moderne die Distanzierung von subjektiver (menschlicher) Vernunft und objektiven Gesetzmäßigkeiten der Natur konstitutiv. Die kapitalistische Produktionsweise kann als realer, gegenständlicher Inbegriff dieses einseitigen Typus der subjektiven oder "instrumentellen Vernunft" (*Horkheimer*) gelten. Diese hat es "vor allem mit dem Verhältnis von Zwecken und Mitteln zu tun, mit der Angemessenheit von Verfahren an Ziele, die als solche mehr oder minder hingenommen werden, ohne im allgemeinen ihrerseits der vernünftigen Rechtfertigung unterworfen zu werden." <sup>12</sup> Fortschritt in der Logik kapitalistischer Produktionsweise - und dies macht letztlich seine gesellschaftliche Attraktivität aus - ist nicht nur Kapitalakkumulation und wachsende Profitproduktion, sondern auch ständige Steigerung der ungleich verteilten, von der menschlichen Gattung ver-

zehrbarer Reichtumsproduktion. Diese wird durch wachsende Naturbeherrschung und -ausbeutung mit zweckrationalen, ökonomisch-technischen Mitteln realisiert. *Marx* stellte sich die Triebkraft der kapitalistischen Produktionsweise in der Form eines an sich ziellosen "automatischen Subjekts" vor. Die bloße "Verwertung des Wert", "Kapital heckendes Kapital" bestimme die Dyna-



"Studie zu einem Arbeiterdenkmal 2"

mik gesellschaftlicher Prozesse, die sich hinter dem Rücken der Menschen vollziehe.

Die Problematik dieses Fortschrittsbegriffs liegt in seinem Verzicht auf eine Idee des vernünftig geordneten Ganzen. *Lukacs* hat in "Geschichte und Klassenbewußtsein" <sup>13</sup> die Antinomien des bürgerlichen Rationalismus als erster in glänzender Klarheit herausgearbeitet.

Bei seinem Versuch, alle Seinsphänomene aus einem methodischen Prinzip, eben "more geometrico" (Spinoza), zu erklären und zu beherrschen, sieht sich der Rationalismus stets mit einem irreduziblen, irrationalen Rest konfrontiert. Die zivilisatorische Tendenz, welche der kapitalistischen Ratio inneohnt, wird uns im Zeitalter des ökologischen Krisenbewußtseins zunehmend bewußt: Je gewaltsamer und dynamischer der Kapitalismus in den letzten 100 Jahren sich entwickelt hat, desto größer und schwerwiegender ist der "Rest" geworden, der nicht aus den Formprinzipien kapitalistischer Rationalität zu erzeugen und praktisch zu beherrschen ist. Auch im Hinblick auf die sozialen und politischen Strukturen der Weltgesellschaft hat dies Folgen. Die von *Horkheimer* und *Adorno* diagnostizierte "Dialektik der Aufklärung" ist mittlerweile in ein Stadium getreten, die dem Aufklärer schlechthin, *Immanuel Kant*, nur noch Hohn spricht. Für Kant war das Ziel des Fortschritts, die Idee des Menschen in weltbürgerlichem Sinne, "eine Gesellschaft, in welcher Freiheit unter äußeren Gesetzen im größtmöglichen Grade mit unwiderstehlicher Gewalt verbunden angeordnet wird, d.h. eine vollkommen gerechte bürgerliche Verfassung..."<sup>14</sup>

Daß dieser Fortschritt bislang nicht stattgefunden hat, davon zeugt die Verelendung - sprich: soziale und politische Chaotisierung - von immer größeren Teilen der Weltgesellschaft. Setzt sich der Trend des globalen Bevölkerungswachstums bei unveränderten ökonomischen und machtpolitischen Rahmenbedingungen fort, wird dies unweigerlich ein gravierendes Anwachsen des Welthungers bei gleichzeitiger Zunahme der ökologischen Risiken zur Folge haben.<sup>15</sup> Und wenn ein *Stanislaw Lem* heute ernsthaft in Erwägung zieht, die globale Wachstumsbombe durch die Verabreichung "synthetisch-hormonale(r)Stoffe mittels Trinkwasser" oder gar "durch einen biochemischen, kryptomilitärischen Einsatz"<sup>16</sup> zu entschärfen, wird damit ebensosehr eine plausible - und durchaus nicht unwahr-

scheinliche - technische Problemlösung präsentiert, wie andererseits sich darin die Hybris der westlichen, "zivilisierten" Rationalität offenbart. Nur durch die totale Kontrolle der Gattungsproduktion kann scheinbar - vorerst - Schlimmeres verhindert werden. Und wer weiß schon, was danach noch kommen könnte!

### Marxismus - Natur - gesellschaftlicher Fortschritt

Aber ist nicht, so höre ich fragen, der von Marx begründete moderne "wissenschaftliche" Sozialismus, der seit über 100 Jahren maßgebliche ideologische Grundlage der Praxis sozialistischer und kommunistischer Parteien gewesen ist, selbst ein Teil jenes auf rationalistische Beherrschung und ökonomisch-

**Der "moderne Sozialismus" muß mit einer Verlangsamung und Beschränkung des kapitalistischen "Fortschritts" beginnen.**

technische Ausbeutung der Natur bezogenen "Fortschritts"? Hatte nicht *Walter Benjamin* recht mit seiner Kritik am Fortschrittsbegriff der Arbeiterbewegung? "Die technische Entwicklung" so schreibt er in den "Geschichtsphilosophischen Thesen", "galt ihr als das Gefälle des Stroms, mit dem sie zu schwimmen meinte. Von da war es nur ein Schritt zu der Illusion, die Fabrikarbeit, die im Zuge des technischen Fortschritts gelegen sei, stelle eine politische Leistung dar. (...) Dieser vulgärmarxistische Begriff von dem, was die Arbeit ist, hält sich bei der Frage nicht lange auf, wie ihr Produkt den Arbeitern selber anschlügt, solange sie nicht darüber verfügen können. Er will nur die Fortschritte der Naturbeherrschung und nicht die Rückschritte der Gesellschaft wahrhaben."<sup>17</sup> Benjamin stellt diesem falschen Begriff der Mensch-Natur-

Beziehung zwar explizit die "sozialistischen Utopien des Vormärz"<sup>18</sup> gegenüber (namentlich erwähnt er *Fourier*) deutet aber durch den Verweis auf *Marx' Kritik des Gothaer Programms* an, daß dessen Natur- und Arbeitsbegriff sich nicht in die von ihm vehement angegriffene Tradition der Arbeiterbewegung einordnet.

Mit noch größerem Nachdruck muß auf die Differenz zwischen dem originären Marxschen Denken und seiner Interpretation im sogenannten Marxismus-Leninismus hingewiesen werden. Im Gegensatz zur Sowjetideologie, die sich in ihrer planetarischen Idee einer technischen Aneignung und Beherrschung von Natur eher mit dem Faschismus berührt, hat der Begründer des historischen Materialismus in seinen philosophischen Schriften stets die unaufhebbare, nicht rational und technisch erzeugbare Qualität der Natur hervorgehoben. So bemerkt er in den "Ökonomisch-philosophischen Manuskripten": "Die Natur ist der unorganische Teil des Menschen, nämlich die Natur, soweit sie nicht selbst menschlicher Körper ist. Der Mensch lebt von der Natur, heißt: Die Natur ist sein Leib, mit dem er in beständigem Prozeß bleiben muß, um nicht zu sterben. Daß das physische und geistige Leben

des Menschen mit der Natur zusammenhängt, hat keinen anderen Sinn, als daß die Natur mit sich selbst zusammenhängt, denn der Mensch ist ein Teil der Natur."<sup>19</sup> Und im "Kapital" verbindet er diesen ökologischen Grundgedanken mit einer scharfen Kritik des - kapitalistischen - Privateigentums, indem er an einer Stelle bemerkt: "Vom Standpunkt einer höheren ökonomischen Gesellschaftsformation wird das Privateigentum einzelner Individuen am Erdball genauso abgeschmachtet erscheinen wie das Privateigentum eines Menschen an einem anderen Menschen.

Selbst eine ganze Gesellschaft, eine Nation, ja alle gleichzeitigen Gesellschaften zusammengenommen, sind nicht Eigentümer der Erde. Sie sind nur ihre Besitzer, ihre Nutznießer, und haben sie als *boni patres familias* (gute Familienväter, U.W.) den nachfol-

genden Generationen verbessert zu hinterlassen."<sup>20</sup> Schließlich finden sich auch bei *Engels* vielfach ähnliche Gedanken, so etwa, wenn er im "Anti-Dühring" zunächst Freiheit als "in der auf Erkenntnis der Naturnotwendigkeiten gegründeten Herrschaft über uns selbst und über die äußere Natur" bestimmt, unmittelbar darauf jedoch das Ziel der Produktivkraftentwicklung in einem "Gesellschaftszustand" sieht, "worin es keine Klassenunterschiede, keine Sorgen um die individuellen Existenzmittel mehr gibt, und worin von *wirklicher menschlicher Freiheit*, von einer *Harmonie* (Hervorh. von mir, U.W.) mit den erkannten Naturgesetzen, zum ersten Mal die Rede sein kann."<sup>21</sup>

Bei aller Kritik an dem bei *Marx* und *Engels* sicherlich auch vorhandenen Industrialisierungsoptimismus: In unserem Urteil über die Begründer des historischen Materialismus sollten wir Gerechtigkeit walten lassen. Weder *Marx* noch *Engels* hatten einen rein rationalistisch-technizistischen Fortschrittsbegriff. Ihre positive Einschätzung der Fortschrittspotentiale der kapitalistischen Produktionsweise war höchst relativ. Dies läßt sich mit dem Verweis auf den von *Marx* geprägten Begriff einer "transitorischen Notwendigkeit" des Kapitalismus verdeutlichen. Der hier sichtbar werdende historisch-dialektische Fortschrittsbegriff bedeutete für *Marx* nichts anderes, als daß das durch den Kapitalismus ermöglichte Niveau der Arbeitsproduktivität die wesentliche Bedingung für die universelle Befreiung der Gattung sei. Erst jenseits des Kampfes um die materielle Bedürfnisbefriedigung könne der wirkliche Fortschritt beginnen, jenes "wahre Reich der Freiheit", "die menschliche Kraftentwicklung, die sich als Selbstzweck dient."<sup>22</sup>

Wir wissen heute, daß *Marx* damals die Lebensfähigkeit des Kapitalismus offenbar grob unterschätzt und die Möglichkeit einer schnellen Systemtransformation in den kapitalistischen Zentren überschätzt hat. Die mangelnde Reichweite seiner Prognosen läßt sich natürlich im nachhinein sehr leicht kritisieren. Ich glaube aber kaum, daß sich daraus die generelle Schlußfolgerung ableiten läßt, *Marx* habe das zivilisatorische Zerstörungspotential des Kapitalismus nicht sehr klar wahrgenommen.

Sei es wie es sei! Unzweifelhaft scheint zu sein, daß die Produktivkraftentwicklung im Rahmen der Trans-

formationsgeschichte des modernen Kapitalismus heute ein Entwicklungsstadium erreicht hat, wo der von *Marx* und anderen klassischen Theoretikern des Sozialismus daraus erhoffte menschheitsgeschichtliche Fortschritt in Rückschritt umschlägt, also eine global ungleichzeitige und kaum noch entwirrbare Dialektik von Produktivkraftfortschritt und gleichzeitiger Destruktivität entstanden ist.

Meine Schlußfolgerung aus alledem lautet ebenso simpel wie ketzerisch: Aus heutiger Sicht betrachtet, also mehr als 100 Jahre nach seinem Ableben, würde *Marx* sich dem Urteil *Immanuel Wallersteins* anschließen, das dieser - noch nicht einmal mit Blick auf die ökologischen Verwerfungen! - bereits 1984 formuliert hat: "Es ist einfach nicht wahr, daß der Kapitalismus als historisches System einen Fortschritt gegenüber Systemen darstellt, die er zerstört oder transformiert."<sup>23</sup>

### Zur Zeitstruktur des Kapitalismus

Bevor ich abschließend einige Überlegungen zu einem neuen Begriff des Fortschritts entwickle, möchte ich eine kurze Bemerkung zur Zeitstruktur moderner kapitalistischer Gesellschaften machen.

Betrachtet man deren Geschichte, so stellt man fest, daß sie durch eine Tendenz zu ständiger Beschleunigung geprägt sind. *Paul Virilio* hat darauf hingewiesen, daß der Begriff der Geschwindigkeit erst wirklich notwendig wird, "wo die schnellen Fortbewegungstechnologien auftauchen, mit der Revolution des Transportwesens im 19. Jahrhundert, mit den ultraschnellen Kommunikations- und Telekommunikations-Technologien, die über die Elektronik vermittelt die Lichtgeschwindigkeit einsetzen."<sup>24</sup> Die von ihm analysierte "Logik der Rennbahn" ist die Zeitstruktur der kapitalistischen Produktionsweise, deren Mechanismus schon *Marx* in "Das Elend der Philosophie" prägnant beschrieben hat: "Die Zeit ist alles, der Mensch ist nichts mehr, er ist höchstens noch die Verkörperung der Zeit."<sup>25</sup> Ist das "Kapitalverhältnis selbst nichts anderes als der Prozeß der Ökonomisierung und Beschleunigung der Zeit"<sup>26</sup>, so entspricht dieser Logik die "materiale Zeitpolitik des Neokonservatismus, die auf die weitere Ökonomisierung der Zeit, also auf die umfassendere und dichtere Effektivierung und Beschleunigung des sozialen

## Westfälisches Dampfboot



Dieter R. Knoell  
**Kritik der deutschen Wendeköpfe**

Frontberichte vom publizistischen Feldzug zur Herbeiführung des Endsiegs über die zersetzende Gesellschaftskritik  
1992 - 222 S. - DM 25,00 - ISBN 3-924550-71-9

Elmar Altwater  
**Der Preis des Wohlstands oder Umweltplünderung und neue Welt(un)ordnung**

1992 - 262 S. - DM 29,80 - ISBN 3-924550-72-7

Alex Demirovic / Hans-Peter Krabs / Thomas Sablowski (Hrsg.)  
**Hegemonie und Staat**

Kapitalistische Regulation als Projekt und Prozeß. Beiträge von: A. Lipietz, R. Boyer, B. Jessop, J. Hirsch  
1992 - 316 S. - DM 39,80 - ISBN 3-924550-66-2

Elmar Altwater  
**Die Zukunft des Marktes**

Ein Essay über die Regulation von Geld und Natur nach dem Scheitern des real existierenden Sozialismus  
2. durchgesehene Auflage  
1992 - 386 S. - DM 38,00 - ISBN 3-924550-68-9

Jürgen Hoffmann / Hildegard Matthies / Ulrich Mückenberger (Hrsg.)

**Der Betrieb als Ort ökologischer Politik - am Beispiel einer Schadstoffgruppe**

1992 - 306 S. - DM 38,00 - ISBN 3-924550-64-6

Gesamtverzeichnisse beim Verlag:  
4400 Münster - Dorotheenstr. 26a - Tel. 0251 / 608680

und kulturellen Lebens zielt." 27 Sind auf der Ebene der internationalisierten Produktion die Konkurrenzkämpfe der großen Konzerne schon längst "Zeitkriege" (Schauer) geworden, in denen es um das Tempo der technologischen Innovation geht, so frißt sich diese Zeitlogik immer weiter auch in das Alltagsleben der modernen Gesellschaften hinein. In der Arbeitssphäre wie in der Freizeit wird die Zeit "zum wertvollen Rohstoff 'proklamiert' und wie andere Rohstoffe auch ohne 'Rücksicht auf Verluste' ausgebeutet. Die Fiktion, wir könnten Zeit gewinnen, ist zur lebensbestimmenden Alltagsrealität geworden." 28

Fortschritt im Rahmen der kapitalistischen Produktionsweise ist die an sich ziellose, ständige Beschleunigung technologischer und sozialer Prozesse. Das irrationale Zerstörungspotential dieser Zeitlogik realisiert sich nicht nur in den militärischen Technologien - die Rede vom "Blitzkrieg" bedarf keiner näheren Erläuterung - sondern zunehmend auch in der arbeitsvermittelten Beziehung zwischen Mensch und Natur. Die von Amery diagnostizierte Beschleunigung der Entropie zeigt sich in allen wesentlichen ökologischen Parametern. So

weist Michael Müller darauf hin, daß von den "Verschlechterungen an den globalen Ökosystemen in den letzten 3 Jahrhunderten .. mehr als 50 % auf das Konto der letzten 30 Jahre" gehen und die Rate des Aussterbens von Tier- und Pflanzenarten "heute 10000 mal über der vor Eintritt der Menschheit in die Erdgeschichte" 29 liegt.

### Die Linke braucht einen neuen Fortschrittsbegriff

Der für eine "globale Revolution" notwendige ökologische Umbau der kapitalistischen Industriegesellschaften erfordert ein vollkommenes strategisches Umdenken. Dabei handelt es sich um eine überaus komplexe Strategie, die sich sowohl auf den Umbau von Produktionsstrukturen als auch der Konsum- und Lebensweisen bezieht. Die entscheidende Aufgabe für die sozialistische Linke liegt dabei nach meiner Auffassung darin, die "traditionellen" strategischen Instrumente antikapitalistischer Politik (d.i. der ökonomischen und sozialen Regulierung) mit einer neuen "programmatischen Philosophie" zu verbinden. Dabei kommt es darauf

an, das "Wohin" gesellschaftlicher Prozesse durch die Formulierung von strategischen Leitideen neu zu definieren und politisch-programmatisch zu konkretisieren, um das Alltagsdenken und -handeln der Menschen auf qualitativ veränderte Zielvorstellungen und Verhaltensmuster hinzuorientieren. Wie ein derartiger, zugleich antikapitalistischer und auf das Ziel einer "nachhaltigen Entwicklung" bezogener Diskurs aussehen könnte, möchte ich zum Abschluß kurz skizzieren.

Um gleich mit dem wichtigsten und wahrscheinlich am meisten kontroversen Punkt zu beginnen: Ich glaube, daß sich die Linke gegen die strategische Idee der "Effizienzrevolution", also die Lösung der globalen Probleme durch technologischen "Fortschritt" entscheiden muß, weil sie letztlich - auch unter den Vorzeichen "qualitativen Wachstums" - die Fortschreibung des kritisierten, falschen Fortschrittmusters impliziert. Dem wären die strategischen Leitbilder einer Verlangsamung und Begrenzung des kapitalistischen Modernisierungsprozesses entgegenzusetzen. Claus Offe spricht in diesem Zusammenhang von einem "alter-

native(n) Projekt der politischen Linken", nämlich das "Vorhaben, Minima zu gewährleisten, statt Maxima zu realisieren, und durch geeignete Verfahren und Institutionen die zerstörerischen Auswirkungen der technologischen, militärischen, wirtschaftlichen, bürokratischen und ökologischen Modernisierungsdynamik dadurch zu bremsen und zu fesseln, daß Prinzipien der verantwortlichen Selbstbeschränkung zur Geltung gebracht werden." 30

Die Konkretisierung dieses strategischen Programms ist vieldimensional und politisch folgenreich. Zwar kann die Linke dabei an bereits vorhandene Verhaltensdispositionen und institutionelle Regulierungsmuster anknüpfen - jeder Umstieg vom Auto aufs Fahrrad ist eine Verlangsamung der individuellen Fortbewegung, jede Umweltverträglichkeitsprüfung eine Mäßigung des Produktivitätsfortschritts. Jedoch darf nicht verkannt werden, daß in den spät-kapitalistischen Gesellschaften die entscheidende ideologische Bastion des zerstörerischen Fortschritts immer noch weitgehend intakt ist. Die Illusion, daß unser Wachstums- und Wohlstandsmodell tragfähig ist, ist so tief und geradezu zwanghaft (auch bei uns selbst) verwurzelt, daß eine Wende auf breiter Front noch nicht in Sicht ist. Die von dem Physiker und Wissenschaftstheoretiker Hans-Dieter Dürr formulierte Forderung nach einem "Lebensstil, der Schluß macht mit der enormen Verschwendung", der "nachhaltig ist, der von allen Menschen auf der Erde angestrebt werden kann und trotzdem ein freud- und lustvolles Leben gewährt", 31 mag sich für viele erschreckend radikal anhören. Angesichts der realen Problemlagen und der Gefahr einer diktatorischen "Lösung" des Problems 32 sehe ich jedoch keine Alternative zu dieser Zielsetzung. Bernd Ulrich ist zuzustimmen, wenn er fordert, "daß die Ökologiebewegung etwas gegen ihren Wohlstandsbauch tut und die Frage nach Knappheit und Freiheit, nach Verzicht und Demokratie ins Zentrum ihrer Debatte stellt, anstatt sie undiskutiert für beantwortet zu halten." 33 Diese und ähnliche Positionen müßten auch von den Vertretern eines "modernen Sozialismus" produktiv aufgenommen und in den sozialistischen Diskurs einzugearbeitet werden. Die Debatte über diese Fragen könnte gesellschaftliche Blockaden angreifen und überwinden helfen, wenn sie von der Linken richtig geführt wird. Dabei wäre die Verbindung

der ökologischen Frage mit einer offensiv geführten verteilungspolitischen Debatte (im nationalen und internationalen Maßstab), die ureigene Aufgabe der sozialistischen Linken, damit deutlich gemacht wird, wer in Zukunft zahlen und sich einschränken muß.

- 1 Michel Foucault, Die Ordnung der Dinge, Ffm. 1974: 321
- 2 Ebenda: 320
- 3 Vgl. dazu Georg Lukacs, der in "Geschichte und Klassenbewußtsein" erstmals den Gedanken ausgesprochen hat, daß die "Orthodoxie des Marxismus .. sich .. ausschließlich auf die Methode" bezieht. In: Lukacs Werke, Bd. 2: 171.
- 4 Jürgen Habermas, Untiefen der Rationalitätskritik. In: Die neue Unübersichtlichkeit, Ffm. 1985: 136.
- 5 Ebenda
- 6 Vgl. dazu etwa Elmar Altvater, Stammeswesen im globalen Dorf. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 5/1992: 540-551.
- 7 Ebenda: 547f.
- 8 Vgl. Karl Marx, Das Kapital, Bd. 1. In: MEW 23: 537.
- 9 Altvater, a.a.O.: 550.
- 10 Dies wie die folgenden Zitate aus: Carl Amery, Elf Thesen zum ökologischen Materialismus. In: ders., Natur als Politik, Hamburg 1976: 183f.
- 11 Vgl. z.B. Max Horkheimer, Zum Begriff der Vernunft. In: ders., Sozialphilosophische Studien, Ffm. 1972: 47-58.
- 12 Ebenda: 47.
- 13 Vgl. den Aufsatz "Die Verdinglichung und das Bewußtsein des Proletariats", hier insbesondere das Kapitel über die Antinomien des bürgerlichen Denkens. In: Lukacs Werke, Bd. 2, a.a.O.: 287ff.
- 14 Idee zu einer allgemeinen Geschichte in weltbürgerlicher Absicht. In: Kant, Schriften zur Geschichtsphilosophie, Stuttgart 1974: 27.
- 15 Vgl. Lester Brown, Die neue Weltordnung. In: Worldwatch Institute Report. Zur Lage der Welt 1991/92, Ffm 1991: 26ff.
- 16 Interview mit Stanislaw Lem in: Frankfurter Rundschau v. 22.8.1992.
- 17 Walter Benjamin, Geschichtsphilosophische Thesen. In: ders., Zur Kritik der Gewalt und andere Aufsätze: 86f.
- 18 Ebenda
- 19 MEW, Ergänzungsband 1: 516.
- 20 MEW 25: 784.
- 21 MEW 20: 106f.
- 22 MEW 25: 828.
- 23 Immanuel Wallerstein, Fortschrittsideologie und Zukunft des historischen Kapitalismus. In: Das Argument, 143: 41
- 24 Paul Virilio/Gianni Daghini, Dromologie: Logik der Rennbahn. In: Lettre, 14/1991: 28.
- 25 MEW 4: 85.
- 26 Helmut Schauer, Zeit und Politik. In: Sozialismus 1/1990: 61.
- 27 Ebenda
- 28 Karlheinz A. Geißler, Gegenbilder zur Zeitkultur. In: Volkszeitung, 8.6.1990: 6.
- 29 Michael Müller, Mehr Umweltschutz recht nicht. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 3/1990: 348.
- 30 Claus Offe, Fessel und Bremse. Moralsche und institutionelle Aspekte "intelligenter Selbstbeschränkung". In: A.Hameter/T.McCarter/C.Offe/A.Weltner (Hrsg.), Zwischenbetrachtungen. Im Prozeß der Aufklärung. Jürgen Habermas zum 60. Geburtstag, Ffm. 1990: 746f.
- 31 Hans-Dieter Dürr, "Auf den Zug aufspringen". In: tageszeitung v. 17.9.1992.
- 32 So rutschte um Rio herum Umweltminister Töpfer in einem "Zeit"-Interview der Satz heraus: "Diktaturen entstehen, wenn Mehrheiten die Probleme nicht lösen und Minderheiten nicht länger bereit sind, dies hinzunehmen". Zf. nach Bernd Ulrich, Nicht weniger, nur anders? Ökologische Strategien in der Wachstumskrise. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 8/1992: 947.
- 33 Ebenda: 948.

DEUTSCHE POLITIK :

## Blätter für deutsche und internationale Politik

zu beziehen über die Blätter Verlagsgesellschaft, Bertha-von-Suttner-Platz 6, 5300 Bonn 1

ZEITSCHRIFT MARXISTISCHE ERNEUERUNG



Nr. 11, September '92  
**Terrainvermessung:  
Gewerkschaftspolitik**

Nr. 12, Dezember '92  
**Zusammenbruch des  
Realsozialismus:  
Annäherungen (I)**

Nr. 13, März '93  
**Alte Grenzen -  
neue Ufer:  
Gewerkschaftsfragen**

**Zusammenbruch des  
Realsozialismus:  
Annäherungen (II)**

Nr. 14, Juni '93  
**Macht und Herrschaft  
im Metropolen-  
kapitalismus**

176-256 Seiten  
Einzelpreis: 15 DM  
Abonnement: 45 DM  
(4 Hefte/Jahr)  
Bezug: Buchhandel (ISSN  
0940-0648) oder direkt  
Z.-Vertrieb, Kölner Str. 66  
6000 Frankfurt/M. 1  
Tel. (069) 739 29 34



# Historisch-materialistische Formationstheorie: Unklarheiten und Erkenntnismöglichkeiten

von Margarete Tjaden-Steinhauer  
und Karl Hermann Tjaden\*

Die Theorie gesellschaftlicher Formationen, die Karl Marx und eine Reihe anderer Autoren zu entwickeln begonnen haben, gilt heute in der Regel als etwas, das auf den Abfallhaufen der Wissenschaftsgeschichte gehört. Das liegt, abgesehen von der allgemeinen politischen Lage, zunächst an einer Reihe von Fragwürdigkeiten, die seitens bestimmter Autoren wie Kritiker bei der Interpretation von Formationskonzepten geäußert bzw. unterstellt wurden. Allerdings sind das Konzept der Formation und die dahinter stehende Konzeption gesellschaftlicher Realität bei Marx selber der Diskussion bedürftig. Gleichwohl können wir uns gut vorstellen, daß eine kritisch gefaßte historisch-materialistische Theorie gesellschaftlicher Formationen uns bei der Klärung und Bewältigung theoretischer und praktischer Probleme weiterhelfen könnte.

## Fragwürdige Konzepte und Kritiken

Berühmter Ansatzpunkt zu einer Formationstheorie ist die Auffassung, daß in der Gesellschaftsgeschichte seit den Urgesellschaften "asiatische, antike, feudale und modern bürgerliche Produktionsweisen als progressive Epochen der ökonomischen Gesellschaftsformation bezeichnet werden [können]" (MEW 13, S. 9). Viele Leute meinen, das gelte überall und immer. Wer auch immer diese Auffassung vertritt: es handelt sich um blühenden Unsinn, der jedenfalls nicht von Marx stammt. Wo immer

Marxisten gleich welcher Schattierung behauptet haben, sämtliche Gesellschaften, die es je auf der Erde gab, seien in dieses Schema einzuordnen und die ihm innewohnende Abfolge bilde stets das Muster ihrer Entwicklung, haben sie zu Recht massive Kritik erfahren können. Marx-Kritiker ihrerseits bedienten sich nur zu gerne dieses Klischees, um seiner historisch-materialistischen Theorie ein auszuwischen - insofern nicht ganz zu unrecht, als auch die Marxisten selber meistens von irgendeiner Universalität wie Automatik dieser Entwicklungsfolge ausgegangen sind. Sie haben sich damit fruchtlose Diskussionen über die scheinbare Alternative "Unilinearität oder Multilinearität" der Gesellschaftsentwicklung eingehandelt. Sie haben zudem die legitime Diskussion über Gesetz- und Regelmäßigkeiten gesellschaftlicher Entwicklung in die Sackgasse der Fragen nach angeblichen Gesetzen der Weltgeschichte und des Übergangs von einer zur anderen Gesellschaftsform gelenkt. Ganz besonders entstellte wurde der zitierte Satz von Marx bekanntlich durch Stalin, der "in der Geschichte" nur noch "fünf Grundtypen von Produktionsverhältnissen" kennen wollte: "die Produktionsverhältnisse der Urgemeinschaft, der Sklaverei, des Feudalismus, des Kapitalismus, des Sozialismus" (Kurzer Lehrgang der KPdSU (B), 1938). Insbesondere die Eliminierung der Kategorie "asiatische Produktionsweise" und eine Kritik daran waren von großer politischer Brisanz. Um so bemerkenswerter ist es, daß eine Reihe marxistischer Wissenschaftler - auch im sowjetischen Herrschaftsbereich, so in der DDR - schon seit dem Ende der fünfziger Jahre mit der Destruktion dieser Mythen begonnen hatte. Andere Fragwürdigkeiten betreffen die Funktion, die der Begriff der Formation nach der Auffassung dieses oder jenes Autors in den Gesellschaftswissen-

schaften haben soll. Von Lenin wurde er zu einem Grundbegriff erklärt, der generalisierende Analysen erst ermöglichen soll, wobei sich allerdings fragt, welche allgemeinen Züge von Gesellschaft durch ihn erfaßt werden können und welche unter Umständen unter den Tisch fallen. Von anderen wurde das Konzept umgekehrt zur Kennzeichnung individueller Gesellschaften verwendet, zumindest sofern in ihnen verschiedenartige Wirtschaftsweisen miteinander verbunden sind. Dieser Begriffsgebrauch wurde von Maurice Godelier als Begriffsverwirrung bezeichnet, was plausibel ist, weil das Formationskonzept ja nur Sinn macht, wenn man es zur Beschreibung und Erklärung typischer Formen der Gesellschaft gebraucht. Sowohl die Überzeugung, der Formationsbegriff sei die zentrale theoretische Kategorie der Gesellschaftslehre, als auch die Auffassung, er taue nur als historiographisches Konzept, als auch, desweiteren, die Kritik der einen im Namen der jeweils anderen Ansicht erscheinen uns somit als fragwürdig, zumal der fragliche Begriff selber schon bei Marx in verschiedensten Schattierungen auftritt.

## Ausgewählte Äußerungen von Marx über gesellschaftliche Formationen

Wir behaupten nicht, alle diesbezüglichen Äußerungen von Marx zu kennen, aber sicher ist, daß der Begriff zum einen nicht allzu häufig und zum anderen in verschiedenen Bedeutungen auftaucht. Für diejenigen, die sich hierüber genauer informieren wollen, empfiehlt sich das unten angegebene, von E. Engelberg und W. Küttler herausgegebene Sammelwerk. Abgesehen von dem berühmten, oben wiedergegebenen Zitat über die "Epochen der ökonomischen Gesellschaftsformation" im "Vorwort"

von "Zur Kritik der politischen Ökonomie" 1859 gab es sieben Jahre zuvor schon den Begriff der "Gesellschaftsformation" überhaupt (MEW 8, S. 116) mit Bezug auf den Kapitalismus in Frankreich. Ein paar mal wird im "Kapital" wieder von "ökonomischer Gesellschaftsformation" gesprochen" (z. B. MEW 23, S. 16), und dann ist von "primären, sekundären Formationen", ohne den Zusatz "ökonomische", insbesondere in den viel gerühmten Entwürfen eines Briefs an Vera Sassulitsch 1881 die Rede. (MEW 19, S. 384 ff) Das war's beinahe schon, wenn man mal davon absieht, daß von "Formen", auch gesellschaftlichen, öfters gesprochen wird, was ja aber nicht dasselbe wie "Formation" meint. Woher kommt dann die Rede von "der Formationstheorie"? Vermutlich von Lenin, was nicht automatisch etwas Gutes oder Schlechtes bedeutet. Was Marx angeht, so hat er offenbar

- von ökonomischen, aber auch von anderen Formationen der Gesellschaft gesprochen;
- von "der" ökonomischen "Formation" der Gesellschaft ebenso wie von verschiedenartigen "ökonomischen Gesellschaftsformationen" im Plural geredet;
- "ökonomische Gesellschaftsformation(en)" von "Produktionsweisen" unterschieden; sowie schließlich über langwährende "primäre" und "sekundäre" Formationen der Gesellschaft nachgedacht, wobei mit letzteren die antagonistischen Klassengesellschaften gemeint sind, die einschließlich der kapitalistischen die Entwicklung zur modernen Gesellschaft kennzeichnen.

Wenn man diese Stücke eines Puzzles zusammensetzen versucht, so kommt höchstwahrscheinlich folgendes heraus: Marx sieht ökonomische Gesellschaftsformationen wie diejenige, die durch eine kapitalistische Produktionsweise begründet ist, in der Entwicklungsreihe verschiedener Produktionsweisen, die von bestimmten asiatischen Produktionsweisen über die alteuropäischen antiken Produktionsweisen und die westeuropäische feudale bis zur "modern bürgerlichen" Produktionsweise reichen und die aufeinanderfolgende, "progressive Epochen" einer einzigen, nämlich der "ökonomischen Gesellschaftsformation" oder "sekundären Formation" bilden. Hierbei handelt es sich um den für die Entwicklung zum

Kapitalismus in Westeuropa kennzeichnenden (und keinen allgemeingültigen) Weg der Gesellschaftsgeschichte. Diesen selber hält Marx allerdings anscheinend für einen "naturgeschichtlichen", soll wohl heißen: in seinen einzelnen Etappen gesetzmäßigen Modernisierungsprozeß, der die davon abweichenden Gesellschaften ebenfalls, und zwar in ihrem eigenen Modernisierungsinteresse, ergreifen soll. Dieser Eurozentrismus und Fortschrittsmythos sind sicherlich diejenigen Merkmale dieses Entwurfs, die (unter Berücksichtigung bestimmter späterer Kritikanalysen bei Marx selber) gründlichst zu kritisieren sind. Dies nicht nur aus theoretischen Gründen, weil sie nämlich zu einer Verselbständigung des Konzepts vor allem der kapitalistischen Formation und Produktionsweise gegenüber allgemeineren gesellschaftlichen Kategorien führen, sondern auch aus praktischen: weil sie nämlich eine heimliche Verherrlichung der kapitalistischen Weise des Umgangs der Menschen miteinander und mit der Natur enthalten, die sich in eine üble Politik gegenüber randständigen und unterlegenen Völkern und Ländern umsetzen kann. Eine solche Kritik muß nicht dazu führen, daß das Konzept und die Ansätze zur Theorie der gesellschaftlichen Formation über Bord geworfen werden. Sie kann auch ergeben, daß es einer genaueren Fassung der bislang vorliegenden Ansätze und ihrer Weiterentwicklung bedarf.

## Begriffssachverhalte, die geklärt werden müssen, wenn die Formationstheorie weiterentwickelt werden soll

Wir halten es für ein selbstverständliches Erfordernis, daß der Inhalt und der Stellenwert von Begriffen, die man verwendet, möglichst klar sind, weswegen wir einige diesbezügliche Fragen an das Konzept und an die (fragmentarische) Theorie der Formationen festhalten möchten, die sich in der bisherigen Diskussion ausmachen lassen. a) Heißt "Formation" soviel wie "Form" oder wie "Formung", handelt es sich also um einen "Struktur"- oder um einen "Prozeß"-Begriff? Die Forschungsbefunde von Hans-Peter Jaeck (in: Engelberg/Küttler 1978) zeigen, daß Marx selber wohl beide Bedeutungen im Auge hatte, was sicher dann nützlich ist, wenn man sowohl eine bestimmte

## Aktuelle Neuauflage!

Karl Hermann Tjaden  
**Mensch –  
Gesellschaftsformation –  
Biosphäre**

Über die gesellschaftliche Dialektik des Verhältnisses von Mensch und Natur

2. Auflage, 1992, 311 S.,  
broschiert, DM 38,00  
ISBN 3-89419-022-1

Die hier vorgelegten Untersuchungen möchten zur Klärung der Frage beitragen, welche Entwicklungsmöglichkeiten die hochentwickelten und die unterentwickelten kapitalistischen Gesellschaften im vorgegebenen Kontext »Mensch-Biosphäre« haben. Sie möchten zum Nachdenken darüber anregen, wie die Verfassung einer sozialistischen Gesellschaft beschaffen sein könnte, die die Beziehungen zwischen »Mensch« und »Natur« demokratisch und rational regelt.

Die Schwerpunkte der Untersuchungen sind: eine theoretisch-systematische Betrachtung gesellschaftlicher Arbeit als Mittel des stofflich-energetischen Austauschs zwischen Mensch und Natur, insbesondere die Analyse des Konzepts »Produktivkraft«; eine theoretisch-historische Untersuchung der Entwicklung gesellschaftlicher Arbeit und der Folge von Gesellschaftsformationen in der altorientalisch-europäischen Entwicklungslinie; schließlich Darstellungen der modernen (kapitalistischen und sozialistischen) Produktionsweisen und Gesellschaftsformen unter den Gesichtspunkten der Kritik ihrer Nutzungen vorhandener produktiver Potentiale, ihrer Zielstellungen für die gesellschaftliche Arbeit sowie ihres Umgangs mit den menschlichen, natürlichen und sächlichen Grundlagen der gesellschaftlichen Produktion und Reproduktion. Skizzen alternativer Szenarien der Entwicklung gesellschaftlicher Arbeit in modernen Gesellschaftsformen schließen die Arbeit ab.

Zu beziehen beim Verlag oder  
Ihrem Buchhändler

Verlag Arbeit & Gesellschaft  
Postfach 2340  
3550 Marburg/L.

ua&g

\* Dr. Margarete Tjaden-Steinhauer, Professorin im Fachbereich Sozialwesen der GH Kassel, Dr. Karl Hermann Tjaden, Professor im Fachbereich Angewandte Sozialwissenschaften, Rechtswissenschaft der GH Kassel

durchgängige Form als auch deren Herausbildung und/oder Durchsetzung im Zeitverlauf, eben eine bestimmte Formierung der infragestehenden Gesellschaft ausdrücken will.

b) Wie verhält sich der Begriff "Gesellschaftsformation" zum Begriff der "Produktionsweise"? Selbst wenn man die möglichen weiter gefaßten Formationskonzepte von Marx (primäre bzw. sekundäre langfristige ökonomische Formation) einmal ausklammert: hierüber gibt es eine lange, unabgeschlossene Diskussion, wodurch zumindest klar ist, daß hier Klärungsbedarf besteht. Wir sind der Auffassung, daß "Gesellschaftsformation" anderes bzw. mehr bedeutet als "Produktionsweise" und daß es in jeder Gesellschaftsformation eine bestimmende Produktionsweise gibt.

c) Wie verhält sich Gesellschaftsformation zur geschichtlichen Wirklichkeit? Gibt es in dieser Wirklichkeit nur eine kapitalistische, antike etc. Formation oder gibt es nur verschiedene raumzeitliche Ausprägungen eines solchen Formationstyps? Müßte beispielsweise das Gesamt der kapitalistischen Gesellschaften als eine Formation oder als System von Formationen betrachtet werden? Hierüber sind wir uns nicht einig.

d) Wie verhält sich "Gesellschaftsformation" zu "Gesellschaft"? Von Gesellschaftsformation ist nicht sinnvoll zu sprechen, wenn frau/man nicht weiß, was Gesellschaft meint und wie sie zustande gekommen ist. Es gibt die verbreitete Auffassung, daß menschliche Gesellschaft in erster Linie durch die Notwendigkeit der Beschaffung von Lebensmitteln durch die Jagd der Männer zustande gekommen sei, was unserer Meinung nach zu recht problematisiert worden ist, weil das schließlich zu einer produktionsorientierten Konzeption der Formierung von Gesellschaft überhaupt führt. Dagegen gibt es eine an Versorgungs- und Schutzaufgaben anknüpfende Erklärung, die mit einer reproduktionsorientierten Idee von Gesellschaft gut einhergehen kann.

e) Was ist von der Idee langfristiger Formationen zu halten, z. B. von der "sekundären Formation" der antagonistischen Klassengesellschaften, die auch als "die ökonomische Gesellschaftsformation" bezeichnet wird? Wie heißt dann die davor liegende Formation der Urgesellschaften? Wir möchten sie "gentilistische" nennen, wobei allerdings noch offen ist, wie die Entstehung dieser ersten historischen Form und For-

mierung von Gesellschaft zu sehen ist. Nach u. M. spielt hierbei die Entwicklung der Großwildjagd mittels Fernwaffen mit der damit möglichen Vermehrung der zu unterhaltenden Bevölkerung und der erforderlichen Ausweitung des genutzten Naturraumes eine Rolle, wobei die Möglichkeit und die Notwendigkeit der Bildung kleinerer Versorgungs- und Selbsterhaltungsgruppen in Wechselbeziehung zur Größe der Beute zu berücksichtigen sind.

f) Was ist mit der Abfolge von Formationen und was mit dem Wechsel von einer zur anderen ökonomischen Gesellschaftsformation gemeint? Wenn, wie wir gerade am Beispiel der gentilistischen Formation angedeutet haben, Gesellschaftsformationen viel mit der gesellschaftlichen Dialektik von Mensch und Natur, der Entwicklung technischer Produktionskapazitäten und den grundlegenden Erfordernissen der gesellschaftlichen Reproduktion der Menschen und der Natur zu tun haben, dann lassen sich diese Fragen nur in einer Theorie klären, die den Übergang von einer zu einer anderen Gesellschaftsformation unter dieser Perspektive zu begreifen versucht. Allerdings hat eine Theorie gesellschaftlicher Formationen nur dann einen Sinn, wenn sich bestimmte Sachverhalte der Wirklichkeit mit ihr besser klären lassen als ohne sie. Wir können uns vorstellen, daß dies der Fall ist.

### Wirklichkeitssachverhalte, deren Bewältigung durch eine Formationstheorie gefördert werden könnten

Einige solcher gesellschaftlichen Sachverhalte, die gegenwärtig in der Diskussion sind und die uns mit Hilfe einer Formationstheorie besser begreif- und handhabbar scheinen, wollen wir im folgenden skizzieren.

a) Wir meinen, daß frau/man am Begriff der kapitalistischen Produktionsweise festhalten muß, weil es schon eigenartig wäre, wenn man es nicht täte, bloß weil diese dem Anschein nach augenblicklich über den Rest der Welt triumphiert. Aber offensichtlich deckt der Mechanismus von Profitproduktion und Kapitalakkumulation nicht alle Teile der gesellschaftlichen Wirklichkeit ab, auch wenn sie diesem mehr oder weniger untergeordnet sind. Dazu gehören einmal insbesondere das Verhältnis der Geschlechter und Generationen zueinander sowie das

Verhältnis der Gesamtgesellschaft zu den Naturhaushalten und den Naturquellen. Zum anderen gehören dazu natürlich auch die politischen und kulturellen Verhältnisse. Dem wird in der Diskussion um den Begriff der gesellschaftlichen Arbeit mittlerweile ja schon Rechnung getragen, wenn darauf insistiert wird, ihn nicht bloß als Arbeit in der Warenproduktion zu fassen. Wenn frau/man alle diese über die gesellschaftliche Arbeit miteinander zusammenhängenden gesellschaftlichen Wirklichkeitsbereiche in einem Begriff ausdrücken will, bietet sich dafür der Begriff der - in diesem Fall kapitalistischen - Gesellschaftsformation an. Jedenfalls, wenn man sagen will, daß all diese Bereiche einen Zusammenhang bilden und eine bestimmte Gestalt haben, die sich auf kapitalistische Weise erneuern.

b) Mit dem Wort "erneuern" ist ein wesentlicher Aspekt gesellschaftlicher Realität angesprochen, der mit dem Begriff der Produktionsweise unvollkommen erfaßt wird, was für die weitere Ausarbeitung der Theorie der Gesellschaftsformation spricht: die Reproduktion der Gesellschaft als Ganzes. Die Theorie der kapitalistischen Produktionsweise z.B. leistet, jedenfalls weitgehend, die Erklärung der Reproduktion der verbrauchten stofflichen und wertmäßigen Produktionselemente. Diese Produktionsweise bzw. ihre Theorie erbringt bzw. erklärt jedoch nicht hinreichend die Reproduktion des Arbeitsvermögens sowie der Naturpotentiale, geschweige denn der Bevölkerung und des Naturhaushalts der Gesellschaft insgesamt. Dies ist auch nicht weiter verwunderlich, denn es handelt sich ja um eine Theorie der Produktions- und nicht der Reproduktionsweise. Zu letzterem Zweck sollte eben die Formationstheorie, zu der Marx angesetzt hatte, entwickelt werden. Ein zentrales Instrument der Realisierung der verschiedenen Reproduktionsfunktionen ist im Kapitalismus der Staat. Dieser sorgt z.B. nicht nur dafür, daß es mit der ökonomischen Reproduktion weitergeht, sondern er greift auch in die demographische Reproduktion der Bevölkerung sowie in die geoökologische Reproduktion des Naturhaushalts ein. Der Staat als Moment der Formation ist daher ein wesentliches Mittel der Selbstregulierung der Reproduktion der Gesamtgesellschaft und nicht einfach ein "Instrument des Kapitals". Auf analoge Weise müßten auch die bürgerliche Privatfamilie sowie das

bürgerliche Organisationswesen von ihren Funktionen für die Reproduktion des Ganzen her begriffen werden.

c) In der von Marx vorgetragenen, oben zitierten Abfolge von Produktionsweisen des Weges der Gesellschaftsgeschichte zum modernen Europa hin kommen eine Reihe von historisch-geographisch gegebenen Gesellschaften nicht vor. So z.B. die islamische Gesellschaft auf der iberischen Halbinsel seit Anfang des 8. Jhs. n. Ch. bzw. seit Ende des 1. Jhs. d. islamischen Zeitrechnung oder die Gesellschaften der altamerikanischen Hochkulturen oder die iberoamerikanischen Gesellschaften der spanisch-portugiesischen Kolonialzeit bis ins 19. Jh. hinein. Einige dieser Gesellschaften wie etwa die Reiche der Inka und Azteken sind klar der Formation des

der "Arbeitskraft und der Erde", zu tun, die dieser Produktionsweise eine "Expansionskraft" verleiht, deren volles Ausmaß durch das Wachstum der Masse und des Werts der Produktionsmittel allein nicht zu erklären ist (MEW 23, S. 630f). Diese wird nämlich außerdem durch die gesamtgesellschaftliche Förderung des unternehmerischen Zugriffs auf Arbeitsvermögen und Naturquellen, und zwar über den ökonomisch-technischen Produktions- und Akkumulationsmechanismus hinaus, verstärkt. Es bedarf dazu u.a. der sozial- und ressourcenpolitischen, aber auch der politischen und militärischen Interventionen durch den Staat als Instrument der kapitalistischen Formation. Die ökonomische Dynamik der Produktionsweise hat aber ebensoviel damit zu tun, daß die Unternehmen von selber "ihren Dreck nicht wegmachen", also Schäden an den Menschen und an der Natur verursachen, für die sie nicht aufkommen. Ein Teil der in diesem Sinne begriffenen, auf die Bevölkerung, den Naturhaushalt und die Kulturgüter abgewälzten "sozialen Kosten" im Sinne von K. W. Kapp

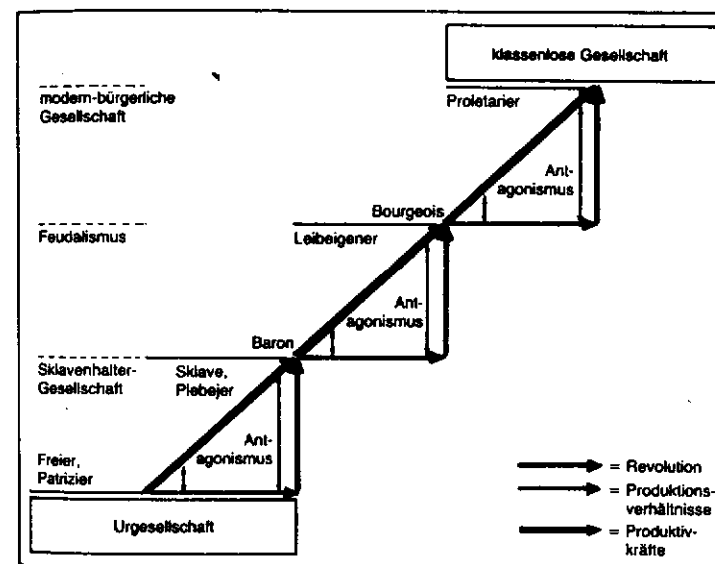
muß die Gesellschaft als Ganze tragen oder einzudämmen versuchen, damit der Laden weiterläuft. Genau hierzu bedarf es der reproduktionsorientierten Intervention durch die gesamte kapitalistische Formation. So organisiert die kapitalistische Produktionsweise nicht die Pflege eines Kranken, dessen Gesundheit etwa durch produktionsinduzierte Umwelteinwirkungen Schaden genommen hat, sondern wälzt das auf die Familie und darin auf die Frau ab. Entsprechend hat die Formation, was die Arbeitslosigkeit als Folge des kapitalistischen Wirtschaftsmechanismus betrifft, durch den Staat die Arbeitslosenversicherung hervorgebracht. Für die "Beseitigung" der Abfälle und Abwasser bedient sich die Produktionsweise grundsätzlich der Kommunen und Kommunalverbände als Moment der Gesellschaftsformation. Diese Beispiele

zeigen, daß die Reproduktion der Produktionsweise letztlich nur funktioniert, wenn sie insgesamt durch andere Momente der Gesamtgesellschaft (Familie, Staat, Kommunen) unterstützt wird. Dies zeigt, daß die Gesellschaft ein einheitliches produzierendes und sich reproduzierendes System hervorbringt, eben die Gesellschaftsformation.

e) Was den Übergang des Kapitalismus zu einer vernünftigeren Gesellschaftsformation angeht, so sollte man sich zunächst an den Marxschen Vergleich mit der Geologie erinnern: Ebenso wie dort sind die gesellschaftlichen Formationen alles andere als "scharf getrennte Perioden", und die "Bildung der verschiedenen ökonomischen Gesellschaftsformationen" erfolgt nicht "plötzlich" (MEGA II/3.6, 1972). Offenbar scheint ja die kapitalistische Gesellschaftsformation, im Gegensatz zur Gesetzmäßigkeit ihrer Produktionsweise, bestimmte Spielräume zum Schlechten, aber möglicherweise auch zum Guten zu haben. Immerhin hat sich die kapitalistische Formation durch ihren Staat Eingriffsmöglichkeiten in den Besitzstand von Anlagen und Verfahren des privaten Kapitals geschaffen (Bundes-Immissionsschutzgesetz § 5, Abs. 1, Nr. 3), der über die staatliche Regulierung der Länge des Arbeitstages im vergangenen Jahrhundert hinausreicht. Was mittels eines demokratischen Staates für die Vorsorge für Mensch und Natur gegen die Gesetzmäßigkeit des Kapitals durchgesetzt werden kann, ist eine Frage des Vernunft- und Kräfteinsatzes. Der Weg der Vernunft, auf den der Kapitalismus gezwungen werden kann, um dann nicht mehr Kapitalismus zu sein, ist nirgendwo vorgezeichnet.

### Literaturhinweise

- E. Engelberg/W. Küttler (Hrsg.), Formationstheorie und Geschichte, Studien zur historischen Untersuchung von Gesellschaftsformationen im Werk von Marx, Engels und Lenin, Berlin (DDR), Vaucluz 1978
- Stichwort "Ökonomische Gesellschaftsformation" in G. Labica, G. Bensussan (Hrsg.), Kritisches Wörterbuch des Marxismus, Berlin (West) 1986
- Stichworte "Armut der Frau", "Formationstheorie", "Gesellschaft/Gesellschaftslehre", "Gesellschaftsformation, antike", "Gesellschaftsformation - Formationenfolge und -gliederung", "Gesellschaftsformation, kapitalistische", "Gesellschaftsformation, ökonomische", "Gesellschaftsordnung, feudale", "Produktion/Reproduktion", "Produktionsweise", "Produktionsweise, asiatische" und "Urgesellschaft" in: H. J. Sandkühler (Hrsg.), Europäische Enzyklopädie zu Philosophie und Wissenschaften, Hamburg 1990



So schlicht wie falsch: Der dtv-Atlas zur Philosophie ("Der historische Materialismus")

Typs der asiatischen Produktionsweise zuzurechnen. Bei anderen, wie der genannten islamischen Gesellschaft, die schwieriger zu begreifen sind, hilft wahrscheinlich eine solche reproduktionsorientierte Formationstheorie weiter. Das gilt vermutlich auch für die spanischen und portugiesischen Kolonien in Amerika, die ja ganz spezielle Produktionsweisen aufwiesen (verdeckte und offene Sklaverei), insgesamt aber Bestandteil der spätfudalen Gesellschaften Spaniens und Portugals waren, die sich wesentlich mit Hilfe dieser Kolonien reproduzierten.

d) Die aggressiv-expansive Dynamik des Kapitalismus hat mit einer Maßlosigkeit der Ausnutzung der von Marx so genannten "Urbildner des Reichtums",

## Teil II: Zur Geschichte materialistischer Ästhetik

Die Geschichte materialistischer Kunstauffassung, wie die des Marxschen Denkens insgesamt, ist dadurch kompliziert, daß sein dialektisch-kritisches Grundkonzept in ihrem Verlauf durch seine Transformation in eine Staatsideologie zu einem dogmatischen System erstarrte. Dazu gehörte, daß der komplexe Ansatz von Marx auf einzelne Aspekte reduziert wurde. Eine solche ideologische Deformation hat auch die materialistische Ästhetik nicht unbeschädigt gelassen.

Die Geschichte materialistischer Ästhetik bildet alles andere als eine homogene Einheit oder kontinuierliche Entwicklung. Im historischen Rückblick umfaßt sie eine hochgradige Pluralität von Positionen. Je nachdem, wie >weit< oder >eng< ihr Begriff gefaßt wird, ergibt sich eine größere oder kleinere Reichweite dieses pluralen Spektrums.

## Pluralität marxistischer Ästhetik

Ein weit gefaßter Begriff materialistischer Ästhetik reicht von der soziologisch-historischen Orientierung Georgij W. Plechanows zum strukturalen Marxismus der Althusser-Schule (Étienne Balibar, Pierre Macherey), zum Cultural Materialism Raymond Williams, zum marxistischen Feminismus. Es schließt den von der Foucaultschen Machttheorie geprägten New Historicism Stephen Greenblatts ebenso ein wie die politischen Interpretationen Ekkehart Krippendorffs, das Werk von Werner Krauss und Georg Knepler, den anthropologischen Materialismus George Thomsons, das ästhetische Denken Christopher Caudwells, Lew Wygotskis, Michail Bachtins, Walter Benjamins, Theodor W. Adornos, Hans Eislers, Antonio Gramscis, Ernst Blochs, Georg Lukács, Wilhelm Girmus, Moissej Kagans, Lothar Kühnes, Hans Heinz Holz, den Theoretiker Bert Brecht, Peter Weiss' *Ästhetik des Widerstands*, die

Hermeneutik Wolfgang Heises, Fredric Jamesons Versuch einer Synthese von Postmoderne und Marxismus. Die mit diesen Namen angezeigte Vielfalt des theoretischen Feldes (dessen interne Differenzen so groß sind, daß sich die Extreme auch in Grundfragen widersprechen) macht die Problematik des weiten Begriffs materialistischer Ästhetik aus - er ist in einem kurzen Artikel nicht mehr darstellbar. Dennoch muß an ihm im Sinne einer regulativen Idee festgehalten werden, wenn über materialistischer Ästhetik heute sinnvoll gesprochen werden soll.

Was im Folgenden getan werden kann, ist allein, die Vielfalt der Positionen anzudeuten, ich beschränke mich zudem auf die *kunstästhetische* Theoriebildung; der Einbezug der Alltags- und Warenästhetik würde den Rahmen dieses Artikels vollends sprengen.

Eine Geschichte materialistischer Ästhetik ist noch ungeschrieben; bislang liegen höchstens Vorarbeiten vor (die sich meist zudem auf Literaturwissenschaft und Literaturtheorie beziehen). Mit Dieter Schlenstedt lassen sich drei Stufen eines theoriegeschichtlichen Prozesses unterscheiden: eine soziologisch-historische, eine gnoseologische und eine sozialfunktional-kommunikative (Schlenstedt 1981). Die erste Stufe ist auf das Verhältnis soziologischer Äquivalenz orientiert (G. W. Plechanow, Franz Mehring). Plechanow unterscheidet zwischen fünf Ebenen des sozialen Seins (Produktivkräfte, ökonomische Verhältnisse, politisch-soziale Ordnung, soziale Psyche, Ideologie) und rechnet Literatur und Künste der Eigenschaften der sozialen Psyche widerspiegelnden Ideologie zu. Dieser Ansatz wurde Anlaß zu vulgärsoziologischen Verengungen, gegen die bereits Lenin in seinen Tolstoi-Arbeiten argumentiert. Eine Reaktion auf den Soziologismus stellt die sog. "gnoseologische" Richtung materialistischer Ästhetik dar. In ihr erhält der Widerspiegelungsgedanke eine zentrale Position. Er wird als "Abbildfunktion" (die kognitive und mimetische Beziehung Werk-Wirklichkeit) (Robert Weimann) gefaßt und erkenntnistheore-

tisch begründet. Georg Lukács gilt als ihr Hauptvertreter. Sein Ansatz ist (zumindest in seiner mittleren Schaffensperiode), in enger Analogie zur Wissenschaft, die Leistung großer Kunst im Herausarbeiten des Wesens aus der Erscheinung zu fassen. Realismus gilt ihm als "künstlerisch versinnbildlichtes Wesen", Darstellung des "Typus", in dem sich das Bleibend-Menschliche und das geschichtlich bestimmte vereinigen (Lukács 1954, 207). Sein ästhetiktheoretischer Grundbegriff ist der der *Besonderheit*: "unmittelbare Einheit des Einzelnen und des Allgemeinen", durch die der ästhetische Schein als "Schein des Lebens" allererst konstituiert wird. In dieser Konzeption wird die ästhetische Form zur zentralen Kategorie, wobei der Formbegriff aus der dialektischen Beziehung zum Inhalt erläutert wird (Lukács 1979).

## Realismus und Widerspiegelung

In den theoretischen Kontroversen seit 1945 ist der Widerspiegelungsgedanke als Zentrum materialistischer Kunst- und Literaturtheorie auch innerhalb der materialistischen Ästhetik zunehmend in die Kritik geraten (vgl. Adorno 1961; Bürger 1975; Metscher 1975; Schlenstedt 1981). Von allen Tendenzen, die auf die ersatzlose Streichung des Widerspiegelungskonzepts drängen, unterscheidet sich die sozialfunktional-kommunikative Umorientierung materialistischer Ästhetik durch den Versuch, die Aufmerksamkeit auf funktionale Zusammenhänge im Literaturprozeß selbst zu lenken, ohne den Widerspiegelungsgedanken in toto preiszugeben (Schlenstedt 1981; Kagan 1972; Schober 1982). Diese theoretische Umorientierung hatte weitreichende Konsequenzen für jenen Theoriebestandteil, der lange zum Kern materialistischer Ästhetik gehörte: die Realismusauffassung. In ihr ist eine "kopernikanische Wende" (Robert Weimann) zu verzeichnen. Das Kriterium realistischer Kunst wird "nicht mehr im Typischen, sondern in der realistischen Funktion"

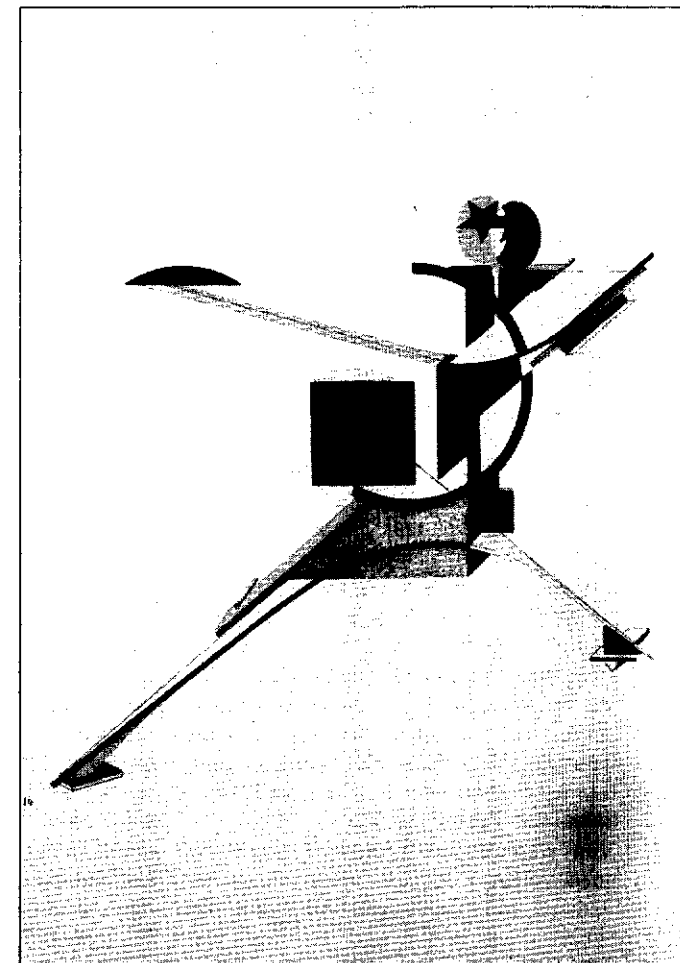
gesehen: im Wert einer Kunst, "die Realität erkennbar macht und im Menschheitsprozeß produktive Wirkungen erlangen kann" (Schlenstedt 1981, 117f.). Die theoretische Transformation der Realismustheorie auf kommunikative und funktionale Prozesse ist vor allem mit den Namen Robert Weimanns und Wolfgang Heises verbunden. Für Heise ist Realismus eine "soziale Abbildqualität", die sich erst in kommunikativen Prozessen, vermittelt über Artefakte, erschließt. Kriterium für Realismus ist der Beitrag zum Gewinn von Freiheit im Sinn von Befreiungsmöglichkeit eigener Kräfte, Konstitution eines Selbstbewußtseins, das den Menschen als Subjekt seiner Geschichte begreift, ein Beitrag zur Mithilfe bei der Umwälzung der Verhältnisse, in denen die Menschen erniedrigt, entrechtet, geknechtet werden (vgl. Heise in *Ästhetik der Kunst* 1987; Kuczynski/Heise 1976; Heise 1975; Schlenstedt 1981). In diesem Zusammenhang erfolgten entscheidende Konkretisierungen der Gegenstandsbeziehung und Funktion ästhetischer Widerspiegelung, so wenn Heise die Klärung der Verhältnisse von Subjekt und Objekt gesellschaftlichen Handelns als Aufgabe der Literatur begreift, diese als Organ kollektiver Selbsterkenntnis und Selbstformung historisch bestimmter Subjektivität versteht. Nicht die Wirklichkeit schlechthin bilde den spezifischen Gegenstand der Kunst, befindet Wilhelm Girmus, sondern "die subjektive Beziehung des Gesellschaftswesens Mensch zur objektiven Realität" (Girmus 1976). Gegenstand der Literatur, sagt Rita Schober, sei "das Verhältnis des Menschen zur Welt" (Schober 1973). Ausdrücklich greift Girmus bei dem Versuch, eine "Theorie subjektzentrierter Widerspiegelung" zu entwickeln, auf die aristotelische Bestimmung von Mimesis der Praxis zurück. Schlenstedt faßt die literarische Darstellung als Tätigkeit auf, die auf das Hervorbringen kommunikativer Gebilde zielt, die durch bestimmte Besonderheiten ausgezeichnet sind. So baut die Darstellung eine mimetische Dimension auf, in der Beispiele von Lebenspraxis gegeben werden, d.h. "Fälle äußeren oder inneren Handelns von Menschen in der Menschenwelt". Menschenwelt meint dabei "die Welt, in der sich Menschen als individuelle und kollektive Subjekte in ihren konkreten Beziehungen zueinander und im Verhältnis zur Natur und Gesellschaft befinden":

die "Erfahrungswirklichkeit, wie sie im Blick der Individuen, im Handlungsraum konkreter Gruppen erscheinen und zur Phantasiewirklichkeit übersteigert [...] werden kann". Diese Menschenwelt ist der Gegenstand der literarischen Aneignung. Die ästhetischen Präsentationen verweisen - durch Mittel der Verdeutlichung und Akzentuierung - auf "Wesentliches und Wichtiges in der Menschenwelt". Unterschieden wird weiter zwischen den vermittelten Bedeutungen und menschlicher Bedeutsamkeit oder Sinn. Fiktionalität und Realitätsanspruch künstlerischer Darstellung wird als kommunikatives Verhältnis begriffen. Schlenstedt faßt die gesellschaftliche Charakterbestimmtheit von Literatur als Funktionaldeterminierung: dem Funktionsbegriff wird innerhalb des Gefüges des literarischen Prozesses Priorität zugesprochen: "der Funktionswechsel der Literatur [...] ist es vor allem, der ihre Formen transformiert oder umwälzt, ihre Inhalte differenziert oder revolutioniert", der schließlich auch den Wandel des Literaturbegriffs selbst bestimmt.

## Kunst und Ideologie

Die Rekonstruktion der in sich differenzierten, oft kontroversen Geschichte materialistischer Ästhetik in der Form eines Dreistufenmodells kann als erste Orientierung gelten, erfaßt allerdings nur bestimmte Tendenzen in dieser Geschichte und läßt andere unberücksichtigt. Eine Position, die sich mit der Klassifikation soziologisch/gnoseologisch/sozialfunktional nur schwer fassen läßt, ist die von *Étienne Balibar und Pierre Macherey*. Für diese ist Literatur nie direkt auf materielle Wirklichkeit bezogen, sondern allein auf die Wirklichkeit von *Ideologien*: Das Verhältnis von Literatur und

El Lissitzky, Sleg über die Sonne (1923)



Wirklichkeit ist ein solches von literarischer Praxis und Ideologie. Mit großer Entschiedenheit akzentuieren sie den dialektischen Charakter literarischer Tätigkeit innerhalb ideologischer Prozesse. Die Literatur ist in der Lage, in den "Determinierungs- und Reproduktionsprozeß" einander widersprechender Ideologien, ideologischer Praxis und Institutionen einzugreifen. Kritisch wenden sie sich gegen die These vom Totalitätscharakter des künstlerischen Werks. "Totalität" gilt ihnen als ideologisches Konstrukt. Der literarische Text sei Resultat widersprüchlicher, sich überlagernder Prozesse und deshalb mit Notwendigkeit unvollständig, disparat, inkohärent. Die ihm als Wirklichkeit zugrunde liegenden Widersprüche können in der Ideologie nicht gelöst werden. Wo eine Lösung vorliegt, sei diese imaginären Charakters. Dies äußert sich in Verschiebungen, Selektionen, Substitutionen von Wirklichkeitsmaterial. Die literarischen Produktionen seien deshalb

\* Prof. Thomas Metscher ist Professor für Literaturwissenschaft und Ästhetik an der Universität Bremen

„nicht unter dem Aspekt ihrer illusionären Einheit, sondern unter dem Aspekt ihrer materialhaften Verschiedenheit, Widersprüchlichkeit, der ungleichmäßig gelösten Konflikte zu analysieren“. Die Lösung ideologischer Widersprüche, die der Text in seinen Kohärenzversuchen entwirft, habe daher den Charakter der Inszenierung einer Lösung. Auf diese Weise aber werde in der Literatur Distanz erzeugt, wird Ideologie durchsichtig gemacht. Medium dieses Vorgangs ist die das Ideologische selbst übersteigende literarische Form. Der Text ist zu befragen nicht nur im Hinblick auf das unmittelbar Ausgesagte, die explizite Artikulation, auch auf das Implizite, Nicht-Gesagte, Verschwiegene, ja ist zugleich auf die Bedingungen hin zu analysieren, die die Textaussage erst möglich gemacht haben, auf die Fragen hin, auf die der Text reagiert. Der spezifische Gewinn der von Balibar und Macherey vorgelegten Fassung des Widerspiegelungsgedankens liegt nicht zuletzt im Erschließen neuer Analysemöglichkeiten, die Literatur (wie die anderen Künste) als stellungnehmendes Operieren in bestimmten ideologischen Verhältnissen begreifen.

Von wesentlicher Bedeutung für einen gehaltvollen Begriff materialistischer Ästhetik (und nicht reduzierbar auf das „Dreistufenmodell“) sind Beiträge von Schriftstellern und Philosophen, die, ohne im Sinne der Zunft Kunstwissenschaftler gewesen zu sein, sich theoretisch oder interpretatorisch zu Fragen der Literatur und der Kunst geäußert haben. Bertolt Brecht, Georg Lukács, Hanns Eisler, Antonio Gramsci, Walter Benjamin, Theodor W. Adorno, Ernst Bloch und Peter Weiss sind herausragende Beispiele dafür.

### Kunst als Produktion von Subjektvermögen

Der Gedanke der Kunst und Literatur als Tätigkeitsform steht im Mittelpunkt der literaturtheoretischen Überlegungen Bertolt Brechts. Dieser bestimmt literarische Praxis als „Geschicklichkeit, Nachbildungen vom Zusammenleben der Menschen zu verfertigen, welche ein gewisses Fühlen, Denken und Handeln der Menschen erzeugen können, das der Anblick oder die Erfahrung der abgebildeten Wirklichkeit nicht in gleicher Stärke und Art erzeugen“ (*Der Messingkauf*), d.h. als Fähigkeit zu einer be-

stimmten Art gegenständlicher Produktion, dem Herstellen von Werken (im Sinne mimetischer Gegenstände), welche auf der Seite des Rezipienten eine Veränderung des emotionalen und kognitiven Vermögens, schließlich der Handlungsfähigkeit bewirken. Literatur ist also doppelte Produktion, Produktion von Kunstwerken („Nachbildungen“) zum Zweck der Produktion von Subjektvermögen. Brecht arbeitet mit zunehmender theoretischer Reife den aktiven Part des Rezipienten heraus. In seiner eigenen dramatisch-theatralen Produktion versuchte er, diesen durch Einsatz vielfältiger Mittel - Techniken der Textproduktionen wie der theatralischen Aktion - zu stimulieren. Seine Grundauffassung war, daß die „Abbildungen [...] vor dem Abgebildeten, dem Zusammenleben der Menschen“ zurücktreten müssen. In dieses soll der Zuschauer mit der Bereitschaft der Weltveränderung, also produktiv entlassen werden. Brecht begriff den theatralen Vorgang als ein aus verschiedenen Elementen zusammengesetztes Ganzes, das auf eine bestimmte Wirkung orientiert ist, die in dem Moment politisch-aufgeklärter Tätigkeit kulminiert. Das Resultat des künstlerischen Vorgangs ist die Fähigkeit der kollektiven Subjekte zur weltverändernden Aktion.

Walter Benjamins Beitrag zu einer materialistischer Ästhetik ist in seiner Vielfalt und Tiefe auch heute noch nicht ausgeschöpft. Gegenüber der falschen Alternative eines musealen Historismus und klassizistischen „Exorzismus von Geschichte“, die die traditionelle Kunstwissenschaft beherrscht, fordert er von dem materialistischen Literaturhistoriker die „Durchdringung von historischer und kritischer Betrachtung“ (Benjamin 1980, Bd. 3, 289). Sein Programm ist die Transformation des historischen Materialismus in eine umfassende kulturelle Hermeneutik, deren Brennpunkt die „Jetztzeit“ ist. Es gehe nicht darum, „die Werke des Schrifttums im Zusammenhang ihrer Zeit darzustellen, sondern in der Zeit, da sie entstanden, die Zeit, die sie erkennt - das ist die unsere - zur Darstellung zu bringen“. Nur so könne die Literatur „ein Organon der Geschichte“ werden, und sie zu einem solchen zu machen, sei Auftrag der Literaturwissenschaft (Bd. 3, 290). Diese trägt so zu einem umfassenden Verständnis der Gegenwart bei. Ihre Aufgabe ist es, die verborgene kulturelle Signatur der Zeit aufzudecken, und zwar in der Perspekti-

ve der Befreiung, die aus einer messianischen Kraft erwächst, „an die die Vergangenheit Anspruch hat“ (Benjamin 1980, Bd. 1, 694). Sie erschließt sich aus der von der „Jetztzeit“ her neu gedeuteten Vergangenheit. Diese Deutung hat die Kritik zum Prinzip. Das in den Herrschaftskulturen Ererbte erscheint ihr als Beute im Triumphzug der Sieger. „Es dankt sein Dasein nicht nur der Mühe der großen Genies, die es geschaffen haben, sondern auch der namenlosen Fron ihrer Zeitgenossen.“ Alles Erbe, auch das der großen Literatur, sei deshalb von Barbarei nicht frei. Es ist entstanden und überliefert in Zusammenhängen von Zwang und Macht. „Es ist niemals ein Dokument der Kultur, ohne zugleich ein solches der Barbarei zu sein. Und wie es selbst nicht frei ist von Barbarei, so ist es auch der Prozeß der Überlieferung nicht, in der es von dem einen an den anderen gefallen ist. Die Aufgabe materialistischer Kunstwissenschaft (wie auch der materialistischen Geschichtsschreibung) ist es daher, „die Geschichte gegen den Strich zu bürsten“ (Bd. 1, 696f.). In den Blick rückt „die Tradition der Unterdrückten“ - die Sicht auf eine „Zweite Kultur“ (dazu Metscher 1982).

### Die Tradition der Unterdrückten

Es ist vor allem dieser Teil des Programms Benjamins, den Peter Weiss in der *Ästhetik des Widerstands* modellhaft eingelöst hat. Die Tradition der Unterdrückten erschließt sich hier von den frühesten historischen Stufen an in menscheitsgeschichtlicher Perspektive, und sie erschließt sich vom Standpunkt der Jetztzeit - als Erinnerung bemächtigt „im Augenblick einer Gefahr“ (Benjamin 1980, Bd. 1). Für Weiss sind Literatur/Kunst Konstitutionsmomente in lebenspraktischen Prozessen. So gewinnen am Ausgangspunkt des Romans drei junge antifaschistische Widerstandskämpfer aus ihrer Deutung des Pergamonfrieses im Berlin des Jahres 1937 ihre kulturelle Identität und politische Orientierung. Literaturaneignung ist notwendiges Mittel proletarischer Subjektbildung, einer umfassenden historisch-kulturellen Sinnfindung. Kunst bei Weiss ist, wie bei Lukács, Bildung des Gedächtnisses und damit auch des Selbstbewußtseins der Menschheit. Zugleich ist sie, in der

Perspektive proletarischer Aneignung, Mittel lebenspraktischer Orientierung, in diesem Zusammenhang Organon der Konstitution einer Tradition der Unterdrückten. Kunst ist Lebensmittel, ja Überlebensmittel im politischen Kampf. Und Kunst meint eine Dialektik von rezeptiver und produktiver Tätigkeit. So erwirbt der anonym bleibende proletarische Erzähler im Verlauf der Romanhandlung, über die Aneignung von Werken alter und neuer Kunst, die Fähigkeit zur eigenen Kunstproduktion - das Subjekt künstlerischer Rezeption transformiert sich zum Subjekt künstlerischer Produktion. Das gestaltete Werk selbst bildet die gegenständliche Mitte in diesem Prozeß, zugleich ist es das Moment der Vermittlung seiner verschiedenen Glieder. Kunst bei Weiss meint einen vielschichtigen Prozeß produktiv/reproduktiver künstlerischer Tätigkeiten. Mit größter Komplexität und entschiedenem theoretisch-schriftstellerischen Zugriff wird von ihm die Kategorie ästhetisch-gegenständlicher Tätigkeit als grundlegende Kategorie des künstlerischen Prozesses wie des Ästhetischen überhaupt in den Blick gerückt. Ein weiterer folgenreicher Grundgedanke Benjamins zielt auf die Stellung der Künste im Gefüge der Produktivkräfte. Die Grundfrage materialistischer Ästhetik „wie steht eine Dichtung zu den Produktionsverhältnissen der Epoche?“ empfiehlt er zu ersetzen durch die Frage: „wie steht sie in ihnen?“ (Benjamin 1980, Bd. 2). Damit aber trete die Frage nach der schriftstellerischen Technik in den Vordergrund. Kunst sei zu sehen als ästhetische Produktivkraft sowie als System von „Produktionsformen und Produktionsinstrumenten“, die es im Sinne einer „im Klassenkampf dienlichen Linie“ umzu-

funktionieren gelte (als Beispiel dient Brecht). Nur auf diese Weise sei die Frage des Verhältnisses von politischer Tendenz und literarischer Qualität in einer Weise zu lösen, in der die politische Tendenz die literarische Qualität einschließt.

Der Bedeutung Benjamins an Tiefe und Umfang des Denkens vergleichbar ist das (im deutschsprachigen Bereich bislang wenig erschlossene) Werk *Antonio Gramsci*. Im Rahmen materialistischer Ästhetik kommt seinen Ausführungen zum sozialen Ort und zur Funktion der Künste eine hervorragende Bedeutung zu. Zentral dafür ist die Theorie der Zivilgesellschaft (*società civile*). Sie ist Kern einer radikalen Transformation des Marxschen Basis-Überbau-Modells. Mit Zivilgesellschaft meint Gramsci den zwischen Basis und Überbau, Ökonomie und Staat angesiedelten Kernbereich des kulturellen Lebens, wie ihn jede entwickelte, arbeitsteilig organisierte Gesellschaft aufzuweisen hat. Wird der Staat als Zwangsapparat gedacht, der von oben her die Eigentumsverhältnisse einer gegebenen Gesellschaft absichert, so bezeichnet „Zivilgesellschaft“ den gesamten „lebensweltlichen“ Bereich von Alltag und Kultur, unter Einschluß des Ästhetischen, der Literatur und der Künste (heute der Medien), der Wissenschaft und Philosophie. Die Zivilgesellschaft umfaßt also fundamentale Sozialisationsformen, institutionelle Formen (Familie, Schule, Kirche, Parteien, Kooperationen, Gewerkschaften) wie auch die Literatur-, Kunst- und Wissenschaftsverhältnisse (samt ihren eigenen Produktions-, Distributions- und Konsumtionsformen - den Weisen ihres Austauschs und ihrer Produktion) einer gegebenen Gesellschaft. Sie ist der Ort, an dem die alltägliche Formierung der

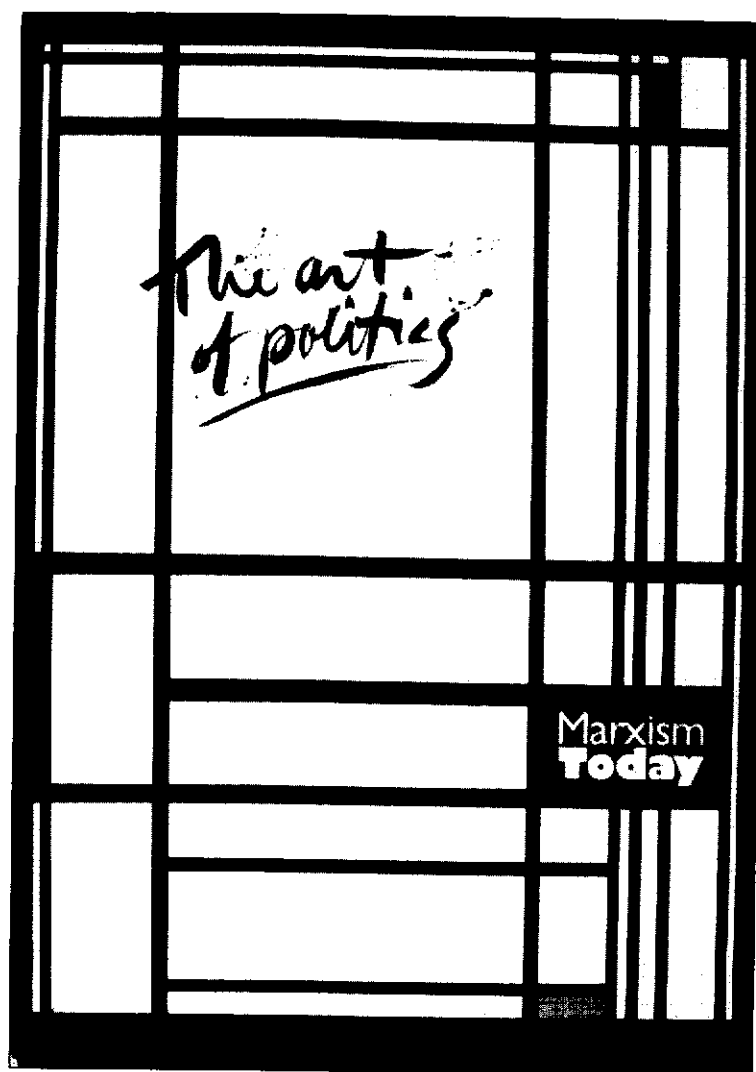
Menschen vor sich geht - eine Formierung, die Körperlichkeit, Psyche und Bewußtsein umfaßt, also den ganzen Menschen in seinem individuell-sozialen Verhalten, Welt- und Selbstverhältnis. Sie ist zugleich der Ort, an dem um den Konsens der Menschen zu den bestehenden Eigentums- und Herrschaftsverhältnissen gerungen, an dem *praktisch* über die Hegemonie einer politisch herrschenden Klasse oder Machtformation entschieden wird. Und sie ist der Kern innerhalb des gesellschaftlichen Ganzen, an dem sich Widerstand gegen gegebene Machtverhältnisse artikulieren kann - der zentrale Ort möglicher Emanzipation und Befreiung, der individuellen wie sozialen Subjektconstitution und kulturellen Bildung. An diesem Prozeß der Formierung (Integration und Emanzipation) der Subjekte hat das Ästhetische (Künste und Alltagsästhetik) einen bedeutenden Anteil, denn es betrifft Psyche und Bewußtsein im gleichen Maße. Es besitzt eine enorme integrierende, aber auch kritisch-emanzipative wie utopische Kraft. Der Kampf um die Künste galt Gramsci als Kampf um den Menschen - die Gewinnung seiner Mündigkeit und sozialen Selbstbestimmung.

### Eigengesetzlichkeit der Kunstproduktion

Hanns Eislers große Leistung ist es, Gedanken entwickelt zu haben, die es gestatten, den Formbegriff in der Kunst materialistisch als gesellschaftlichen zu fassen, ohne die Eigengesetzlichkeit künstlerischer Entwicklung zu ignorieren. Obwohl Eislers Überlegungen in erster Linie an der Musikästhetik orientiert sind, gelten sie auch im Hinblick auf die anderen Künste. Eisler faßt



Pablo Picasso, Guernica (1937)



Kunst als "Abbild mittels Phantasie und Konstruktion" (Münz-Koenen, 1981). "Phantasie und Konstruktion durchdringen einander" (Eisler nach ebd., 604). Es gelingt ihm dabei, "Kunst in den großen epochalen Zusammenhang der Menschheitsgeschichte von der Urgemeinschaft über die Klassenformationen bis zur klassenlosen Gesellschaft zu stellen". In dieser Perspektive stellt sich ihm die Entwicklung der Künste "als ein Prozeß der Emanzipation von unmittelbarer Zweckgebundenheit zu freier schöpferischer Betätigung" dar (ebd., 606) - ein gedankliches Motiv, das in der späten Ästhetik von Lukács seine Entsprechung findet. Eisler sagt: "(...) wenn wir die Kunstgeschichte überhaupt erklären wollen, so entstehen die einzelnen Gebiete der Kunst vor allem durch Arbeitsteilung. Und die Säkularisierung, die Emanzipation der Kunst vom Religiösen, von Riten, vom

Mythos ist ihre Verbürgerlichung oder ihre Modernisierung! Das heißt: in dem Moment, wo die Kunst sich abtrennt von ihrem praktischen Gebrauch (...), bekommt sie erst das, was wir modern als Kunst bezeichnen" (Eisler 1975, 237) - ein Gedanke, der ins Zentrum des Denkens von Lukács spricht! Was Eisler hier interessiert, ist die "formationsübergreifende Herausbildung der Eigengesetzlichkeit künstlerischen Produzierens" im Zusammenhang mit der Frage eines dieser Eigengesetzlichkeit angemessenen Rezeptionsverhalten (Münz-Koenen 1981, 608f.). Diese Eigengesetzlichkeit ver-

sucht er mit einem (auf Arwato zurückgehenden) Materialbegriff zu fassen. Eislers Materialbegriff beruht auf der Unterscheidung von akustischem (klanglich-sinnlichem) und ästhetischem Material sowie der "methodischen Trennung von künstlerischer und allgemeiner Arbeit". In künstlerischem Material ist stets "ein geschichtlich sich ständig erweiterndes Quantum menschlicher Arbeitsleistung vergegenständlicht, es ist Arbeitsergebnis und Arbeitsgegenstand zugleich". "Musikalisches Material ist nach ästhetischen Gesichtspunkten gebildetes und integriertes akustisches Material" (Mayer 1978, 142). Mit der Konzeption eines ästhetischen Materialbegriffs hat Eisler Impulse verarbeitet, die aus der russischen formalen Schule, von Th. W. Adorno und der musikalischen Entwicklung selbst - vor allem Arnold Schönberg - stammen. Sie ist der Versuch, Musik als besondere Wei-

se der Produktion und besondere Weise der Abbildung, Verständigung und sozialen Kommunikation zu begreifen - sicher einer der fruchtbarsten Ansätze einer modernen materialistischen Ästhetik.

Das ästhetische Denken Theodor W. Adornos versteht sich als kritisch-materialistische Philosophie unter den Bedingungen der Gegenwart. Diese sei charakterisiert durch das Erstarren des Geschichtsprozesses - den Tatbestand universaler Deformation. Die von Marx intendierte Veränderung der Welt mißlang. Materialistisches Denken heute vermag den Grundintentionen seines Begründers nur als radikale Kritik gegebener Wirklichkeit, in der Form negativer Dialektik die Treue zu halten. Die Marxsche Dialektik sei von jeder Affirmation zu befreien. Der Kunst nun kommt im Programm der negativen Dialektik eine besondere Rolle zu. Sie ist, mehr noch als die Theorie, mehr auch als der philosophische Begriff, der subtilste Seismograph gesellschaftlichen Seins, zugleich permanente Kritik gegebener Gesellschaft. Kunst steht im "Widerspruch zum perennierenden Stande von Unfreiheit im Ganzen" (Adorno 1970). Sie ist "bestimmte Negation der bestimmten Gesellschaft" (Ebd.; vgl. insbes. die Beckett-Analyse in Adorno 1961). Die gelungenen Werke sind im Besitz einer immanenten, jede Ideologie überschreitenden Kraft. Allein sie verbergen noch die Hoffnung auf eine Welt geglickter Humanität; Hoffnung, die der Radikalität der Negation entspringt (aus diesem Grund kann das Drama Becketts zum großen Paradigma einer "Kunst nach Auschwitz" werden). Dieser Gedanke wird durch die Lehre vom Doppelcharakter der Kunst begründet: Sie sei zugleich "fait social" und "autonom" - eine Autonomie, die sich in der ästhetischen Form konstituiert. In ihr haben die Momente von Opposition (Negation) und Utopie ihren Ort. Statthalterin der Utopie sind Literatur und Kunst auch im Denken Ernst Blochs, ja die Idee der utopischen Funktion des Ästhetischen steht im Mittelpunkt seiner Philosophie der Hoffnung. In den Künsten artikuliert sich der "konkret-utopische Horizont" (Bloch 1959) des Geschichtsprozesses. Künstlerischer Schein ist "sichtbarer Vorschein" - "konkrete Utopie (...) am Horizont jeder Realität". Gemeint ist die, im Marxschen Sinn, universale Emanzipation des Menschen, eine "Vollendung"

der Welt in totaler Diesseitigkeit. "Humanisierte Natur" ist das "gottlose Gebet der Poesie". Utopische Funktion aber besitzen die Künste nicht allein kraft der Qualität ihrer Geformtheit, sondern aufgrund der gestalteten Gehalte - der Inhalte, die Kunst zu einer besonderen Weise der Weltsicht transformiert - als Artikulationen der "unabgeschlossenen Bewegung der unabgeschlossenen Materie" in einem teleologisch-utopisch konzipierten geschichtlichen Prozeß. Georg Lukács' späte Ästhetik (Lukács 1963) kann heute als bedeutendste systematische Ästhetik materialistischer Tradition gelten (vgl. Pasternack 1985 und 1989), mit enormen, völlig unausgeschöpften Reserven für ein gegenwärtiges ästhetiktheoretisches Denken. Ihre philosophische Radikalität liegt im Rückgang auf evolutions- und gattungsgeschichtliche Fundamente (vgl. Tertulian 1986). Diese Fundierung liegt ontologisch und geschichtsphilosophisch tiefer als die Begründungen der Kritischen Theorie, der Rezeptionstheorie oder des Strukturalismus.

### Kunst als "Vox Humana"

Von entscheidender Bedeutung für die Konzeption des Ästhetischen ist ein Begriff von Mimesis als allgemeiner Fähigkeit des menschlichen Bewußtseins (Lukács unterscheidet zwischen elementarer Mimesis [Alltag/Arbeit], theoretischer Mimesis [Wissenschaft] und ästhetischer Mimesis [Kunst], mit den "Zwischenstufen" von Magie, Mythos und Religion) und die Annahme der Existenz ästhetischer Prinzipien. Diese sind die determinierenden Kategorien des Ästhetischen, die im Sinne phylogenetisch gewordener, relativ stabiler Schemata aufgefaßt werden. Sie sind konstitutiv für die Herausbildung der ästhetischen Sphäre im Verlauf des historischen Prozesses, d.h. für die Entwicklung des Bereichs Kunst im Sinne eines gesellschaftlichen Teilsystems. Die ästhetischen Prinzipien fungieren als geschichtlich entstandene Bedingungen für die Strukturierung künstlerischer Werkwelten in historisch spezifischer Form. Sie ermöglichen den Zusammenhang von Produktion, Werk und Rezeption/Funktion und konstituieren die Einheit der Kunst - der gesamten Weltkunst - bei der "unendlich" zu nennenden Vielfalt historischer Erscheinungen, der Werke und ihrer

Funktionen. Sie machen es möglich, einen Gegenstand oder Prozeß über einen langen Zeitraum hinweg, in allen Kulturen, als ästhetischen zu identifizieren. Ästhetische Mimesis für Lukács ist welterschaffende Mimesis: Produktion von Wirklichkeitsmodellen in der ästhetischen Form je individueller Werkwelten; Formen, in denen historische Welt ihrer selbst ansichtig wird, der Mensch sich als "Mensch ganz" erfährt, erfüllt und erkennt. Gegenstand der Kunst ist das gesellschaftliche Subjekt im Verhältnis zu sich selbst, zur Geschichte, zur Natur.

Das so gebildete Gattungsbewußtsein ist Selbstbewußtsein, weil in der ästhetischen Mimesis die Welt als ansichseiende immer auf den Menschen bezogen wird. Damit bleibt Kunst stets gebunden an den realen Geschichtsprozeß, der außerhalb der Kunst seine materielle Existenz hat, der ohne Kunst freilich um die Dimension des Selbstbewußtseins verkürzt wäre. Kunst ist "vox humana": Sie "spricht die Wahrheit des historischen Moments für das Leben der Menschen aus" (Lukács 1963, Bd. 1, 849). In der "Universalität des Ästhetischen", dem "Pluralismus der Künste und Werke" konstituiert sich das Selbstbewußtsein der Menschheit als Form geschichtlichen Wissens. In ihm kommen die Menschen zum Bewußtsein ihrer eigenen Existenz, ihrer individuellen wie gesellschaftlichen Lebenserfahrung. Im Zentrum dieses Bewußtseins steht der immerwährende Kampf "für die Integrität des Menschen, gegen jeden Schein und jede Erscheinungsweise seiner Deformation" (Lukács 1963, Bd. 1, 697f.).

### Literatur

- Theodor W. Adorno: Noten zur Literatur II. Ffm. 1961  
 T. W. Adorno: Ästhetische Theorie. Ffm. 1970  
 Étienne Balibar und Pierre Macherey: Thesen zum materialistischen Verfahren. In: Alternative 98 (1974)  
 K. Barck und B. Burneister (Hg.): Ideologie. Lit. Kritik. Frz. Beiträge zur materialistischen Literaturtheorie. Bln. 1977  
 Walter Benjamin: Ges. Schr. en. Ffm. 1980  
 Ernst Bloch: Das Prinzip Hoffnung. Ffm. 1973  
 Bertolt Brecht: Ges. Werke. Ffm. 1967  
 K. Brenner: Theorie der Literaturgesch. und Ästhetik bei Georg Lukács. Ffm. 1990  
 Peter Bürger: Was leistet der Widerspiegelungsbegriff in der Literaturwiss.? In: Das Argument 90 (1975)  
 Hanns Eisler: Gespräche mit Hans Bünge. Leipzig 1975  
 W. Girus: Wozu Literatur? Lpz. 1976  
 Wolfgang Heise (mit Jürgen Kuczynski): Bild und Begriff. Studien über die Beziehungen zwischen Kunst und Wiss. Bln. 1975

- W. Heise: Realistik und Utopie. Aufsätze zur dt. Lit. zwischen Lessing und Heine. Bln./DDR. 1982  
 W. Heise: Zur Grundlegung der Realismustheorie durch Karl Marx und Friedrich Engels. In: Ästhetik der Kunst. Bln. 1987, S. 500-522  
 Fredric Jameson: The Political Unconscious. Narrative as a Socially Symbolic Art. Cornell 1981. Dt.: Das polit. Unbewußte. Literatur als Symbol sozialen Handelns. Reinb. 1988  
 M. Kagan: Vorlesungen zur marxistisch-leninistischen Ästhetik. Mchn. 1974  
 Ekkehart Krippendorff: Polit. Interpretationen. Shakespeare, Stendhal, Balzac, Wagner, Hasek, Kafka, Kraus. Ffm. 1990  
 G. Lukács: Die Eigenart des Ästhetischen, 2. Halbbde., Neuwied und Bln. 1963  
 G. Lukács: Essays über Realismus. Neuwied und Bln. 1971  
 G. Lukács: Kunst und objektive Wahrheit. In: W. Henckmann (Hg.): Ästhetik. Darmst. 1979  
 G. Mayer: Weltbild - Notenbild. Leipzig 1978  
 Thomas Metscher: Ästhetische Erkenntnis und realistische Kunst. In: Das Argument 90 (1975)  
 T. Metscher: Kunst und sozialer Prozeß. Studien zu einer Theorie der ästhetischen Erkenntnis. Köln 1977  
 T. Metscher: Kunst, Kultur, Humanität. Studien zur Kulturtheorie, Ideologietheorie und Ästhetik. Fischerhude 1982  
 T. Metscher: Der Friedensgedanke in der europ. Lit. Studium zum Verhältnis von Lit. und Humanität mit einem Essay zu Picassos >Guernica<. Fischerhude 1984  
 T. Metscher: Pariser Meditationen. Zu einer Ästhetik der Befreiung. Wien 1992  
 M. Naumann: Gesellschaft, Lit., Lesen. Literaturrezeption in theoret. Sicht. Bln. 1973  
 G. Pasternack: Georg Lukács. Späte Ästhetik und Literaturtheorie. Königstein 1985  
 G. Pasternack (Hg.): Zur späten Ästhetik von Georg Lukács. Materialien eines Bremer Symposiums. 1989  
 Dieter Schlenstedt und a.: Literar. Widerspiegelung. Geschichtl. und theoret. Dimension eines Problems. Bln. 1981  
 R. Schöber: Zum Problem der literar. Wertung. In: Weimarer Beiträge 1973  
 R. Schöber: Abbild, Sinnbild, Wertung. Aufsätze zur Theorie und Praxis literar. Kommunikation. Bln. und Weimar 1982  
 N. Tertulian: Ontologie des gesellschaftl. Seins. In: G. Labica und W. F. Haug (Hg.): Krit. Wb. des Marxismus. Bd. 5, Bln. 1986  
 Peter Weiss: Ästhetik des Widerstands. 3 Bde., Ffm. 1976-81

**E**

Uli Schöler: "Despotischer Sozialismus" oder "Staatssklaverei"? Die theoretische Verarbeitung der sowjetrussischen Entwicklung in der Sozialdemokratie Deutschlands und Österreichs (1917 bis 1929). Erschienen im Lit Verlag, Münster 1991. 1046 Seiten, 168,80 DM (Subskriptionspreis bei Direktbestellung beim Verlag 68,80).

In Klammern angegebene Zahlen verweisen auf die jeweiligen Seiten.

### daß es auch ohne Kapitalisten geht ...

Lohnt sich - angesichts der Entwicklungen seit 1989 - noch die Lektüre über die Ansichten linker und rechter SozialdemokratInnen über die Sowjetunion? Sind die Positionen denn nicht schon hinlänglich bekannt? Was sollte die Arbeit in der Sicht Schölers überhaupt leisten? Vom allgemeinen Ziel, der Beschäftigung mit der "Geschichte der Sowjetunion und ihrer möglichen Erklärung"(2) bis hin zu dem "Versuch, herauszufinden, inwieweit sich ... Grundlagen für eine differenzierte Erklärung der Sowjetgesellschaft entdecken lassen, als sie sich in dem Bild von der monolithisch erstarrten, bewegungsunfähigen Bürokratenherrschaft Anfang der achtziger Jahre widerspiegelt"(4), zieht sich ein weiter Spannungsbogen bis hin zu dem Zweck, "sozialdemokratische Theoriebildungsprozesse historisch nachzuziehen und auf ihre Tragfähigkeit hin zu untersuchen" (9). Zu welchen Ergebnissen kommt Schöler? Bietet seine Arbeit mehr Erkenntnisse als die bekannte Feststellung: "Sowjetrußland wurde auf Seiten der Linken zum Fanal, zum Vorbild, während die MSPD auf der rechten ein mehr und mehr entstelltes Zerrbild entwarf und die in Deutschland aufkommende Bolschewismusfurcht mitschürte."(181) Verschaffen wir uns einen - angesichts des Umfangs der Arbeit nicht umfassend möglichen - Überblick.

### Begrüßung und Ablehnung: Die Oktoberrevolution

Zunächst hatten alle sozialdemokratischen Parteien die Oktobertage begrüßt. Die Ausdifferenzierung der Positionen aufgrund der Auflösung der Konstituante, der Politik des Terrors, der Probleme des Kriegskommunismus, das

Vorgehen der Bolschewiki gegen Georgien, die NEP, Fragen internationaler Politik sowie die Auswirkungen auf die Programmatik der sozialdemokratischen Parteien bilden das Grundgerüst in Schölers Darstellung.

Die Wortführenden sind: Karl Kautsky auf der Rechten, Theodor Dan (Menschewiki), meist in einer Rolle des Vermittlers, Martow (Menschewiki) mit tendrin, Otto Bauer mit Sympathie und Interesse auf der linken Seite, VertreterInnen des Spartakusbundes (noch als Teil der USPD), Paul Levi als Rückkehrer aus der KPD mit antirussischer Kritik und früh einer Einschätzung, die Rußland auf dem Weg in den Kapitalismus sah.

Kautsky bleibt in der Vorkriegsideologie der Sozialdemokratie gefangen, (99) Bauer begreift die Entwicklung Rußlands als Studienobjekt für unterschiedliche Wege zum Sozialismus.(118) Kautsky hält die Verwirklichung des Sozialismus, das Weiterkommen über das Stadium des Kapitalismus hinaus, bald aufgrund der ökonomischen Rückständigkeit für unmöglich.(97-99). Während beim Spartakusbund Zustimmung herrschte, jedoch eine Überbetonung des Willensmoments zum alles entscheidenden Faktor (106) vorlag, sah Otto Bauer dort einen "despotischen Sozialismus" (117) entstehen. Bauer sah das bestehende Bündnis zwischen Bauern und Proletariern brechen und eine bürgerlich-demokratische Republik entstehen.(109)

### Kriegskommunismus

Während Kautsky den Arbeitszwang des Kriegskommunismus den "Höhepunkt des bolschewistischen Kommunismus, ein System der Staatssklaverei" (199) nannte, war die USPD-Linke damit beschäftigt, den eingeschlagenen Kurs zu rechtfertigen: Sie bot jedoch keine Lösungsvorschläge für eine Reihe von Problemen, die sich aus der Politik der Bolschewiki sowie aus dem teils spontanen Prozeß der Sozialisierung selbst ergaben

(199). In der Auseinandersetzung mit dem Kriegskommunismus entwickelte Otto Bauer sein Sozialisierungsmodell der tatsächlichen Vergesellschaftung durch einen Verwaltungsrat, der von Gewerkschaften, Konsumenten und Staatsvertretern drittelparitätlich besetzt sein soll. Vorstellungen, die laut Schöler das "Modell auch für heute höchst aktuell erscheinen" (218) lassen.

### Die Lösung der Agrarfrage

Durchgängig befaßten sich die unterschiedlichen Strömungen in der Sozialdemokratie mit der Frage, inwieweit das Bündnis zwischen Bauern und Proletariern halten würde. Alle Strömungen sahen es als notwendig an, die Bauern an die proletarische Revolution zu binden, indem die Landverteilung hingegenommen und organisiert wurde, obwohl - mit den Worten Levis - "doch kein Bolschewiki nicht wußte, daß das Endziel des Kommunismus nicht Landverteilung in Privateigentum der Bauern, sondern ungefähr das Gegenteil ist."(239) Alle teilten die Befürchtung, dieses stabilisierte konservative Element könnte die gesellschaftlichen Errungenschaften wieder zunichte machen. Wiederum ist es Otto Bauer, der zwar den Bolschewiki vorwirft, der utopischen Vorstellung aufzusitzen, daß die neu entstandenen bäuerlichen Kleinbetriebe in schneller Entwicklung in sozialistische Großbetriebe übergeführt würden. Aber nur Bauer zog aus der russischen Entwicklung die Konsequenz, daß eine Revolution der Grundeigentumsverhältnisse in West- und Mitteleuropa deshalb planmäßig durch den Staat und gemäß des gesellschaftlichen Gesamtinteresses durchgeführt werden müsse.(220-251) Nach dem Scheitern der europäischen Revolution sah Paul Levi, mittlerweile in der SPD-Linken, in Rußland "auf den Schultern der breiten Bauernmasse"(728) den Kapitalismus wiedererstehen.(726 ff.)

### Diktatur oder Demokratie

Auf über 200 Seiten (252-479) breitet sich vor unseren Augen die zeitgenössische Debatte zu diesen Fragen aus. Von der Position der Selbstbeschränkung auf den Parlamentarismus durch die MSPD bis zum Verständnis der Diktatur des Proletariats als "Übergang zur sozialisti-

schen Demokratie" (Hilferding) oder als "Diktatur der Volksmehrheit" (Martow) ist eine Diskussion exakt nachgezeichnet, die verdeutlicht, welchen Verlust an Streit- und Inhaltskompetenz die heutige Sozialdemokratie zu beklagen hat. Laut Otto Bauer sei der "Despotismus einer vorgeschrittenen Minderheit eine transitorische Notwendigkeit, ein zeitweilig unentbehrliches Instrument des historischen Fortschritts" (393). Rosa Luxemburg warnt: "Das Gefährliche beginnt dort, wo sie aus der Not die Tugend machen, ihre von diesen fatalen Bedingungen aufgezwungene Taktik nunmehr theoretisch in allen Stücken fixieren und dem internationalen Proletariat als das Muster der sozialistischen Taktik zur Nachahmung empfehlen wollen."(435) Und Paul Levi konstatiert 1921, daß sowohl von der Diktatur des Proletariats nicht viel übrig geblieben sei, als auch das öffentliche Leben, der Geist der Demokratie gestorben sei - die russische Revolution habe es nicht geschafft, die parteilosen Massen an die Revolution zu binden.(377)

### Neue Ökonomische Politik

"Man kann als kommunistisches Gemeinwesen mit kapitalistischen Staaten ohne Beeinträchtigung seines eigenen Wesens Geschäfte machen, man kann aber nicht ungestraft von dem Kapitalismus sich seine Geschäfte besorgen lassen."(617) Diese von Otto Bauer geäußerte Position faßt zwar nicht die Meinung aller Strömungen über die Veränderungen durch die NEP zusammen, zeigt aber die Richtung und die Skepsis, mit der diese Richtungsänderung betrachtet wurde. So schrieb Paul Levi - insbesondere nach der Niederschlagung des Kronstadt-Aufstandes - die sozialistische Perspektive für Rußland gänzlich ab (633). Wie wenig kontinuierlich aber die Positionsbildung letztlich in den ökonomischen Fragen blieb, zeigt sich daran, daß Bauer 1925 in einem Vortrag davon sprach, "daß zwar noch nicht der Beweis erbracht ist, aber in ein paar Jahren dort erbracht werden kann, daß es auch ohne Kapitalisten geht."(689)

### Die Menschewiki

Nach anfänglichem Utopismus-Vorwurf sahen die Menschewiki die Möglichkeit des Übergangs von einer kapitalisti-

schen zu einer sozialistischen Gesellschaft, wenn die Alleinregierung durch eine "Koalition aller sozialistischen Parteien und Gruppen auf sozialistischer Basis" abgelöst würde(82). Schöler zwingt uns, bestehende (Vor-)Urteile gegen die Menschewiki zu überprüfen. Denn die Haltung der Menschewiki war die einer kritischen Solidarität.(337) Die Diktatur einer Minderheit betrachtete Martow als "Zuflucht" und das "Bestreben, die gesamte Zwangsgewalt des Staates in den Händen einer proletarischen Minderheit zu vereinigen, die der objektiven Logik der Revolution und dem Klassenbewußtsein der Mehrheit des Proletariats und des Volkes mißtraut."(332-334) Der Bürgerkrieg habe die Notwendigkeit zu einer Politik der Expropriation, Requisition, Konfiskation, Bürokratisierung, Militarisierung und Terrorisierung gebracht. Schöler sieht bei Martow ein Zuviel einer allgemeinen theoretischen Ebene und zu wenig die Untersuchung der Möglichkeit für eine proletarisch geprägte Massendemokratie.(335) Aber dieser kritische Einwand soll nicht mißverstanden werden: Denn Martow sieht als Ursachen für den Bolschewismus "die starke Demoralisierung des Proletariats durch den Krieg ... einen Maximalismus der politischen Forderungen; einen Mangel an aufmerksamer Berücksichtigung der Bedürfnisse der gesellschaftlichen Produktion, d.h. das Ausgehen vom Standpunkt des Verbrauchers, nicht des Erzeugers; eine Tendenz, alle Fragen des politischen Kampfes mit Hilfe der bewaffneten Macht lösen zu wollen, bei gleichzeitiger skeptischer Haltung gegenüber demokratischen Lösungen."(499)

In der NEP sahen die Menschewiki dann den direkten, einzig gangbaren Weg hin zum Kapitalismus. (638 ff.) Nur wenige wie Olga Domanewskaja werteten die Planungsversuche in der Sowjetunion positiv als "...eine Pionierarbeit, die keinerlei Präzedenzfälle kennt..." (656) Differenziert bleibt auch das Urteil über Stalins Politik nach dem Tode Lenins. Es waren jedoch die Menschewiki, die als erste die fundierteste Kritik an den aufkommenden Totalitarismus-Modellen der Rechtssozialdemokratie formulierten. (809) So Alexander Schifrin 1931: "Die bolschewistische Diktatur hat die alte politische und soziale Ordnung vernichtet, die bürgerliche-demokratische Revolution bis in die letzten Konsequenzen getrieben, um sie später

# Sozialist

Zeitschrift marxistischer SozialdemokratInnen

- ★ Die Diskussionsplattform für die SPD-Linke
- ★ Für Jusos, SPD und Gewerkschaften
- ★ Mit Beiträgen aus Politik, Wirtschaft und Kultur
- ★ Erscheint 6 mal jährlich
- ★ Parteilunabhängig
- ★ Einzelheft 5,00 DM
- ★ Jahresabo 28,00 DM

Heft 5/92 -  
Oktober/November  
u.a.: Rechtsextremismus,  
Asylpolitik, Internationales

Heft 6/92 -  
November/Dezember  
u.a.: SPD und Asyl,  
Jusos und SPD,  
Treuhandpolitik

Kostenloses Probeheft  
erhältlich bei  
Sozialist  
Im Körbchen 10  
3400 Göttingen

Ich möchte ein kostenloses Probeheft:

Name, Vorname

Straße

PLZ, Ort



## ÖKONZEPT: BildKalender.

Blatt für Blatt konsequenter Umweltschutz.

Im Handel erhältlich

oder für Informationen diese Anzeige einsenden an:

ÖKONZEPT: Verlag GmbH: Postfach 15 02 34

4000 Düsseldorf 1: Telefon 0211-216018: Fax 22 93 631

## ÖKONZEPT: Natur hat Zukunft

in die sozialistische Revolution zu überführen. Die faschistische Diktatur war dagegen nur eine Form des politischen Überbaus des Kapitalismus." (809) Ebenfalls richteten sie ihre Kritik gegen die Bestrebungen, die Bolschewiki und ihr Staatssystem zu liquidieren bzw. laut auf eine Liquidierung zu hoffen. So formuliert Dan 1925, daß die "bewaffneten Kräfte des Umsturzes ... alles andere als eine Armee des Sozialismus und der Demokratie" sein würden, und ihre "provisorische Regierung ... unvermeidlich eine Diktatur der Konterrevolution" sein würden. (827) Der Ablehnung der Aufstandsperspektive eines Karl Kautsky entsprach auch die Resolution "Hände weg von Sowjetrußland!", die Martow und Bauer auf dem SAI-Kongreß 1928 einbrachten.

### Deutsche und österreichische Sozialdemokratie

Die Arbeit Schölers ist in Bezug auf die deutsche Rechtssozialdemokratie eine dezidierte Dokumentation eines erstarrten Antibolschewismus von Anfang an - bei dem Umfang der Arbeit hätte sie fast weggelassen werden können: Weniger wäre hier mehr gewesen. - "Die Herrschaft der Arbeiterklasse wolle und müsse den Menschen alle Freiheiten gewähren, nur die eine nicht, zum

Kapitalismus zurückzukehren." (913) - Diese Position des Österreicher Otto Leichter charakterisiert die dort von einem "unverkrampften Verhältnis zu Sowjetrußland und zum Bolschewismus" geprägte Debatte, die sich in einem Lernprozeß über Bündnisüberlegungen für die Übergangsphase zwischen Kapitalismus und Sozialismus im österreichischen Agrarprogramm 1925 manifestierte (899-902). Die Bündnisüberlegungen wurden wiederaufgegriffen in der Debatte um das Linzer Programm 1926, im Konzept der "Hegemonie des Proletariats". Für Bauer hatten sich vor allem die Methoden des Klassenkampfes in Europa im Verlaufe der letzten Jahrzehnte geändert. Dabei kam er bis hin zur Wortwahl und der Bilder zu gleichen Beschreibungen wie Gramsci. (904) In der Beurteilung Stalins lagen die Sympathien Levis bei der Linksoption, die Haltung Bauers war die der Zustimmung zum realistischen wirtschaftspolitischen Kurs der Mehrheit. (864 ff.)

### Ein bißchen Kritik ...

Schöler kritisiert den Geschichtsdeterminismus der rechten Sozialdemokratie, bei Kautsky oder bei Theodor Dan 1928: Der Sozialismus in Rußland hätte nur siegen können, wenn der Anstoß dazu von außen, von einem sozialistischen Umfeld gekommen wäre (860). Aber auch für die linken Kräfte spielte diese Frage eine große Rolle: So z.B. in der lazierenden Position Bauers, daß es - trotz eines vorher schwach entwickelten Kapitalismus - wohl klappen könnte, zwar nicht in einem einzigen Land, aber in "großen zusammenhängenden Gebieten" (869).

Die Frage nach der Möglichkeit, trotz eines relativ schwach entwickelten Kapitalismus eine sozialistische Revolution zu machen, bestimmt - angesichts ihres Scheiterns - die Antwort in unseren Köpfen. Nach dem Motto: Die Geschichte hat's bewiesen. In dieser Hinsicht wäre es hilfreich gewesen, auf Marx Bezug zu nehmen, bei dem es keine Unilinearität der Aufeinanderfolge der Produktionsweisen gibt. Im Gegensatz zu der schon 1917 bestehende Verkürzung des historischen Materialismus, der schließlich durch Stalin auf die Aufeinanderfolge von fünf Grundtypen von Produktionsverhältnissen (Urgemeinschaft, Sklaverei, Feudalismus,

Kapitalismus, Sozialismus) zurechtgestutzt wurde. Dies reduzierte "die Marxistische Geschichtsauffassung auf eine Art Verfolgungswettbewerb zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen" und versucht dem Problem zu entgehen, zu beantworten, "was Marx genau meint, wenn er von 'Produktionsweisen', von 'ökonomischen Formationen', von 'Epochen' der Menschheitsgeschichte" spricht.<sup>2</sup>

### ... Fazit

In der vorliegenden, manchmal ermüdend detailreichen Schrift leistet Uli Schöler eine hervorragende, niemals von Sentimentalitäten geprägte Arbeit des kritischen Rückblickes. Denn sie gibt Aufschluß darüber, wie sich das Bild der Sowjetunion in den unterschiedlichen, theoretisch und historisch differenzierten Strömungen innerhalb der Sozialdemokratie entwickelt hat. Ohne Häme oder Rechthaberei erfahren wir vieles über die unterschiedlichen Vorstellungen, wie denn nun eine Regierung den Sozialismus anfangen sollte. Damit wird der Blick frei auf die Ursprünge unseres kollektiven und individuellen Bildes von der Sowjetunion, welches uns bis heute geprägt hat. Noch viele wehmütige Rückblicke auf das Gesteirnis des Kalten Krieges und die starke Sowjetunion stehen der Entwicklung einer gesellschaftspolitischen Alternative zum Hier und Heute im Wege. Uli Schöler erschließt uns eine Welt ohne Vorurteile und der offenen Kritik an allen möglichen Zuständen im "Paradies" der Werktätigen, ohne die gleichzeitig Solidarität mit dem "Kampf unserer Genossen" (869) zu vergessen - eine Offenheit der Kritik, die die Linke im Kalten Krieg weitgehend verloren hat.

Hans-Joachim Olczyk, Oldenburg

<sup>2</sup> Vgl. Sofit, Gianni: Über asiatische Produktionsweise. Zur Geschichte einer strittigen Kategorie der politischen Ökonomie. Frankfurt: Europäische Verlagsanstalt 1972, S. 70 u. S. 73. Vgl. auch Labica, Georges: Der Marxismus-Leninismus. Elemente einer Kritik. Berlin: Argument Verlag 1986.

Francis Fukuyama: Das Ende der Geschichte. Wo stehen wir? Kindler Verlag, München: 1992. 512 S. 42,- DM. (= The End of History and The Last Man. Aus dem Amerikanischen von Helmut Dierlamm, Ute Mihr und Karlheinz Dürr.)

Kein Apokalyptiker, eher ein waschecht Integrierter meldete sich da vor drei Jahren im US-amerikanischen Magazin National Interest zu Wort und verkündete das "Ende der Geschichte". In diesem Frühjahr nun hat Francis Fukuyama, stellvertretender Direktor des Policy Planning Staff im US-State Department, ein umfangreiches Buch vorgelegt, in dem er seine damaligen Thesen auf über 500 Seiten streckt und zu untermauern sucht.

### "Ideologische Evolution"

Worum geht es? Am Ende des 20. Jahrhunderts, so Fukuyama, habe sich die "liberale Demokratie" als einzige Form der politischen und gesellschaftlichen Organisation mit Anspruch auf universale Geltung gegen ihre Konkurrenten behaupten können: der Faschismus wie Kommunismus und verschiedene Spielarten des Autoritarismus haben abgedankt, die liberale Demokratie stelle die "endgültige menschliche Regierungsform" dar. Die Geschichte als 'ideologische Evolution' der Menschheit sei somit - zumindest für die westlichen Demokratien - abgeschlossen, das "Ende der Geschichte" erreicht.

Fukuyama verweist auf den Zusammenbruch autoritärer Regime in Südeuropa, Lateinamerika, Ostasien und zuletzt in Osteuropa und der Sowjetunion. Diese weltweite liberale und demokratische Revolution seit Mitte der 70er Jahre sei nichts weniger als zufällig, sie sei von historischer Notwendigkeit.

So wie die Durchsetzung des Kapitalismus in der Logik der naturwissenschaftlichen Entwicklung liege - die "Marktwirtschaft" ist bei Fukuyamas Konzept der liberalen Demokratie stets mitzudenken -, so dränge die 'menschliche Natur', vor allem das "Streben nach Anerkennung", auf die Verwirklichung der Demokratie. Diese beiden geschichtlichen Mechanismen, die moderne Naturwissenschaft und die anthropologische Konstante des "Stre-

bens nach Anerkennung", machen es auch nach Fukuyama möglich, von der Geschichte als einem sinnvollen und zielgerichteten Prozeß zu sprechen.

Soweit in Kürze die Kernthesen Fukuyamas. Sie kommen daher mit hehrem geschichts- und staatsphilosophischem Anspruch, und alles, was in der westlichen Philosophiegeschichte Rang und Namen hat - von Sokrates bis Nietzsche - wird als Zeuge berufen. Doch letztlich: der Kaiser ist splittermact.

Da sind es weniger die kleinen Schnitzer, die ins Auge fallen: daß Kant die Geschichte als objektiv sinnhaften und zielgerichteten Prozeß verstanden habe, wie Fukuyama es nahelegt, zeugt von souveräner Ignoranz kantscher Vernunftkritik; Fukuyamas Argwohn, Marx möchte die Bedeutung der Arbeitsteilung für den Prozeß der ökonomischen Modernisierung unterschätzt haben, ist bestenfalls seltsam, um von Merkwürdigkeiten in der Hegel-Rezeption ganz zu schweigen.

Fragwürdiger noch ist insgesamt Fukuyamas Versuch einer nun wieder konservativ gewendeten teleologischen Geschichtsdeutung. Denn nicht erst seit dem Scheitern der marxistischen Teleologie oder der poststrukturalistischen Kritik an den großen "Metaerzählungen" nimmt sich solches Unterfangen derb anachronistisch aus.

Doch nicht allein dort, wo Fukuyama "philosophisch" argumentiert, zeigen sich erstaunliche Schwächen. Erschreckender sind die Unzulänglichkeiten seiner Analyse der gegenwärtigen weltpolitischen Situation. Wir erinnern uns: der Autor ist ein doch mehr oder weniger hochrangiger Berater der US-Administration. Nur ein Punkt sei hier herausgegriffen: von ökologischen Problemen nimmt Fukuyama allenfalls am Rande Notiz. Dort, wo er es tut, fragt sich der Leser, ob hier umfassende Ahnungslosigkeit oder grenzenloser Zynismus am Werke ist: "Die schlimmsten Umweltzerstörer sind die Entwicklungsländer, gleichgültig ob es sich um die Lagerung von Giftmüll oder die Abholzung der Regenwälder handelt".

### Sieger der Geschichte

So könnte man denn verärgert, aber durchaus ruhigen Gewissens dies Buch beiseite legen und vergessen, wenn nicht einiges - und gewichtiges - gegen eben dies spräche. Da ist vor allem der Erfolg Fukuyamas auf dem Buchmarkt und - wenn auch zwiespältig - bei einigen Rezensenten. Kann es sein, daß Fukuyama durchaus den Nerv der Zeit mit seinen Thesen getroffen hat, daß hier, mit all seinen kleinen Klug- und großen Dummheiten, das Selbst- und Weltbild der 'Sieger der Geschichte' artikuliert wird? Und warum überhaupt, so ist man versucht zu fragen, schreibt jemand eine Apologie des Kapitalismus und der bürgerlichen Demokratie, zu einer Zeit, da Kapitalismuskritik sich in nennenswerterem Umfang allenfalls noch an Fehlentwicklungen der "Marktwirtschaft" abarbeitet, ohne grundlegende Systemkritik zu leisten, zu einer Zeit, in der grundsätzliche Kritik an der bürgerlichen Demokratie kaum noch zu finden ist?

Für Fukuyama wird die Welt auf absehbare Zeit in zwei Teile zerfallen, in einen posthistorischen Teil der liberalen Demokratien - dem Sieger der Geschichte - und einen noch in der Geschichte verharrenden Teil, in dem sich mittelfristig und regional begrenzt Unappetitliches wie religiöser Fundamentalismus, Neuer Nationalismus und neue Formen des Totalitarismus Geltung verschaffen werden.

Es ist dieser Aspekt der Weltsicht Fukuyamas, der auf die, wie mir scheint, eigentliche Funktion seiner Überlegungen weist. Fukuyama bemüht sich mit seinem "Ende der Geschichte" um die theoretische Grundlegung einer Konzeption der new world order aus konservativ amerikanischer Sicht. Die von ihm konstruierte, geschichtliche Legitimation der westlichen Demokratien (oder transhistorischen) Überlegenheit, von der aus - mit durchaus missionarischer Haltung und Methode - Weltpolitik betrieben werden kann.

Die Diskussion um den Entwurf einer Neuen Weltordnung, die mehr sein soll als nur eine modisch transformierte pax americana, wird so nicht umhin können, sich auch mit den fragwürdigen Thesen Fukuyamas auseinanderzusetzen.

Jens von Finteln, Köln

# Neu im Herbst '92



Gisela Preuschoff/Axel Preuschoff  
**Gewalt an Schulen**  
 Und was dagegen zu tun ist

156 Seiten, DM 18,-  
 ISBN 3-89438-049-7

Vorankündigung zum 175jährigen  
 Jubiläum des Wartburgfestes

Ludwig Elm/Dietrich Heither/  
 Gerhard Schäfer (Hg.)  
**Füxe, Burschen, Alte Herren**  
 Studentische Korporationen  
 vom Wartburgfest bis heute

Etwa 350 Seiten, ca. DM 24,-  
 ISBN 3-89438-050-0

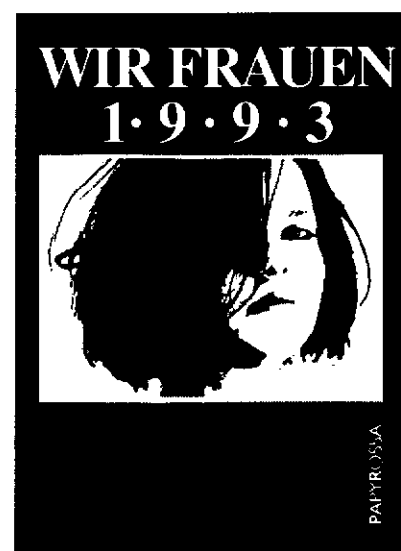
(lieferbar im Oktober)

Edith Laudowicz (Hg.)

**Fatimas Töchter**  
**Frauen im Islam**

Mit Beiträgen von Rukhsana  
 Ahmad, Nadia al-Bagdadi, Nasrin  
 Bassiri, Gohartaj Daneshvar, Elke  
 Grawert, Sabine Kebir, Edith  
 Laudowicz, Margitta Ogundare

197 Seiten, DM 19,80  
 ISBN 3-89438-051-9



Der Frauenkalender

**WIR FRAUEN 1993**  
**Taschenkalender**

288 Seiten, DM 11,80  
 ISBN 3-89438-046-2

## PapyRossa Verlag

Petersbergstr. 4, 5000 Köln 41, Tel. 0221/44 85 45 u. 44 62 40, Fax 44 43 05

# Aerobic für die Industrie

## "Lean production" - eine schlanke Revolution

von Andreas Hoppe\*

### 1. Klasse statt Masse - Was Neues im Fernen Osten?

Die Diskussion um neue Produktionskonzepte in den Industrieländern hat ihren Modebegriff für die 1990er Jahre schon bekommen: die "lean production", die "schlanke Produktion". Die Konsequenzen der weltweiten Studie des Massachusetts Institute of Technology (MIT-Studie), die 1990 in der englisch-sprachigen Originalfassung erschienen ist, haben den Managements, Gewerkschaften und ForscherInnen reichlich Diskussionsstoff gegeben. Bieten doch die Titel "The machine that changed the world" und "Die zweite Revolution in der Automobilindustrie" reichlich Raum zur Spekulation.

Darf man der internationalen Forschungsgruppe des MIT Glauben schenken, so sind die klassischen Massenfabriken Nordamerikas und Europas zu dick. Die Speckröllchen fordistorischer Massenproduktion und die Fettpölsterchen tayloristischer Arbeits(zer)teilung haben die Figur der Produktionsstätten bis zur Ineffektivität gezeichnet.

Doch all dies soll der Studie zufolge nun auf den Müll der Geschichte wandern. Am Beispiel der Automobilindustrie wird geschildert, daß weder Qualität und Motivation noch die Produktivität der Arbeit bei den europäischen und amerikanischen Massenproduzenten der japanischen Herausforderung gewachsen sind.

"Lean production" (ein Begriff, der von John Krafcik, einem Forscher am IMVP [International Motor Vehicle Program des MIT, Anm. d.A.] geprägt wurde) ist 'schlank', weil sie von allem weniger einsetzt als die Massenfertigung - die Hälfte des Personals in der Fabrik, die Hälfte der Produktionsfläche, die Hälfte der Investition in Werkzeuge, die Hälfte der Zeit für die Entwicklung eines neuen Produktes. Sie erfordert auch weit weniger als die Hälfte des notwendigen Lagerbestands, führt zu viel weniger Fehlern und produziert eine größere und noch wachsende Vielfalt von Produkten." (Womack et. al., 1992, S.19)

Einfacher gesagt: Den Darstellungen zufolge ist "Schlanke Produktion" das Erfolgsrezept schlechthin. Doch ist dieser Anspruch gerechtfertigt oder nur Ehrerbietung gegenüber einem Modeideal?

### 2. Der Rahmen für ein "schlankes Menü"

Schon aus dem Begriff der "schlanken Produktion" entsteht ein schlimmer, wenn auch häufiger Fehler in der Rezeption der von der MIT-Studie angeregten Debatte, denn "lean production" beschreibt den wirklichen Sachverhalt nur höchst unzureichend. Tatsächlich geht es nicht nur um schlanke Produktion, sondern um eine schlanke Unternehmensstruktur. "Lean enterprise" oder "lean management" erfassen dies schon treffender.

"Vergleicht man international die Leistung einer Vielzahl von Fertigungsunternehmen, so darf man nicht allein die Produktion untersuchen. Die

ist zentral, aber erklärt nicht die Leistungsunterschiede." (Jones, T.J.; 1991, S. 41)

Begünstigt durch die Begriffsbildung der "lean production" wurde die produktionszentrierte Betrachtungsweise, obwohl schon die Studie selbst eine umfassende Analyse des gesamten Produktions-/Konsumzyklus impliziert und zu einem wesentlichen Merkmal der schlanken Produktion erklärt. Zudem erweitert die Studie den in der BRD häufig auszumachenden Standpunkt des Technikzentrismus. Während die technologischen Möglichkeiten meist ausgereizt sind, wendet sich die Debatte verstärkt der Form der Arbeitsorganisation zu.

"Dahinter steht die Erkenntnis, daß die unter dem Regime der tayloristischen Produktionskonzepte aufgeblähten indirekten Bereiche (wie Arbeitsvorbereitung, Arbeitskontrolle, Instandhaltung, Qualitätsprüfung etc.) erhebliche Kostenfaktoren darstellen, die nun durch Reintegration in die direkten Fertigungsbereiche abgeschmolzen werden sollen." (Müller-Jentsch, S. 6, 1992)

Entscheidend wirkt sich im Zusammenhang der Debatte auch die Fehleinschätzung aus, bei der japanischen Produktionsweise handelte es sich um eine herkömmliche Massenproduktion fordistorischer Prägung (vgl. Hirsch/Roth, S.85, 1986). Vielmehr ist die japanische Produktionsweise "toyotistischer" Prägung gekennzeichnet durch niedrigere Einzelstückzahlen bei größerer Produktvielfalt (vgl. Womack u.a., S. 70, 1992), wengleich dies bei den verschiedenen japanischen Montagewerken in unterschiedlichem Ausmaß vorgefunden werden kann (vgl. Jürgens, S.70, 1990).

\* Andreas Hoppe, Student der VWL, Dortmund



Auch Bischoff und Detje (S. 59ff., 1989) sehen zwar den Trend zur größeren Produktvielfalt weltweit in Folge von größerer "Individualität" und damit verbundener Produktdifferenzierung, schreiben den japanischen Herstellern allerdings auch den Charakter des Massenherstellers im üblichen Sinn zu und beschränken ihre Betrachtung ausschließlich auf die Möglichkeiten des Einsatzes flexiblerer Produktionstechniken, ohne die Fragen der Arbeitsorganisation hinzuzuziehen. Bei näherer Betrachtung tritt die "schlanke Produktion" zwischen die gegensätzlichen Formen des Handwerks und der Massenproduktion, so daß eine "schwarzweiß" Skizze hier nicht mehr als ausreichende Grundlage der Positionsbestimmung erhalten kann. Dies könnte für Prognosen der gesellschaftlichen Entwicklungslinien weitreichende Konsequenzen haben und erfordert daher eine eingehende Diskussion, die hier jedoch nur angeregt werden kann.

Es kann kaum bezweifelt werden, daß unter den gegenwärtigen gesellschaftlichen Bedingungen der Erfolg eines Unternehmens im wesentlichen davon abhängt, ob es in der Lage ist, eine große Produktvielfalt unter Einbeziehung von Marktnischen anzubieten und dabei häufige Produktinnovationen, hohe Produktqualität, kurze Lieferzeiten und konkurrenzfähige Preise sicherzustellen.

All dies, das wird ebenfalls deutlich, ist für die europäische Produktionsweise keine neue Zielstellung, sondern vielmehr ein Beispiel konsequenterer Umsetzung, deren Effizienz von einem möglichst geringen personellen, zeitlichen, materiellen und instrumentellen Aufwand abhängt, der nur durch eine Prozeßoptimierung zu erreichen ist.

Eine zusätzliche Anforderung ergibt sich aus der offensichtlichen Tatsache, daß die Gewinnspannen durch steigende Produktentwicklungskosten (also höherem break-even-point) und kürzerem Produktlebenszyklus gewissermaßen von zwei Seiten her abschmelzen.

Die "schlanke Produktion" soll "... daß 'magische Dreieck' aus Zeit, Qualität und Kosten stärker .. entkoppeln. Möglich wird dies durch eine organisatorische Integration." (Warschat, Joachim/Ganz, Walter; S. 17 in: HBS u.a., 1992)

Voraussetzung dafür ist eine frühzeitige und intensiviertere Zusammenarbeit zwischen traditionell scharf getrennten Aufgabenbereichen. So können bei einer Auftragsabwicklung üblicherweise sequentielle Abläufe parallelisiert werden. Hierdurch werden nicht nur die Auftragsdurchlaufzeiten gesenkt, sondern auch nachträgliche Änderungsnotwendigkeiten vermieden.

"Die echte schlanke Fabrik besitzt zwei Hauptorganisationsmerkmale: Sie überträgt ein Maximum an Aufgaben und Verantwortlichkeiten auf jene Arbeiter, die am Band tatsächliche Wertschöpfung am Auto erbringen, und sie hat ein System der Fehlerentdeckung installiert, daß jedes entdeckte Problem schnell auf seine letzte Ursache zurückführt." (Womack u.a., S. 103, 1992)

Ebenso wichtig wie die betriebsinterne Koordination von Aufgabenbereichen ist jedoch die Integration von externen Partnern in das Unternehmenskonzept. "Lean production" könnte also aufgefaßt werden als "umfassende Integration der internen und externen Bereiche zu einem konsequent abgestimmten Gesamtsystem." (Ursula Schmitz, in: IfaA 1992)

### 3. Die Zutaten für ein Erfolgsrezept?

#### 3.1 Die "schlanke" Fertigung

Die im Hause Toyota entwickelte Produktionsweise geht von der grundsätzlichen Voraussetzung aus, daß das herkömmliche organisatorisch-betriebliche Sicherheitsnetz, das in der traditionellen europäischen wie amerikanischen Massenherstellung an der Tagesordnung ist, in der Form von Lagerhaltung deutlich als Verschwendung von Raum, Zeit, Material und Personal aufgefaßt werden muß. Somit verursacht es unnötige Betriebskosten (vgl. U. Schmitz, ebenda).

Die schlanke Produktion umfaßt Strukturmerkmale sowohl im technologischen Bereich als auch im Bereich der Arbeitsorganisation. Diese werden verbunden in einem just-in-time Produktionsprozeß, der entsprechend den o.g. Prinzipien ein Höchstmaß an Fehlerbeseitigung und Produktionsoptimierung ermöglichen soll. Der gesamte Produktionsprozeß unterliegt zudem konsequent einer stetigen Verbesserung (jap.: kaizen).

Während die traditionelle Debatte in der BRD eine gewerkschaftliche Forderung nach Humanisierung der Arbeit beinhaltete, vertreten die Unternehmen vorrangig ein technologisch-innovatives Bestreben, daß der Vorliebe für technikzentrierte Betrachtungsweisen entsprach. Insofern besteht ein dringender Nachholbedarf in Fragen von Arbeit und Technik und Humanisierung der Arbeit.

Die bisherige weitverbreitete Ausblendung arbeitsorganisatorischer Aspekte zum Zwecke der Produktivitätssteigerung erfordert eine Schwerpunktsetzung in der Debatte auf gerade diesen Bereich. Was nun aber macht im einzelnen die arbeitsorganisatorische Komponente der "schlanken" Fertigung aus?

Die Vermeidung bzw. der Abbau von Lagerbeständen erfordert einen Produktionsprozeß "just-in-time" nicht nur der eigenen betriebsinternen Vorbereitungslinien, sondern auch der Zulieferer. Die "just-in-time"-Produktion aber wird häufig als strapazios für die Beschäftigten angesehen und daher abgelehnt. Auch die Berücksichtigung ökologischer Aspekte (Verlagerung des Lagers auf die Straße) wirft zumindest Bedenken auf, die kritisch zu würdigen sind.

Dennoch sind "just-in-time" Produktion und gesteigerte Arbeitsqualität gewissermaßen im Paket zu betrachten. Die Verwirklichung nur eines der beiden Elemente dürfte am jeweils ablehnenden Teil der Interessenträger scheitern. Sie bedingen sich jedoch auch in der Sache.

Die weitgehende Abschaffung von Lagerbeständen führt auf der einen Seite vor allem in der Einführungsphase zu häufigen Produktionsstörungen, die nur durch intensive Verbesserungsarbeit am Produktionsablauf und der Produktionsorganisation abgestellt werden können. Dabei ist es wesentlich, daß sich die Beschäftigten für ihren jeweiligen Produktionsbereich voll verantwortlich fühlen und ihr Produktionswissen in die Planung mit einbringen. Sie sind damit nicht nur für die Montage zuständig, sondern auch für die Anlieferung, die Qualitätssicherung und das Produktionstempo. "Just-in-time" und "job-enlargement" gehen notwendigerweise Hand in Hand. Eine einseitige Verkürzung dieses Konzeptes muß zwangsläufig in ein produk-

tionsorganisatorisches Desaster führen.

#### 3.2 Produktionsfaktor "Arbeit"

Der MIT-Studie folgend, steht im Mittelpunkt der "schlanken" Produktionsweise der Faktor "Mensch", dessen umfassende Qualifikationen und Kreativität gefördert und genutzt werden soll. In dieser Formulierung steckt gerade für die BRD eine gutes Stück Brisanz, da eben das "Humankapital" (human capital) Grundlage und Voraussetzung des volkswirtschaftlichen Ertrages ist.

Eine konsequente Verlagerung von Kompetenzen auf niedrigere Stufen der Hierarchie innerhalb des Unternehmens und integrierte Bereiche (der Zulieferung und des Absatzes), bedeutet sowohl eine höhere Qualifikationsanforderung als auch größere Entscheidungsspielräume. Dies ist eine Möglichkeit für eine Humanisierung der Arbeit auf der einen und für eine Überforderung der Arbeitskräfte auf der anderen Seite.

"... so stimmt es, daß ein schlankes Produktionssystem jeden Spielraum beseitigt - darum ist es schlank. Aber es gibt den Arbeitern auch die Fähigkeiten, die sie benötigen, um ihr Arbeitsfeld zu kontrollieren und den ständigen Ansporn, den Arbeitsablauf reibungsloser zu gestalten. Während die Massenproduktionsfabrik oft voller geisttötendem Streß ist, wenn die Arbeiter damit kämpfen, nicht produzierbare Produkte zusammenzubauen, und keine Möglichkeit zur Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen haben, bietet die schlanke Produktion kreative Spannung, in der die Arbeiter viele Möglichkeiten haben, den Herausforderungen zu begegnen. Diese kreative Spannung, die bei der Lösung komplexer Probleme mitspielt, ist genau das, was im Zeitalter der Massenproduktion manuelle Fabrikarbeit von der professionellen "Geistes"-Arbeit unterschieden hat." (Womack u.a., 1992).

Neben den "just-in-time"-Produktionsprozeß, der Verantwortungsverlagerung sowie der Erweiterung des Aufgabenbereiches durch Reintegration indirekter Bereiche, tritt die Organisation der Arbeit in Teams. Der MIT-Studie zufolge waren in 1989 nahezu 70% der japanischen Automobilwerke in Teams organisiert, denen nur etwa 0,7% in den europäischen Werken gegenüberstehen (vgl.

Womack u.a., S. 97, 1992).

Diesen Zahlen liegt allerdings ein spezielles Verständnis der Teamarbeit zugrunde, das dem europäischen nicht entspricht (vgl. Jürgens, "Mythos und Realität" in: HBS 1992).

Dies bedeutet, daß den Chancen des "schlanken" Arbeitseinsatzes im Sinne einer Humanisierung der Arbeit und produktivitätssteigernden Wirkung erhebliche Risiken gegenüberstehen. Die Differenzierung zwischen motivierter Arbeitsleistung sowie produktiverem Einsatz der Arbeitskraft und der Schaffung "olympiareifer Mannschaften in unseren Betrieben" (Riester 1992) wird doch erheblich schwieriger. Auch sind die erheblichen Beschäftigungsrisiken zu bedenken, die der Rationalisierung unabwendbar folgen werden.

Hieraus muß aber kein unabwendbarer Prozeß der Verschärfung der Unterbeschäftigungskrise hervorgehen. Vielmehr wird produktiverer Arbeitseinsatz mittelfristig bereits zu erheblichen Gewinnen bei der Beschäftigungssicherheit und dem Lebensstandard führen. Entscheidend wird es dann sein, die resultierende Produktivitäts- und Nachfragesteigerung beschäftigungswirksam werden zu lassen. Bereits kurzfristig könnten Qualifikationsaspekte den Beschäftigten eine Stärkung ihrer Position am Arbeitsmarkt versprechen.

Unberührt hiervon bleiben die notwendigen Diskussionen um die Neugestaltung des sogenannten "Normalarbeitsverhältnisses", das im Hinblick auf die gesamtgesellschaftliche Entwicklung überholt erscheint. Dies beinhaltet notwendigerweise eine Neuaufgabe der Debatte um die Arbeitszeitverkürzung. Insgesamt gesehen wäre dann ein Abbau der Unterbeschäftigung sicherlich denkbar. Dies muß jedenfalls höchste Priorität genießen.

#### 3.3 Die Integration der Qualitätssicherung

Der Produktqualität kommt nicht nur unter dem Gesichtspunkt des Marketing eine große Bedeutung zu, sondern auch aus Kostenerwägungen. Zudem stellt jede Ausschußproduktion eine teure Verschwendung volkswirtschaftlicher Ressourcen dar. Qualität und kostengünstig produzierbare Konstruktion sind die wesentlichen Eckpunkte der Produktentwicklung.

Die Qualitätssicherung unterliegt in der üblichen Betriebsorganisation traditioneller Massenfertiger in den Händen von Spezialisten. Nun liegen in entscheidenden Kennziffern der Qualitätssicherung die japanischen Betriebe und ihre "transplants" in Nordamerika und Westeuropa deutlich vorn: Bei vergleichbaren Produkten, so die MIT-Studie, wird mit weniger räumlichen und personellen Aufwendungen mit weniger Fehlern produziert. Auch nach Modellwechseln erreichen die japanischen Autohersteller schneller wieder die angestrebte Produktqualität.

Es ist Eigenart der "schlanken" Produktion, möglichst viele Tätigkeiten auf die im Produktionsprozeß tätigen Arbeitskräfte zu konzentrieren. Die für Massenhersteller charakteristischen indirekten Bereiche sind entsprechend klein. Auf die ständige Verbesserung des Produktionsprozesses durch ein intensives Forsuchen nach den Ursachen für Fehler sei an dieser Stelle noch einmal hingewiesen.

Mit der Integration der Zulieferer wird auch angestrebt, die Sachkenntnis dieser Unternehmen in die Qualitätssicherung der eigenen Produkte einzubeziehen. Qualitätssicherung wird gewissermaßen als Querschnittsaufgabe aufgefaßt.

#### 3.4 Die Integration der Zulieferer

Auffälligster Unterschied bei der Betrachtung des Verhältnisses zwischen "schlanken" Herstellern und ihren Zulieferern und ihren Gegenstücken in der traditionellen Massenfertigung ist die langfristige und vertrauliche Zusammenarbeit. Es werden zwar harte Anforderungen gestellt, was Qualität und Kosten angeht, aber die Zulieferer werden an erreichten Kosteneinsparungen entsprechend beteiligt. Während bei traditionellen Massenerstellern der Zulieferer ein Interesse daran hat, möglichst viel seiner Produktions- und Kalkulationskenntnisse zurückzuhalten, arbeiten im "schlanken" System beide Teile Hand in Hand an der Kostenreduktion und teilen sich die Erfolge zu einem festgelegten Anteil.

Dies wird begünstigt durch die Einbeziehung der Zulieferer in Produktentwicklung und Qualitätssicherung. Darüber hinaus bildet sich eine "Zulieferer-Pyramide", die den Koordinationsaufwand verringert. Zu

bedenken ist dabei, daß die Zulieferer zwar in der Regel rechtlich selbständig sind, aber einer bestimmten Unternehmensgruppe, einem Kapitalverbund, der in sich hochgradig verflochten ist, angehören (jap.: keiretsu).

Kritisch muß angemerkt werden, daß die Darstellung der MIT-Studie einige Aspekte außer Acht läßt. So ist das soziale Gefälle entlang der Zuliefererpyramide ein genauso berechtigter Einwand wie die Feststellung, daß der japanische Zulieferer einen großen Teil der eigenen Selbständigkeit verliert.

Parallele Prozesse zu einer Neuordnung der Zuliefererstruktur sind nach Forschungen des ISF München auch in der BRD nachvollziehbar.

#### 4. "Nouvelle Cuisine" oder "Alter Wein in neuen Schläuchen"?

Zunächst soll einmal kritisch angemerkt werden, daß die MIT-Studie bestimmte Faktoren, die für die Wettbewerbsposition japanischer Automobilhersteller wesentlich sind, nicht in Rechnung stellt. Hierzu zählen die durch Zugehörigkeit zu einem keiretsu und die besonderen Spargewohnheiten in Japan günstigeren Kapitalkosten, die Unterschiede bei den öffentlichen Abgaben und die Lohnkosten in den unteren Stufen der Zulieferer-Hierarchie. Hinzu treten auch tarifpolitische Themen, wie die nahezu vollkommen flexibel in das Konzept der lean production einbezogene Mehrarbeit sowie die Kosten des Systems industrieller Beziehungen (vgl. Ulrich Jürgens, Mythos und Realität in: HBS 1992).

"Die MIT-Autoren haben diese Faktoren, die in Deutschland im Mittelpunkt der Standortdiskussion stehen, gewissermaßen vor die Klammer gezogen, und sie haben dies im Hinblick auf ihre Zielsetzung zurecht getan. Ihnen kam es nämlich darauf an, ihre Botschaft eindeutig adressieren zu können, und der Adressat ist das Unternehmensmanagement. ... es ist das Management und das von ihm geschaffene System, das den Kern des Problems ausmacht, und wo die Veränderungen ansetzen müssen." (Jürgens 1992).

Trotz dieser Zielsetzung muß die Frage erlaubt sein, ob die lean production

japanischer Prägung die industrielle Organisationsform der Zukunft sein wird. Und an dieser These, die die MIT-Studie offensichtlich vertritt, sind schwerwiegende Zweifel durchaus sachlich zu begründen.

So erreicht das japanische Produktionssystem mit steigendem Wohlstand in der Gesellschaft und zunehmender kultureller Beeinflussung durch westliche Werte des persönlichen Lebens seine Grenzen: Menschen beginnen, die große Anspannung durch die Arbeit als abträglich für ihre Gesundheit und ihren persönlichen Freiraum zu empfinden. Freizeit gewinnt an Stellenwert und tritt damit immer mehr in den Konflikt mit unbegrenzt eingeforderter Mehrarbeit. Privatleben beginnt, der räumlichen und zeitlichen Totalflexibilität zu widersprechen. Forderungen nach entsprechenden tarifpolitischen Regelungen treten auf. Der Tod durch Überarbeitung (M. Mineshige 1992) wird Gegenstand gesellschaftlicher Diskussion und Kritik.

Zudem treten die Betriebe zunehmend in Konkurrenz um die Anwerbung von Personal, das sich deutlich verknappt hat. Es gibt bereits Werke, die das europäisch geprägte Teamarbeitskonzept zu übernehmen beginnen. In Verbindung mit der zunehmenden Automatisierung, die gerade in Japan recht zurückhaltend verlaufen ist, stellt dies neue Anforderungen an die Arbeitskräfte. Arbeitszyklen werden länger, die Qualifikationstiefe steigt mit zunehmender Komplexität der Produktionsanlagen.

Insofern stehen meiner Auffassung nach Japan und die traditionellen Massenfertiger vor der selben Aufgabe: Es ist notwendig, ein post-lean-Produktionssystem zu entwickeln, das - auf der Basis der arbeitsorganisatorischen Erkenntnisse der "schlanken" Produktion und unter Einbeziehung der Möglichkeiten des Einsatzes modernster Produktionstechnologie - eine deutliche Humanisierung der Arbeit ermöglicht.

#### Literaturverzeichnis

- Bischoff, Joachim / Richard Detje: "Massengesellschaft und Individualität - Krise des Fordismus und die Strategie der Linken", VSA-Verlag, Hamburg, 1989  
 Hans-Böckler-Stiftung (HBS), IG-Metall (IGM), Institut für Arbeit und Technik (IAT), Fraunhofer-Institut für Arbeitswirtschaft und Organisation (IAO) (Hrsg.): "Lean Production - Schlanke Produkti-

on - Neues Produktionskonzept humanerer Arbeit?", Düsseldorf, 1992

IfaA (Institut für angewandte Arbeitswissenschaft) e.V. (Hrsg.): "Lean Production - Idee - Konzept - Erfahrungen in Deutschland", Schriftenreihe des IfaA, Band 27; Wirtschaftsverlag Bachem, Köln, 1992

Jones, T.J.: "Mager is beautiful - Japaner auf Erfolgskurs"; in: Technische Rundschau, Heft 38, 1991

Jürgens, Ulrich: "Der japanische Produktivitätserfolg - Soziale und arbeitsorganisatorische Voraussetzungen"; in: Muster, Manfred / Udo Richter (Hrsg.): "Mit Vollgas in den Stau - Automobilproduktion, Unternehmensstrategien und die Perspektiven eines ökologischen Verkehrssystems", VSA-Verlag, Hamburg, 1990

Mineshige, M.: "Tod durch Überarbeitung - Genug ist genug"; in: Japan Magazin, Heft 1/1992

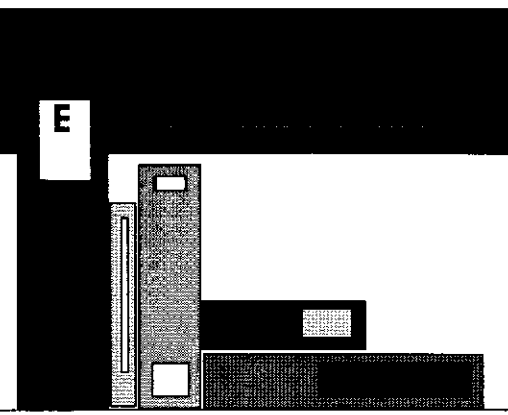
Müller-Jentsch, Walthor: "Wie tragfähig ist der Modernisierungspakt?"; in: DIE MITBESTIMMUNG, April / 92; Düsseldorf, 1992

Riester, Walter: "Prozeß mitgestalten"; Interview in Wirtschaftswoche Nr. 41 vom 02. Oktober 1992

Womack, James P., Daniel T. Jones, Daniel Roos: "Die zweite Revolution in der Automobilindustrie - Konsequenzen aus der weltweiten Studie des Massachusetts Institute of Technology"; 4. Auflage, Campus-Verlag GmbH, Frankfurt a. M., 1992

(Die erste Auflage in dt. Sprache erschien 1991, die amerikanische Originalausgabe unter dem Titel "The machine that changed the world" in engl. Sprache 1990.)

Christoph Scherrer: *Im Bann des Fordismus. Die Auto- und Stahlindustrie der USA im internationalen Konkurrenzkampf*, Verlag: Edition Sigma Bohnl WZB, Berlin 1992, 393 Seiten



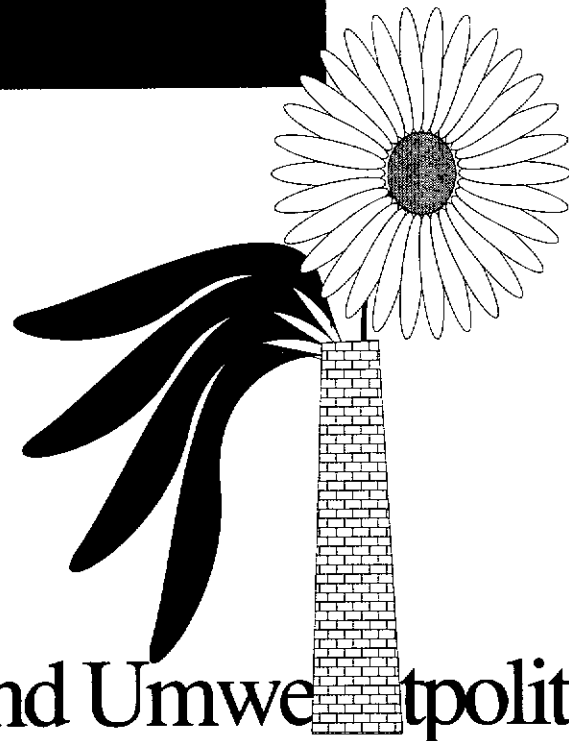
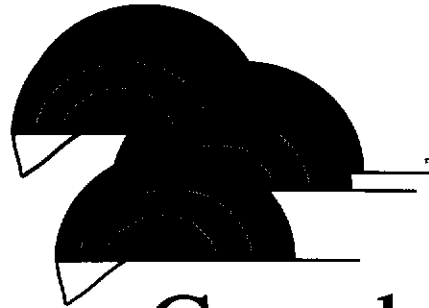
Der "relative Niedergang" der US-Wirtschaft wird von den Dächern gepfiffen und spielte auch bei den diesjährigen US-Präsidentenwahlen eine gewichtige Rolle. Für marxistisch orientierte Zeitgenossen läßt sich dahinter die Krise des "Fordismus" als einer spezifischen, seit den siebziger Jahren im Umbruch befindlichen Formation des Kapitalismus entdecken. Dieser von Gramsci übernommene, von Autoren der französischen Regulationsschule ins Zentrum ihrer Theorie gestellte Begriff und theoretische Ansatz hat hierzulande durch Publikationen von Joachim Hirsch, Burkard Lutz, Mike Davis u.a. eine gewisse Bekanntheit erreicht. Es mangelte bislang aber an theoretisch fundierten empirischen Arbeiten zu dieser wichtigen Umbruchphase des Kapitalismus. Nun gibt es ein Buch, in welchem ein konstruktiver Schritt in dieser Richtung gegangen wird. In dem dichtbepackten Buch von Christoph Scherrer wird mehr geboten als der Titel suggeriert. Erkenntnisziel dieser politikwissenschaftlichen bzw. polit-ökonomischen Dissertation ist die Untersuchung der "Ursachen der Wettbewerbsschwächen traditionell konkurrenzfähiger Branchen und die Determinanten der bisher vollzogenen Transformationen" (S. 17). Zu den untersuchten Aspekten gehören neben der US-Ökonomie und politischen Rahmenbedingungen beispielsweise Finanzwirtschaft, Außenwirtschaft, Technologien, das System der industriellen Beziehungen, der betriebliche Organisation und Arbeitsprozeß. Neben der theoretischen Fundierung werden zahlreiche empirische und statistische Materialien zur Untermauerung der Argumentation herangezogen. Im einleitenden Kapitel werden Regulations- und Fordismustheorie prägnant dargestellt und durch die Berücksichtigung der internationalen Ebene ergänzt. Um eine vereinfachende Handlungstheorie zu umgehen, spricht auch Scherrer von einem hochkomplexen "Prozeß ohne Subjekt" in dem die Dialektik zwischen Strukturen und (individuellen und kollektiven) Akteuren in den Blick kom-

men kann. Als realer Rahmen sind dann die zentralen institutionellen Strukturen und gesellschaftlichen Normen der US-Nachkriegsgesellschaft dargestellt. Dabei wird deutlich, daß die zunehmende Konkurrenzschwäche der USA das "Ergebnis der Entfaltung immanenter Widersprüche verstetigter Handlungsweisen ist, die sich zum fordistischen Akkumulationsregime verdichtet hatten" (S.348). Genauer werden dann die Regulationsformen in Auto- und Stahlbranche und die unterschiedlichen neuen Strategieversuche untersucht, die von üblicher Lohndrückerei und Rückdrängung gewerkschaftlicher Erfolge ("concession bargaining"), dem Einsatz hochmoderner Fertigungsanlagen (z.B. "NUMMI", Mini-Stahlwerke) bis zur Einführung partizipativer Arbeitsformen reichen. Unter Hinzuziehung umfangreichen Zahlenmaterials werden die Krisenverläufe gemäß des Regulationsansatzes untersucht. Einen breiten Raum nimmt dann die Darstellung und Erörterung der unterschiedlichen Krisenregulierungsversuche und ihrer verschiedenen Phasen in den Carter- und Reagan-Administrationen ein. Korporatistische Politikformen, Entmachtung und Unterminierung von Gewerkschaften, zaghafte industriepolitische Ansätze, Forschungspolitik, Militärkeynessianismus, Toyotismus/Japanisierung und ähnliche Strategien sind in diesen Jahren ausprobiert worden, ohne jedoch eine neue erfolgreiche und umfassende Variante kapitalistischer Entwicklung etablieren zu können. Gerade hier zeigt sich durch die Verknüpfung ökonomischer und politischer Aspekte die Nützlichkeit des Regulationsansatzes, weil damit die Erschöpfung des fordistischen Produktionsparadigmas erklärt und bestätigt werden konnte. Der Suchprozeß für Wege aus der Krise des Fordismus ist demnach für die Kapitale der US-Auto- und Stahlbranchen noch nicht abgeschlossen. Trotz ihrer Aggressivität gegenüber den Gewerkschaften und Handelspartnern ist noch kein neuer Klassenkompromiß und kein neues Akkumulationsregime etabliert worden.

Die Dominanz der harten Kapitalstrategie in den USA, die wirtschaftlichen Erfolge Japans und der vier kleinen Tiger und Veränderungen der Nachfrageseite weisen auf zunehmende Konkurrenz zwischen den wichtigen Industrieländern hin. Daraus folgt wiederum die permanente Suche nach neuen Regimen für verbesserte Verwertungsbedingungen in den kapitalistischen Zentren, weshalb Scherrer die Ansicht äußert: "Die deutschen Gewerkschaften werden in den Auseinandersetzungen um neue Formen der Arbeitsorganisation, der Produktionskonzepte und des Lohnverhältnisses mit verstärktem Druck rechnen müssen" (S.338). Spannend wären ähnlich fundierte Untersuchungen über andere Branchen und über andere Nationalökonomien, um die Herausbildung neuer Akkumulationsregime und entsprechender Aktionsbedingungen für Linke genauer zu durchschauen. Fazit: Scherrers Studie stellt eine konstruktive und sehr gelungene Verbindung her zwischen dem interessantesten linken Theorieansatz (Regulationsschule) und den beiden wichtigen im Umbruch befindlichen Industriesektoren (Stahl und Automobil) der Noch-Supermacht USA. Es ist eine sehr gut lesbare und fundierte Untersuchung aus dem Feld linker Politischer Ökonomie.

Edgar Göll, Berlin

# Auf der Suche nach einem neuen Politikansatz:



## Gewerkschaften und Umweltpolitik im Betrieb

von André Leisewitz/Klaus Pickshaus\*

### 1. Unternehmerstrategie: "Öko-Management" und Umweltschutz als "Chefsache"

Für die Beurteilung gewerkschaftlicher Ansätze zu Arbeit und Ökologie ist ein kurzer Blick auf den Stellenwert des betrieblichen Umweltschutzes in Unternehmens- und Management-Konzeptionen nützlich. Diese Konzeptionen lassen den Handlungsspielraum und die umweltpolitischen Optionen der Unternehmer erkennen, mit denen sich die Gewerkschaften auseinanderzusetzen haben. Obwohl in den Betrieben der Bundesrepublik im technischen Umweltschutz inzwischen viel geschieht, gehen von den Einzelunternehmen doch keine grundlegenden Impulse, wohl aber eine Menge Hemmnisse für eine Ökologisierung der Produktions- und Konsumtionsprozesse aus. Das hat auch nach konservativem Urteil seine Gründe. Dort, wo Unternehmen und Konzerne gesellschaftlich gesetztem und verallgemeinertem Zwang (Gesetze, Auflagen, öffentlicher Meinungsdruck) Rechnung tragen müs-

sen, sind sie bestrebt, dies ohne Mitbestimmungsrechte der Belegschaften und ihrer Interessenvertretungen zu tun. Dennoch, und das ist auch hier der Widerspruch, in dem sich die Einzelkapitale bewegen müssen, sind sie in wachsendem Maße auf die Aktivität, Motivation, Qualifikation, Umsicht und das verantwortliche Handeln der Beschäftigten, also deren Mitentscheidung angewiesen. Eben das bedeutet für die Gewerkschaften in Verbindung mit neuen Ansprüchen der Beschäftigten an Lebensqualität und Zukunftssicherung (wachsendes Umweltbewußtsein) sowie an Mitentscheidung (Demokratisierungsbedürfnisse)<sup>1</sup> Handlungsanforderung ebenso wie Durchsetzungsmöglichkeit.

Umweltschutz spielt unter den erklärten Unternehmenszielen nur eine nachgeordnete Rolle und rangiert im betrieblichen Alltag auf der Prioritätenskala "weit hinten".<sup>2</sup> Wicke u.a. charakterisieren die dominierende Einstellung der Unternehmen zu betrieblichem Umweltschutz als "defensive Verhaltensweise". Diese Strategie "ist durch die Nichterfüllung von Anforderungen, Verzögerung von Anforderungen und die umweltbelastende Stoffsubstitution gekennzeichnet. Wenn Vermeidungs- und Verzögerungsstrategien nicht möglich oder erschöpft sind bzw. der Betrieb solche Strategien aus Überzeugung der Be-

triebsleitung oder aus Imagegründen nicht anstreben will und darüber hinaus durch die staatliche Umweltpolitik kein Anreiz besteht, mehr als unbedingt gefordert für den Umweltschutz zu tun, entscheiden sich die Betriebe sehr häufig für die Erfüllung der Umweltschutz-Mindestanforderungen."<sup>3</sup> Die Autoren betrachten eine solche Strategie nüchtern als "ein durchaus rationales Verhalten": "Sofern nicht noch 'teurere' staatliche Sanktionen oder Schadenersatzandrohungen von Dritten oder hohe Versicherungskosten drohen oder Imagegeschädigungen wirtschaftlich riskant werden oder Umweltschutz sich nicht auf andere Art und Weise 'rechnet' (beispielsweise durch Vermeidung einer hohen Abwasserabgabe), besteht auch unter der Zielsetzung der langfristigen Gewinnmaximierung für den Betrieb kein Anreiz, sich 'freiwillig' teuren Umweltschutzanforderungen zu unterwerfen."<sup>4</sup> Den Spielraum für eine "offensive Umweltschutzkonzeption" sehen sie begrenzt auf "umweltschützende Maßnahmen, die zu Kosteneinsparungen bzw. Gewinnerhöhungen führen, Erfüllung und zum Teil Übererfüllung von gesetzlichen Umweltschutzanforderungen, kosten- und gewinnneutrale Umweltschutzmaßnahmen und (unter Ausnutzung eventueller Imagevorteile) Umweltschutzmaßnahmen, die das Unternehmen belasten".<sup>5</sup> Demgegenüber muß

das Management bei eindeutig kostenerhöhenden Umweltschutzmaßnahmen "sehr genau die kurzfristigen Kosten dem mittel- und langfristigen Nutzen gegenüberstellen und unter Berücksichtigung der Ertrags- und Liquiditätslage des Betriebes abwägen, ob und inwieweit solche Maßnahmen betriebswirtschaftlich verantwortbar sind."<sup>6</sup>

Was löst Umweltschutzmaßnahmen der Betriebe aus? Nach Ansicht von Wicke u.a. sind entscheidende Determinanten die staatliche Umweltpolitik - Gesetze und Verordnungen, die (zumindest formal) gleiche Konkurrenzbedingungen der Unternehmen schaffen<sup>7</sup> - sowie der sich in vielfältiger Form artikulierende Wertewandel (Umweltbewegung und wachsendes Umweltbewußtsein, veränderte Konsumgewohnheiten u.a.m.). Den Ausschlag dürften dabei die steigenden gesetzlichen Anforderungen geben.<sup>8</sup> Dies gilt auch für die Etablierung betrieblicher Organisationsstrukturen, die mit der Bewältigung von Umweltschutzaufgaben befaßt sind. Hier ist in erster Linie die Institution der Betriebsbeauftragten für Immissionsschutz, Gewässerschutz und Abfall zu nennen, deren gesetzliche Grundlagen z.T. bis in die siebziger Jahre zurückreichen (Immissionsschutzgesetz von 1974, 4. Novelle des Wasserhaushaltsgesetzes von 1976, Abfallgesetz von 1986). Gegenwärtig gibt es mehr als 3 500 entsprechende Betriebsbeauftragte.<sup>9</sup>

Die Unternehmer gehen generell von einem betrieblichen Alleinbestimmungsrecht in Sachen Umweltschutz aus. Sie sehen sich hierin durch die Umweltgesetzgebung bestärkt, die ihnen auf diesem Gebiet Verantwortung und Befugnisse zuspricht und mit wenigen Ausnahmen keine Eingriffsmöglichkeiten der Belegschaften und ihrer Interessenvertretungen vorsieht. Auch das Betriebsverfassungsgesetz eröffnet nur begrenzte umweltpolitische Mitbestimmungsrechte. Sie sind nicht explizit formuliert, sondern nur indirekt in Verbindung mit den entsprechenden Umweltschutzgesetzen zu erschließen.<sup>10</sup> Umweltschutz wird daher generell als Angelegenheit der Unternehmensleitung verstanden und ihrer betrieblichen Bedeutung wegen meist als "Chefsache" behandelt.<sup>11</sup>

"Chefsache" meint insofern nicht nur eine "hohe Anbindung" von unternehmensbezogenen umweltpolitischen Entscheidungen beim Top-Management. Gemeint ist auch dessen alleinige Ent-

scheidungskompetenz, was die Möglichkeit dezentraler und funktional aufgeteilter Entscheidungsdelegation im Rahmen der betrieblichen Hierarchie einschließt. Je größer die Unternehmen, desto eher ist mit der betrieblichen Institutionalisierung von umweltbezogenen Funktionen (Umweltbeauftragte, Stabsstellen, Projektgruppen etc.) zu rechnen.<sup>12</sup> Die Umweltbeauftragten sind in diese Hierarchie mit den ihnen gesetzlich zugewiesenen Kontrollaufgaben und Informations- sowie Anhörungsrechten als weisungsgebundene Beschäftigte des Unternehmens ohne hoheitliche Funktionen eingegliedert; sie verfügen über keine unabhängigen Entscheidungsbefugnisse.<sup>13</sup> In Großunternehmen sind sie meist als leitende Angestellte eingruppiert. Dies gibt ihrer Funktion ein gewisses Gewicht ("Chefsache") und entzieht sie gleichzeitig jeder Mitbestimmungs- und Mitentscheidungsmöglichkeit der Betriebsräte.<sup>14</sup> Der von Gewerkschaften erhobenen Forderung nach Einbeziehung des Umweltschutzes und der dafür zuständigen Betriebsbeauftragten in die Mitbestimmung widersetzt sich die Standesorganisation der Umweltbeauftragten (VBU) vehement. Für sie gilt: "Umweltschutz ist über die allgemeinen Mitbestimmungsregeln hinaus nicht mitbestimmungspflichtig."<sup>15</sup>

### Essentials eines eigenständigen Konzepts

1. Entschärfte Rechte auf Information, Mitwirkung und Mitbestimmung
2. Verknüpfung von Umweltschutzkonzepten mit Gesundheitsschutzinteressen
3. Erreichung des Mitbestimmungsziels
4. Bewältigung der Beschäftigten im ökologischen Rationalisierungsgewinn
5. Verknüpfung betrieblicher Ökologisierung mit ökologischen Umbauforderungen einer Branche und der Gesamtwirtschaft

Die hier skizzierte Grundhaltung gilt für alle Unternehmen, mögen sie nun "defensiv" oder "offensiv" in Umweltfragen eingestellt sein. Eckart Hildebrandt faßt den Sachverhalt dahingehend zusammen, "daß die überwiegende Mehrzahl der Unternehmer und ihrer Verbände eine weitergehende Zuständigkeit für Umweltfragen, die über die unmittelbare Betriebstätigkeit hinausgeht, immer noch ablehnt und in dem verbleibenden Feld eine Zuständigkeit von Betriebsräten bestreitet". Auch die auf "Umweltmanagement" setzenden Unternehmen verfolgen "Strategien, die zumindest indirekt auf die Ausschließung von Be-

triebsräten und Gewerkschaften hinauslaufen. Die fallweise Einbeziehung von Beschäftigten bedeutet in keiner Weise eine Öffnung gegenüber der institutionalisierten Interessenvertretung oder sogar den Gewerkschaften."<sup>16</sup>

Die gängigen Unternehmens- und Management-Konzeptionen umfassen aber auch eine sich an den o.a. Unternehmenszielen und den darin begründeten umweltpolitischen Restriktionen orientierende Motivationsarbeit als Teil des Öko-Managements.<sup>17</sup> Dies betrifft zuerst das Leitungspersonal der verschiedenen Hierarchiestufen, bei dem angesichts der Durchökonomisierung der betrieblichen Abteilungen ("Profit-Center") aus den gleichen Gründen, wie dies für das Gesamtunternehmen gilt, mit einer "defensiven Haltung" in Umweltfragen gerechnet wird.<sup>18</sup>

Mit Blick auf die Belegschaften wird festgehalten: "Unverzichtbar ist auch die aktive Einbeziehung aller Mitarbeiter durch die Nutzung ihres Sachverstands und ihrer kreativen Kapazität. Sie sind für jede Verbesserung des betrieblichen Umweltschutzes notwendig, und eine aktive Umweltstrategie erhöht dabei in der Regel die Arbeitsmotivation der Mitarbeiter und ihre Identifikation mit dem Betrieb."<sup>19</sup> Neben Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen werden als

Motivationsformen u.a. genannt der Einbau ökologischer Zielvorgaben in die betrieblichen Beurteilungs- und Anreizsysteme, die thematische Ausweitung von Qualitätszirkeln, Vorschlagswesen und betriebliche Umweltaktionen, vorbildliches Verhalten des Leitungspersonals sowie Umwelt-Symbolik als Element der Unternehmenskultur. Die Absage an Mitentscheidung und Mitbestimmung wird dabei in folgende affirmative Formel gekleidet: "Wann immer die Parole 'Umweltschutz ist Chefsache' zu hören ist, dann ... in der Bedeutung, daß die 'Sonne immer von oben scheint', im Sinne einer

\* André Leisewitz, Recherche-Abteilung des Verlags der Ökologischen Briefe, Frankfurt am Main.  
Klaus Pickshaus, Redakteur des Fachinformationsdienstes "Arbeit und Ökologie-Briefe", Frankfurt am Main.

von oben nach unten laufenden Motivation der Menschen zum umweltgerechten Verhalten.<sup>20</sup>

## 2. Gewerkschaftliche Politikan-sätze einer betrieblichen Um-weltpolitik

### 2.1 Probleme und Konturen eines eigenständigen Konzeptes

Betrachtet man die betrieblichen und gewerkschaftlichen Initiativen zum Umweltschutz, so kann die beeindruckende Vielfalt nicht darüber hinwegtäuschen, daß es sich oft um reaktive Ansätze handelt, die ein eigenes gewerkschaftlich-konzeptionelles Profil vermissen lassen. In einigen Fällen wird sogar nur nachvollzogen, was anderenorts als neue Öko-Management-Idee angeboten wurde.

Diese Defizite hängen sicher damit zusammen, daß erst seit der zweiten Hälfte der achtziger Jahre Ökologie als betriebliches Handlungsfeld erschlossen wurde. Hinzu kommt, daß weder das Betriebsverfassungsrecht Umweltschutz als Aufgabe der Betriebsräte benennt noch umgekehrt die Umweltgesetzgebung Betriebsräte als Akteure vorsieht. Die Bearbeitung dieses Neulandes durch die Gewerkschaften bestand in erster Linie darin, den Nachholbedarf an Informationen, Grundkenntnissen und ersten eigenen Forderungen zu decken. Zugleich entwickelten sich spontan vielfältige Formen an eigenständigem Umweltengagement am Arbeitsplatz, gerade bei jüngeren Beschäftigten und bei Angestellten, die in neugebildeten Arbeitskreisen, aber auch in den traditionellen Strukturen der Vertrauensleute und Betriebsräte zum Ausdruck kamen.

Gegenüber Unternehmenskonzepten eines "Umweltschutzes als Chefsache" bleiben solche von den Beschäftigten getragenen Initiativen oft in einer ambivalent-hilflosen Rolle. Für die Unternehmensleitungen stellen hierbei Konfliktmanagement und interessenpolitische Einbindung des Know-how und Engagements der Beschäftigten ein zentrales Motiv dar.<sup>21</sup> Um eine autonome und dynamische Funktion im betrieblichen Umweltschutz wahrzunehmen, ist für die Akteure in der betrieblichen Interessenvertretung und der Gewerkschaft eine Selbstvergewisserung der eigenen Interessenlage sowie der Konflikt- und Konsenszonen auch auf diesem Handlungsfeld unabdingbar.

Aus der Sicht der bisher sehr unterschiedlichen betrieblichen Erfahrungen können einige Essentials eines eigenständigen Konzeptes benannt werden:

a) Da die Partizipationsangebote von Seiten der Unternehmer in der Regel "Sozialtechnik-Charakter" besitzen<sup>22</sup>, kommt es darauf an, nicht bei Umwelt-Zirkeln und ökologischen Verbesserungsvorschlägen im Rahmen eines betrieblichen Vorschlagswesens stehen zu bleiben, sondern *eindeutig definierte und einklagbare Rechte der Information, Qualifikation, Mitwirkung und Mitbestimmung sowie eigene Handlungsspielräume im betrieblichen Umweltschutz* durchzusetzen. Dies wird, da Veränderungen des Betriebsverfassungsgesetzes momentan unrealistisch sind, am ehesten über freiwillige Betriebsvereinbarungen und tarifvertragliche Regelungen zu erreichen sein.

b) Ein betriebliches Umweltschutzkonzept muß eng mit den *Gesundheitschutzinteressen* der Arbeitenden verknüpft sein. Hierdurch bieten sich nicht nur erweiterte Handlungsspielräume auf Basis des Betriebsverfassungsrechts an, sondern der zunehmende Einsatz von chemischen Schadstoffen in der Arbeitswelt ist eine objektive Schnittstelle zwischen Umweltauswirkungen und Gesundheitsschädigungen. Das Ziel einer Umweltverträglichkeitsprüfung der Produktion wird dann am ehesten von den Beschäftigten unterstützt, wenn die positiven Folgen für den Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz sichtbar werden.

c) In einer solchen Verknüpfung von Gesundheits- und Umweltschutz liegt auch der entscheidende *Mobilisierungsfaktor*. Die Eigenaktivität und den Kompetenzzuwachs der Beschäftigten zu fördern, schafft überhaupt erst Voraussetzungen dazu, in der Auseinandersetzung um betrieblichen Umweltschutz Gegenmachtpositionen aufzubauen und Einbindungstrategien der Unternehmer zu begegnen.

d) Effektives Umweltmanagement ist auf das Engagement der Beschäftigten angewiesen. Gerade weil den Beschäftigten eine solche wichtige Rolle zukommt, ist die Frage einer *Beteiligung am ökologischen Rationalisierungsgewinn* aufzuwerfen.<sup>23</sup> Dies wird sich einmal auf das Einfordern von Mitbestimmungsrechten und realen Gesundheitsschutzverbesserungen beziehen. Desweiteren können auch eine Ökologisierung der Kantinenversorgung und des Arbeitsweges, etwa in Gestalt be-

zahlter Job-Tickets, Formen einer materiellen Beteiligung darstellen.

e) Nicht zuletzt ist die Frage zu klären, inwieweit betriebliche Einzelmaßnahmen verknüpft werden mit *ökologischen Umbauerfordernissen der Branche und Gesamtwirtschaft*.

### 2.2 Betriebsvereinbarungen zum Umweltschutz

Die Diskussion über eine Institutionalisierung von Informations- und Mitbestimmungsrechten per Betriebsvereinbarung orientiert sich vor allem an dem Modell der Großchemie.<sup>24</sup> Auf dem Hintergrund des Imageverlustes für die Chemieindustrie nach der Sandoz-Katastrophe 1986 kam es ein Jahr später zu einer Spitzenvereinbarung zwischen Unternehmerverband und IG Chemie-Papier-Keramik, die Eckpunkte für mögliche Betriebsvereinbarungen zum Umweltschutz vorsah. Eine tarifvertragliche Festlegung war von den Unternehmern abgelehnt worden. Die stark korporatistische Prägung dieser Vereinbarung kommt unter anderem in der gemeinsamen Bildung einer "Gesellschaft zur Information der Betriebsräte über Umweltschutz in der Chemischen Industrie" (GIBUCI) zum Ausdruck, die die Aufgabe der Fortbildung und Information der Betriebsräte übertragen bekam und von den Unternehmern finanziert wird. Seit 1987 wurden über 50 Betriebsvereinbarungen vornehmlich in der Großchemie abgeschlossen.<sup>25</sup> Dabei stehen folgende Regelungsbereiche im Mittelpunkt<sup>26</sup>:

\* Als *Informations- und Beratungsgegenstände* werden umweltschutzrelevante Investitionen, Störfälle, Fragen der Abfallentsorgung und in einigen Fällen auch der Umweltjahresbericht des Umweltbeauftragten definiert.

\* Als *Beratungsgremien* für diese Fragen sind zumeist der *Wirtschafts- oder der Arbeitssicherheitsausschuß* vorgesehen. In mehreren Fällen sind gesonderte, *paritätisch besetzte Umweltausschüsse* eingerichtet worden.

\* Ein *Fortbildungsangebot* im Rahmen der GIBUCI wird im wesentlichen auf Betriebsratsmitglieder eingeschränkt. Die inhaltliche Ausrichtung wird entscheidend von den Chemieunternehmen beeinflusst.

Durch die Spitzenvereinbarung von 1987 waren "den Betriebsräten bei ihren Verhandlungen enge Grenzen" gezogen.<sup>27</sup> Nur im Falle einer Vereinbarung bei Procter & Gamble gelang es, eine

reale Verbesserung der Mitbestimmung durchzusetzen (der Betriebsrat muß bei der Einstellung und Entlassung des Umweltbeauftragten informiert und angehört werden).

Auch wenn es bislang noch keine Untersuchung zur betrieblichen Umsetzungspraxis gibt, wird auf eine "starke Außenwirkung" und mögliche "Feigenblattfunktion" beim Abschluß der Vereinbarungen hingewiesen.<sup>28</sup> Der Informationsfluß bleibt in der Regel auf Gremien bzw. in manchen Fällen sogar auf die Betriebsratsspitze eingengt. Die umfassende Information und damit auch die Voraussetzung für eine Motivation der Belegschaft gehören zu den ungelösten Problemen.

Zu einer breiteren Übertragung dieses Chemie-Modells auf andere Branchen ist es bislang nicht gekommen. In der Metallindustrie wurde Ende 1991 auf Initiative eines Unternehmers eine erste Umwelt-Betriebsvereinbarung abgeschlossen.<sup>29</sup> Der Vorstand der IG-Metall hat im September 1992, kurz vor dem deutschen Umwelttag, Eckpunkte für solche Betriebsvereinbarungen veröffentlicht. Neben Informations- und Beteiligungsrechten, insbesondere in Gestalt eines paritätischen Umweltausschusses, werden in den Eckpunkten Zielsetzungen wie Einsparung beim Rohstoffverbrauch, Umweltverträglichkeitsprüfung von Produkten und Produktionsverfahren sowie Erstellung von Öko-Bilanzen genannt. Die Zusammenarbeit mit den betrieblichen Umweltschutzbeauftragten erhält besonderes Gewicht.<sup>30</sup>

Das Verlangen nach einem Öko-Management oder einem ökologischen Mandat für den Aufsichtsrat als gewerkschaftliche Aufgaben einer Betriebsökologie kann nicht ausreichen. Auch hier wird die Frage zu beantworten sein, inwieweit eine Verknüpfung mit den Gesundheitsschutzinteressen und breite Einbeziehung der Belegschaft gewährleistet sind, um gegenmacht- und durchsetzungsfähig zu werden.

### 2.3 Tarifpolitische Ansätze

Gegenüber einer Betriebsvereinbarung hat das tarifpolitische Instrumentarium den Vorteil, verbindlichere und zugleich branchenweite Regelungen zu fixieren. Tarifliche Normen erleichtern darüber hinaus eine Sensibilisierung und Mobilisierung. Darauf weisen die betrieblichen Erfahrungen der Umsetzung des Gesundheitsschutzparagrafen im Mantel-

tarifvertrag der Druckindustrie hin.<sup>31</sup> Eine Betriebsrätebefragung zu diesem Thema ergab, daß das seit 1989 tariflich verankerte Informations- und Beschwerderecht zu einer spürbaren Sensibilisierung und Aktivierung in Gesundheitsfragen beigetragen hat.<sup>32</sup> 85 Prozent der Betriebsräte sehen von der Produktion in der Druckindustrie ausgehende Gesundheitsgefahren und immerhin über 66 Prozent befürchten auch ökologische Risiken.

Das Beschwerderecht im Gesundheitsschutz ist mittlerweile in weiteren Tarifbereichen der IG Medien (z.B. der papierverarbeitenden Industrie) übernommen worden. Erstmals gelang es der Gewerkschaft jetzt, im Manteltarifvertrag für Angestellte der bayerischen Zeitschriftverlage zusätzlich Regelungen zu einem "betriebsbezogenen Umweltschutz" durchzusetzen. Die Tarifregelung enthält die Bestimmung, daß von den in den Verlagen verwendeten Arbeitsmitteln und -verfahren keine Umweltschädigungen ausgehen dürfen und daß paritätische Umweltausschüsse eingerichtet werden, die Vorschläge erarbeiten und auf Betriebsversammlungen berichten sollen sowie Sachverständige heranziehen können.<sup>33</sup>

Das erste geschlossene Konzept eines ökologischen Tarifvertrags hat die Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten (NGG) im Frühjahr 1992 vorgelegt, über das noch in diesem Jahr verhandelt werden soll.<sup>34</sup> Den Anstoß lieferten die seit einigen Jahren im Rahmen von "Ernährungsforen" der NGG diskutierten Vorstellungen einer ökologischen Produktpolitik in der Nahrungsmittelindustrie. In dem Konzept fallen folgende Aspekte besonders auf:

\* Die Rolle von paritätischen Umweltausschüssen und die Stellung von Umweltschutzbeauftragten werden erheblich aufgewertet etwa durch die Forderung nach Freistellung, Kündigungsschutz und Mitwirkungsrecht des Betriebsrats.

\* Zu einer Demokratisierung und Öffnung für Eigenaktivität der Beschäftigten sollen mehrere Regelungen beitragen: Durch eine bezahlte Freistellung für Beratungen und für eine Fortbildung zu Umweltfragen, die nicht nur von Betriebsratsmitgliedern sondern von allen Beschäftigten in Anspruch genommen werden kann, wird der Handlungsspielraum ebenso erweitert wie durch eine mögliche Bildung freiwilliger betrieblicher Arbeitskreise. Ein Beschwer-

derecht bei vermuteten umwelt- und gesundheitsgefährdenden Tatbeständen und ein Arbeitsverweigerungsrecht bei Gefahr für Gesundheit und Leben können die individuellen Handlungsmöglichkeiten stärken.

\* Gesundheitsschutz und betrieblicher Umweltschutz werden in allen Forderungsbereichen integriert angesprochen. Mit dieser Konkretisierung geht die NGG über die Vorstellungen der IG Metall in ihrem Diskussionsentwurf "Tarifreform 2000" hinaus.<sup>35</sup> Dort werden u.a. jährliche Umweltberichte der Umweltbeauftragten und eine entsprechende Information von Betriebsrat und Beschäftigten sowie die Bildung von Arbeits- bzw. Planungsgruppen gefordert, die sich mit Umweltverträglichkeitsprüfungen, Produktlinienanalysen, Innovationsvorschlägen und Energie- und Rohstoffesparungen befassen sollen. Vorgesehen sind ebenfalls Beschwerde- und Leistungsverweigerungsrechte bei Verstößen gegen Arbeitsschutz- und Umweltschutzbestimmungen.

Über eine tarifpolitische Initiative auf diesem Gebiet wird vor allem in der IG Metall Baden-Württembergs diskutiert, die mit ihrer Gefahrstoff-Aktion *Tatort Betrieb* seit 1988 ein umweltpolitisches Aktionsfeld erschlossen hat. Als erster Umsetzungsversuch der in "Tarifreform 2000" entwickelten Gesundheitsschutz- und Arbeitsökologie-Forderungen kann ein Haustarifvertrag in einem schleswig-holsteinischen Metallunternehmen angesehen werden, der Informations-, Reklamations- und Mitbestimmungsrechte vorsieht.<sup>36</sup>

### 2.4 Mobilisierungskonzept und Gefahrstoff-Substitution

Unmittelbar geprägt von der gewerkschaftlichen Umweltdiskussion nach Tschernobyl war 1988 im baden-württembergischen IG-Metall-Bezirk ein betriebsbezogenes Umweltaktionskonzept entwickelt worden.<sup>37</sup> Diese Aktion "Tatort Betrieb" wird seit 1988/89 mit wechselnden Schwerpunkten durchgeführt; sie hat über Baden-Württemberg hinaus Nachahmung gefunden. Ziele dieser Aktion sind vor allem die Substitution gesundheits- und umweltschädigender Arbeitsstoffe bzw. -verfahren und die Durchsetzung einer präventiven Umweltpolitik im Betrieb. Für das Konzept sind folgende Gesichtspunkte charakteristisch:

\* Die Information und Mobilisierung der Belegschaften setzt an konkreten

Gefahrstoffgruppen (zuerst die chlorierten Lösemittel Per und Tri, dann Kühlschmierstoffe) an, die gleichsam Schnittstellen zwischen außerbetrieblichen Umwelt- und innerbetrieblichen Gesundheitsproblemen darstellen. Durch diese Aktion öffnete sich der traditionelle Arbeitsschutz, der als Träger der Mobilisierung im Betrieb unverzichtbar ist, für ökologische Themen. Da die Aktion eine innere Dynamik einer "ökologischen Spurensuche im Betrieb" freisetzt, bleibt sie nicht bei Einzelgefahrstoffproblemen stehen, sondern ermöglicht es, Probleme einer ökologischen Unternehmenspolitik zu thematisieren.

\* Die IG Metall konnte sich durch die Aktion als eigenständige umweltpolitische Kraft profilieren, die die neuen Umweltrahmenbedingungen seit Ende der achtziger Jahre ausnutzt. Dazu zählen eine sensibilisierte Öffentlichkeit, aber vor allem auch eine ausgeweitete Umweltgesetzgebung, die insbesondere im Abfall- und Entsorgungsbereich den Handlungsdruck bei den Unternehmern verstärkte. Erforderliche Umstellungen in den Betrieben wurden durch die Aktion der IG Metall für eine Substitution, z.B. von CKW-Reinigungsverfahren durch wässrige Systeme, beschleunigt. Die Voraussetzungen für eine Zusammenarbeit zwischen Betriebsrat und Umweltbeauftragten und für eine präventive Umweltpolitik im Betrieb verbesserten sich.

\* "Tatort Betrieb" kann als neuer Politikansatz einer gewerkschaftlichen Umweltaktion bezeichnet werden: In Abgrenzung zu einer reinen Stellvertreterpolitik wird der Bewegungs- und Mobilisierungsaspekt betont, auf eine betriebspolitische Verankerung gesetzt und die aktive Beteiligung der Beschäftigten angestrebt. Im Aktionsverlauf war eine beachtliche Resonanz in den Belegschaften und eine Erweiterung an Problembewußtsein und Kenntnissen in den Betrieben zu registrieren. Vielerorts profilierten sich neue betriebliche Öko-Experten.

Für die baden-württembergische Aktion sind langfristige und zentrale Planung sowie konzeptionelle Beratung durch wissenschaftliche Experten charakteristisch. Einen sehr viel spontaneren Verlauf nahm in den letzten zwei Jahren eine Substitutionsbewegung in der Druckindustrie, bei der in einer Reihe von Offset-Druckereien pflanzliche Reinigungsmittel als Alternativen zu den gesundheitsschädlichen Lösemitteln

durchgesetzt wurden.<sup>38</sup> Voraussetzung war eine aktive gewerkschaftliche Gesundheitsschutzpolitik, die eine entsprechende Umstellungsbereitschaft förderte. Initiiert von der gewerkschaftlichen Kooperationsstelle in Hamburg ist inzwischen ein branchenweiter Informationsaustausch zwischen den verschiedenen Beteiligten im Substitutionsprozeß, von der Herstellerindustrie der Reinigungsmittel bis zu den Anwendern, begonnen worden, der den Technologietransfer beschleunigen und Gesundheits- und Umweltverträglichkeitskriterien unterziehen soll.<sup>39</sup>

### 2.5 Vom Betrieb zur Politik

Betriebliche Gesundheits- und Umweltverträglichkeitsprüfungen von Arbeitsstoffen und Produkten erfordern Vorstellungen, wie notwendige Substitutionsprozesse in der Gesamtbranche und die umwelt- und gesundheitspolitischen Rahmenbedingungen beeinflusst werden können. In der Regel muß damit auch die Frage ökologischer Umorientierungen in der Chemiewirtschaft thematisiert werden. Mit der neu eingerichteten Chemie-Enquete-Kommission des Bundestages haben sich die Voraussetzungen dafür verbessert.

Die Überlegungen der NGG zu einer ökologischen Produktpolitik in der Nahrungsmittelindustrie sind ein Beispiel für ein Branchenkonzept. Die IG Bau-Steine-Erden unterstützt den Aufbau einer Produktinformationsbank der Bauindustrie, die gleichzeitig Produktalternativen dokumentiert, um gegenüber der Bauchemie Marktmacht zu organisieren und ökologische Umstellungen zu unterstützen. Im kommunalen Bereich versucht die Gewerkschaft erfolgreich, über die Bauämter Einfluß auf eine öffentliche Auftragsvergabe zu nehmen, die Gesundheits- und Umweltschutzkriterien berücksichtigt.

Die Einflußnahme auf die politischen Rahmenbedingungen und die systematische Verknüpfung mit den betrieblichen Initiativen schaffen erst die Voraussetzungen für ökologische Umbaumaßnahmen. Zweifellos sind solche praktischen Vorstöße noch sehr unterentwickelt.

### 3. Arbeitsökologie als gewerkschaftliches Konzept

Die von den Unternehmern verfolgten Konzeptionen des Öko-Managements

verlangen nach eigenen, auf Gegenmacht beruhenden Vorstellungen der Gewerkschaften. Die Management-Konzepte zielen auf eine "unternehmensverträgliche" Bewältigung der in erster Linie von außen an sie herangetragen umweltpolitischen Anforderungen. "Unternehmensverträglich" meint: Sicherung der Kapitalverwertung, positives Umweltimage, produktivitätsförderliche Motivation und Bindung der Belegschaften unter der Regie des Managements.

In den gewerkschaftlichen Ansätzen kommen demgegenüber in unterschiedlichem Maße eine Reihe von Erfahrungen zum Tragen, die unseres Erachtens so zusammengefaßt werden können:

\* Sie thematisieren auch in der Ökofrage die ungleiche und besondere Belastung der Beschäftigten. Der Smog ist keineswegs, wie eine vielzitierte Formel nahelegt, "demokratisch". Die räumliche Nähe zu den betrieblichen Umwelttrisiken, die daraus resultierenden Gesundheitsbelastungen bei der Arbeit, die unterschiedlichen Grenzwerte für Schadstoffbelastung in der Arbeits- und der außerbetrieblichen Umwelt sind Ursachen dieser besonderen Betroffenheit. Die betriebliche Umwelt erscheint in der Doppelform von Arbeitsumwelt und Umwelt des Betriebes mit den jeweils "nach innen" wie "nach außen" wirkenden Umweltbelastungen. Beide Aspekte unter einen konzeptionellen Hut zu bringen dürfte ein Hauptproblem für die betriebliche Interessenvertretung und die Gewerkschaften sein.<sup>40</sup> Die Stärke eines arbeitsökologischen, Gesundheits- und Umweltprobleme verknüpfenden Ansatzes liegt darin, daß er aus der Verbindung von betrieblicher Betroffenheit und allgemeinem umweltpolitischen Anspruch Schubkraft und Durchsetzungschancen für ein eigenständiges, interessenorientiertes Konzept der Gewerkschaften gewinnen kann.

\* In allen gewerkschaftlichen Konzepten ist die Aufnahme der gewachsenen Mitentscheidungs- und Gestaltungsbedürfnisse der "modernen" Lohnarbeiter ein zentraler Punkt. Das verweist auf ein wichtiges innerbetriebliches Konfliktfeld gegenüber den auf Alleinentscheidung pochenden Unternehmerkonzeptionen. Hier ergeben sich auch Verbindungen zu anderen Demokratisierungsforderungen und -bewegungen.

\* Betriebliche Umweltpolitik der Gewerkschaften stützt sich insofern auf wesentliche Veränderungen in Bedürf-

nissen und Wertorientierungen, bei denen dem Schutz von Umwelt und Lebensgrundlagen ebenso wie dem Mitentscheidungsverlangen größere Bedeutung zukommt - auch bei Kerngruppen der Lohnabhängigen.<sup>41</sup> Obgleich es sich hier z.T. um "latente", in ihrer Handlungsbedeutung erst durch gewerkschaftliche Politik zu aktivierende Wertorientierungen handelt, die durch andere Probleme - insbesondere die "traditionellen" sozialen Probleme - überlagert werden können, scheinen sie doch überraschend stabil zu sein. Die bisher am stärksten besuchte Konferenz der IG Metall im Zusammenhang mit "Tatort Betrieb" fand mitten in der Tarifrunde 1992 statt. Die Stabilität solcher Orientierungen hängt offenbar auch damit zusammen, wie stark sie in der alltäglichen Gewerkschaftspraxis bereits verankert sind.

Die Unternehmen brüsten sich damit, daß viel für die Umwelt getan werde. Das ist natürlich nicht nur Propaganda. Aber "abgerechnet" wird auf der Ebene von Konzernen oder der Volkswirtschaft insgesamt. Und hier ist die Überkompensation von einzelnen Schadstoff-Reduktionserfolgen durch den Mengeneffekt des steigenden Outputs der für die Umweltsituation allein entscheidende Effekt. Er kann nur durch gesamtgesellschaftliche Vernunft gegen das einzelkapitalistische Vewertungsinteresse umgekehrt werden. Ob die Gewerkschaften als Organisationen, die die Gesamtheit der Reproduktionsinteressen der Lohnabhängigen im Auge haben müssen, auch zum betrieblichen Artikulator solcher Gesamtinteressen und damit Träger eines "ökologischen Mandats" werden können, oder ob sie dadurch überfordert sind, dürfte eine der auch für ihre eigene Zukunft wichtigen Fragen sein.

<sup>1</sup> Vgl. infas, Gewerkschaften vor den Herausforderungen der 90er Jahre, Düsseldorf o.J. (1987), sowie als Übersicht: André Leisewitz/Klaus Pickshaus, Ökologie und Betrieb: Handlungsmöglichkeiten und Widersprüche gewerkschaftlicher Politik, in: dies. (Hrsg.), Gewerkschaften, Klassentheorie und Subjektfrage, Frankfurt/M. 1990, S. 159 ff.

<sup>2</sup> Vgl. Lutz Wicke/Hans-Dietrich Haasis/Franz Josef Schafhausen/Werner Schulz, Betriebliche Umweltökonomie. Eine praxisorientierte Einführung, München 1992, S. 27, 47.

<sup>3</sup> Ebd., S. 41 f.

<sup>4</sup> Ebd., S. 605 f.

<sup>5</sup> Ebd., S. 47.

<sup>6</sup> Ebd., S. 50.

<sup>7</sup> "Kritisch wird es, wenn der Umweltschutz Geld kostet, weil wir es freiwillig tun - nicht, wenn die Wettbewerber es auch tun müssen." Ulrich Steger (VW), in: Die Zeit vom 20.3.1992, S. 33.

<sup>8</sup> Lutz Wicke u.a., a.a.O., S. 622 ff.

<sup>9</sup> Ebd., S. 69. Waldemar Hopfenbeck, Umweltorientiertes Management und Marketing. Konzepte - Instrumente - Praxisbeispiele, Landsberg/Lech 1990, S. 387 f.

<sup>10</sup> Vgl. IG Chemie (Hrsg.), Handlungsanleitung betrieblicher Umweltschutz, Hannover 1991. Eine umfassende juristische Kommentierung gibt Ralf Trümner, Betriebsökologie und Betriebsverfassung, Manuskript, vorgelegt bei der Tagung der Hans Bäckler Stiftung "Betrieblicher Umweltschutz und Mitbestimmung", 5.12.1991, Bad Homburg.

<sup>11</sup> Lutz Wicke u.a., a.a.O., S. 51 ff.; Eberhard Schmidt, Umweltschutz ist nicht nur Chatsache, in: forum arbeit, Heft 1-2/1992, S. 10 f.

<sup>12</sup> Vgl. ebd., S. 51 ff.; Waldemar Hopfenbeck, Umweltorientiertes Management und Marketing, a.a.O., S. 382 ff.

<sup>13</sup> Vgl. Reiner Höhn, Betriebsbeauftragte im Umweltrecht. Gutachten im Auftrag der Industriegewerkschaft Metall, Frankfurt/M. 1990, hektogr.

<sup>14</sup> Vgl. IG Chemie (Hrsg.), Handlungsanleitung betrieblicher Umweltschutz, a.a.O., S. 45 ff.

<sup>15</sup> Eberhard Behnke (VBU-Geschäftsführer), Betriebsbeauftragter "ein vorübergehendes Phänomen"?, in: UmweltMagazin, Heft 4/1992, S. 90 f.

<sup>16</sup> Eckart Hildebrandt, Betrieblicher Umweltschutz zwischen Öko-management und Mitbestimmung - Einbindungsstrategie oder Eigeninitiative, in: Arbeit & Ökologie-Briefe, Heft 1-2/1992, S. 7 ff.

<sup>17</sup> Lutz Wicke u.a., a.a.O., S. 53 ff.; Arnd Hardtke/Karin Kaiser, Das Management der Motivation. Kein Umweltschutz ohne Veränderung im Mitarbeiterverhalten (Teil 12 der Serie "Umweltschutz-Management"), in: Blick durch die Wirtschaft vom 26.2.1991.

<sup>18</sup> Lutz Wicke u.a., a.a.O., S. 46 ff.

<sup>19</sup> Ulrich Steger, Umweltschutz als Strategie des Betriebs, in: Blick durch die Wirtschaft vom 3.3.1992.

<sup>20</sup> Waldemar Hopfenbeck, Umweltorientiertes Management und Marketing, a.a.O., S. 399.

<sup>21</sup> "Vorstandssache ist auch der zweite Knotenpunkt: die Einbindung des Betriebsrats. Dies eröffnet die Chance zum Abbau hergebrachten Frontendens und für neue Koalitionen. Häufig nämlich bündeln Betriebsräte enormes Wissen über Umweltschwachstellen im Betrieb. Wer dieses Know-how nutzt, gewinnt Verbündete und Multiplikatoren." Management-Magazin-Spezial, Heft 2/1991, S. 79, zitiert nach Eckart Hildebrandt, Betrieblicher Umweltschutz ..., a.a.O., S. 8.

<sup>22</sup> Vgl. z.B. F. Annighöfer/L. Greeno, Gutes Image stützt den Erfolg, in: Chemische Industrie, Heft 9/1989, S. 74.

<sup>23</sup> Vgl. f. Manuel Kiper u.a., "Umweltschutz versus Wettbewerbsfähigkeit? Über den Zusammenhang von ökologischer Rationalisierung, ArbeitnehmerInneninteressen und wirtschaftlichem Erfolg", in: Wechselwirkung Nr. 51, Oktober 1991, S. 19 ff.

<sup>24</sup> Vgl. Eberhard Schmidt, Ökologisch erweiterte Arbeitspolitik: Umweltschutz in Betriebsvereinbarungen und Tarifverträgen, in: Jürgen Hoffmann u.a. (Hrsg.), Der Betrieb als Ort ökologischer Politik, Münster 1992, S. 293 ff.

<sup>25</sup> Wilhelm Kulke, Über 50 Vereinbarungen unter Dach und Fach, in: Gewerkschaftliche Umschau, Heft 2/1992, S. 18/19.

<sup>26</sup> Vgl. hierzu Friedhelm Küppers/Volker Teichert, Umweltpolitik im Betrieb - Betriebsvereinbarungen zum Umweltschutz in der Chemischen Industrie, in: WSI-Mitteilungen, Heft 12/1990, S. 755 ff.

<sup>27</sup> Dies., "Das Ganze darf keine Feigenblattfunktion haben". Praxis und Bedeutung von Betriebsvereinbarungen zum Umweltschutz in der chemischen Industrie, in: Die Mitbestimmung, Heft 11-12/1990, S. 696.

<sup>28</sup> Vgl. ebd.

<sup>29</sup> Vgl. hierzu den Fachinformationsdienst Arbeit & Ökologie-Briefe, Heft 4/1992, S. 15 ff. In dieser ersten Metall-Betriebsvereinbarung sind u.a. konkrete Regelungen zu Abfallvermeidung und -entsorgung sowie zum betrieblichen Vorschlagswesen enthalten.

<sup>30</sup> Die "Eckpunkte für eine Betriebsvereinbarung zum Umweltschutz in Unternehmen" des IG-Metall-Vorstands sind dokumentiert in: Arbeit & Ökologie-Briefe, Heft 21/1992, S. 13 ff.

<sup>31</sup> Der § 2a des Manteltarifvertrags der Druckindustrie wurde 1989 durchgesetzt und sieht Informations- und Beschwerderechte im Gesundheitsschutz vor. Vgl. Bruno Zwingmann, Arbeits- und Gesundheitsschutz durch Tarifvertrag. Neue Ansätze in der Druckindustrie, in: WSI-Mitteilungen, Heft 12/1989, S. 710 ff., und Klaus Pickshaus, Gesundheitsschutz und Ökologie als tarifpolitische Gestaltungsfelder, in: WSI-Mitteilungen, Heft 3/1991, S. 188 ff.

<sup>32</sup> Vgl. Andreas Stautz, Gesundheitsschutz als Unternehmensziel - wie geduldig ist Papier?, in: Karin Roth/Reinhard Sander (Hrsg.), Betriebsökologie und Unternehmenspolitik, Köln 1992 (im Erscheinen).

<sup>33</sup> Vgl. Arbeit & Ökologie-Briefe, Heft 12/1992.

<sup>34</sup> Vgl. den Wortlaut, ebd.

<sup>35</sup> Vgl. Vorstand der IG Metall (Hrsg.), Tarifreform 2000. Diskussionsvorschläge, Frankfurt/Main 1991.

<sup>36</sup> Vgl. "Bei Teldec-Press Mitsprache über Arbeitsökologie per Tarif", in: Arbeit & Ökologie-Briefe, Heft 20/1991, S.17/18.

<sup>37</sup> Vgl. zur Analyse der Erfahrungen dieser Aktion André Leisewitz/Klaus Pickshaus, Ökologi-

## V o n d e r Blockkonfrontation z u r Rüstungskonversion?

Die Neuordnung der internationalen Beziehungen, Abrüstung und Regionalentwicklung nach dem Kalten Krieg

von Stefan Pfeifer\*

Mit dem Golfkrieg im Januar 1991 ist militärische Gewalt wieder zum Mittel der Politik geworden. Das Schüren einer "Interventionshysterie" (Katrin Fuchs), wie derzeit in der Jugoslawien-Politik und Berichterstattung in der Bundesrepublik Deutschland zu erfahren, hat in diesem Kontext vor allem ein Ziel: die Kriegsbereitschaft und -fähigkeit des eigenen Grundgesetzes und damit der Bevölkerung (wieder) herzustellen.

Der Gewaltapparat selbst ist seit langem kriegsfähig. Derzeit wird rationalisiert, effizienter gemacht und abgespeckt: die Militär- und Rüstungsausgaben, die in der ersten Hälfte der 80er Jahre stark gestiegen waren, haben 1987 ihren Höhepunkt erreicht und sinken seitdem. Besonders die für die Rüstungskonzerne entscheidenden Ausgaben für militärische Produktion und Beschaffung fallen: nach den Planzahlen des "Bundesministeriums für Verteidigung" sollen die Ausgaben für militärische Beschaffung nach 12 Mrd. DM 1987, 9,5 Mrd. 1991 auf 5,6 Mrd. DM 1995 sinken.

Die im Band 4 der Reihe "Wege der Friedenswissenschaft" veröffentlichten Texte entstanden größtenteils im Zuge der Vor- und Nachbereitung eines Kongresses, den die Bremische Stiftung für Rüstungskonversion und Friedensforschung am 9. November 1991 zu diesem Thema veranstaltete.

Insgesamt kommen vom General a.D. über Betriebsräte, WissenschaftlerInnen, VertreterInnen von Friedensorganisationen und von Rüstungsunternehmen 23 AutorInnen aus den alten und den neuen Bundesländern zu Wort.

Die HerausgeberInnen, Christoph Butterwege und Eva Senghaas-Knobloch, gliedern den Band in drei Teile.

Die meisten Beiträge des ersten Abschnittes ("Probleme und Perspektiven

einer europäischen Friedensordnung") folgen noch dem Leitbild einer "europäischen Zivilgesellschaft". Eva Senghaas-Knobloch hält "nicht-gouvernementale Verbindungen in einem Netzwerk von Bürgerinitiativen und Vereinigungen" als Ergänzung zum "Zentrum für Konfliktbeilegung in Wien" (S.49) für notwendig.

Christine Merkel setzt auf "europäische BürgerInnen-Räte für Konfliktvorsorge und -lösungen" in einem "Europa von unten" (S.54). Nach den in den letzten Monaten beschlossenen Plänen des Verteidigungsministeriums, der WEU und der NATO und den verschiedenen Niederlagen der "Zivilgesellschaft" von Rostock und Hünxe bis Tiflis und Osijek ist dieser Ansatz heute nicht mehr tauglich.

Von wenigen Beiträgen abgesehen (z.B. von Herbert Wulf, Ralf Hofer/Christiane Urban) werden die realen Entwicklungsstendenzen nicht verarbeitet. Die dahinterstehenden Konzepte und ökonomischen und politischen Interessen der Herrschenden in den reichen Zentren Europas bleiben ausgeblendet.

Dies ändert sich teilweise im zweiten Teil des Bandes ("Abrüstung, Konversion und regionale Strukturpolitik"). Ottfried Nassauer kommt in seiner faktenreichen Analyse der bundesdeutschen Rüstungs- und -infrastrukturplanung zu folgendem Ergebnis: "Strukturellen Eingriffen wird ausgewichen. Man versucht, möglichst viele Vorhaben am Leben zu erhalten und das Prinzip "Hoffnung auf die Trendwende" zur Planungsgrundlage zu erheben." (S.118).

Leserin und Leser können in weiteren Beiträgen dieses Teils einen Überblick über die vielfältigen Probleme und Schwierigkeiten bei der Auflösung von Militärstandorten und sinkender Staatsapparate nach Rüstung aus verschiedenen Regionen von Brandenburg über Bremen, Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein bis Zweibrücken gewinnen.

Um das Konzept der Konversion, das sich zum Ziel gesetzt hat, die Kluft zwischen Abrüstung und der Sicherung der ökonomischen und sozialen Interessen der Menschen, die ihre Arbeitskraft bisher an diesen Sektor verkauft haben, geht es im Teil drei ("Akteure und Handlungsfelder der Konversion") des Buches.

Wolfram Elsner geht in seinem sehr fundierten Beitrag "Regionale Strukturpolitik und Rüstungskonversion" von ei-

nem "abrüstungsbedingten Strukturwandel" aus, bei dem mit einer ganzen "Palette von unternehmerischen Reaktionsformen gerechnet werden" muß (S.241). "Konversion im engeren Sinne" wie er die betriebliche Umstellung der Produktionsziele und -kapazitäten am bestehenden Standort mit allen vorhandenen Beschäftigten nennt, ist dabei nur ein Pol der Optionen. Der andere besteht darin, daß einzelne Unternehmen anstreben, durch Exportoffensiven, Internationalisierung und Unternehmensübernahmen einen größeren Anteil am kleiner werdenden Markt zu erlangen.

Herbert Zeretzke deutet an, welche privilegierte Profitrealisierungsmöglichkeit Rüstungsunternehmen damit verteidigen wollen: "so bieten Staatsaufträge für Rüstung die (perverse) Chance zur öffentlich geförderten Etablierung von Hochtechnologie in der privaten Wirtschaft. Auch wenn die zivilen Spin-Effekte dabei gering sind, sind Mischkalkulationen bei den betrieblichen Abläufen möglich, und es handelt sich um sichere, weitgehend von Marktschwankungen unabhängige Gewinnquellen für die beteiligten Unternehmen." (S. 312) Ahlmann-Eltze/Neumann zeigen auf, daß der Wegfall militärischer Aufträge viele strukturelle Deformationen der Rüstungsunternehmen offenlegt: sie produzieren keine oder zu wenig eigene zivile Produkte, es fehlt an Kenntnissen und Erfahrungen auf zivilen Märkten, die Kostenstruktur ist aufgrund von Monopolisierungen und überhöhten militärischen Qualitätsmaßstäben sehr schlecht, Vertriebserfahrungen sind nicht vorhanden, Organisationsstrukturen sind sehr hierarchisch. Angesichts dieser "Wettbewerbsnachteile" und dem Zwang zur Profiterwirtschaftung wird der "Markt" keineswegs dafür sorgen, daß Firmenstillegungen und damit verbunden Arbeitslosigkeit bis hin zu regionalen Krisen ausbleiben werden.

Das Buch "Von der Blockkonfrontation zur Rüstungskonversion" bietet eine gute Einstiegsmöglichkeit in dieses Thema. Es zeigt auf, vor welchen Anforderungen die Durchsetzung von Konversion steht. Die Durchsetzung von Konversion wird aber nur einer von mehreren Einflußfaktoren gegen die Militarisierung der Politik sein. Den politischen Kampf gegen eine "Logik des Krieges", gegen deutsche Weltmachtspolitik und Interventionismus kann sie nicht ersetzen.

## An alle, die Beifall geklatscht hätten, wenn in Deutschland wieder Menschen verbrannt wären!

Die erschreckenden Ereignisse in Rostock und zahlreichen anderen Orten der Bundesrepublik sowie die noch schrecklichere Gaffer- und Unterstützer-Szene zwingen uns zu folgender Stellungnahme:

- Wieder sind Deutsche bereit, ihre Wut an Unschuldigen auszutoben.
- Wieder sind Deutsche bereit, sich von den eigentlichen Gründen ihrer sozialen Not und beruflichen Perspektivlosigkeit ablenken zu lassen.
- Wieder sind Deutsche bereit, zuzusehen, wie Menschen öffentlich mißhandelt und gejagt werden. Fremdenhaß verdeckt die eigene Leere.
- Asylsuchende kommen nach Deutschland, unabhängig von unserer Rechtslage, weil sie in Not sind, wobei zum Teil organisierte Banden ihnen den letzten Rest ihrer Habe rauben und sie mit falschen Versprechungen locken.
- »Deutschland den Deutschen« weisen wir zurück. Wir leben seit Jahrzehnten mit Menschen aller Nationen zusammen. Sie sind keine Menschen zweiter Klasse. Wir müssen nicht nur, wir wollen mit ihnen zusammenleben.

Für die Vorgänge in Rostock und anderswo gibt es keine Entschuldigung! Wir appellieren an alle Bürgerinnen und Bürger, sich der Kette aus Ressentiment, Verleumdung, Gewalt entgegenzustellen.

Alexander Verlag, Berlin • alibaba Verlag, Frankfurt am Main • Aufbau-Verlag, Berlin • Argument, Berlin / Hamburg • BdWi-Verlag - Verlag des Bundes demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, Marburg • Blätter für deutsche und internationale Politik, Bonn • Bleicher Verlag, Gerlingen • Campus Verlag, Frankfurt am Main • Ergebnisse Verlag, Hamburg • FIB - Forschungs-, Informations- u. Bildungsstelle beim BdWi, Marburg • S. Fischer Verlag / Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt am Main • Forum Wissenschaft, Marburg • Frauenoffensive Verlag, München • Verlag Frederking und Thaler, München • Freilag - Die Ost-West-Wochenzeitung, Berlin • Verlag am Galgenberg, Hamburg • O. Gracklauer Verlag, Berlin • Peter Hammer Verlag, Wuppertal • Edition Hertrich, Berlin • Hinstorff Verlag, Rostock • IKO - Verlag für interkulturelle Kommunikation, Frankfurt am Main • Informationsdienst Wissenschaft & Frieden, Bonn • IWIF - Informationsstelle Wissenschaft und Frieden, Bonn • Junius Verlag, Hamburg • Verlag Kieperhauer & Witsch, Köln • Kommune, Frankfurt am Main • Wolfgang Krüger Verlag, Frankfurt am Main • Künstler in Aktion, Köln • Antje Kunstmann Verlag, München • KVA Verlagsauslieferung, Kiel • Lambert Schneider Verlag, Gerlingen • Peter Lang Verlag, Frankfurt am Main • Listen - Zeitschrift für Leserinnen und Leser, Frankfurt am Main • Luchterhand Literatur Verlag, Hamburg • Moby Dick Verlag, Kiel • Naturwissenschaftler-Initiative - Verantwortung für den Frieden, Reinbek • Neues Deutschland Druckerei und Verlag, Berlin • Verlag Dirk Nishen, Berlin • Öko-Institut, Freiburg / Darmstadt • Verlag der ökologischen Briefe, Frankfurt am Main • Öko-Test Magazin, Frankfurt am Main • Orlanda Frauenverlag, Berlin • PapyRossa Verlag, Köln • Paroli, Köln • R. Piper Verlag, München • Politische Ökologie, München • Proitt Verlagsauslieferung, Fernwald • Psychologie heute, Weinheim • Quadrige Verlag, Weinheim • Reclam Verlag, Leipzig • Philipp Reclam jun. Verlag, Stuttgart • Verlag Ernst Reinhardt, München • Rotation Verlag und Vertriebs, Berlin • Rotbuch Verlag, Berlin • Rundbrief demokratischer Ärztinnen und Ärzte, Frankfurt am Main • Schüren Presse Verlag, Marburg • Semmel Verlag, Kiel • Verlag an der Ruhr, Mülheim • sova Verlagsauslieferung, Frankfurt am Main • Sozialistisches Büro, Offenbach • Sozialismus, Hamburg • tende Verlag, Dülmen • Unsere Jugend, München • VAS Verlag, Frankfurt am Main • VSA Verlag, Hamburg • Verlag Klaus Wagenbach, Berlin • Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster • Verlag 2000, Offenbach • Verlag der Weltbühne, Berlin

## Weiterhin lieferbare Titel aus dem **SPW**-Verlagsprogramm

Ich bestelle:

Expl. Josef Hindels, **Marxismus und Gegenwart**  
Berlin 1985 (2. Auflage); 146 Seiten, Ladenpreis 9,- DM, für  
AbonentInnen 6,- DM, bei Abnahme von min. 10 Expl. 5,- DM je Stück.

Expl.: **FRAUENBILDER**. Die weibliche Wirklichkeit ist  
anders

Hrsgg. von den JungsozialistInnen Berlin, Berlin 1986; Ergebnisse eines  
Fotowettbewerbs der Berliner JUSOS, 80 Seiten mit Fotos, Ladenpreis  
19,80 DM, für AbonentInnen 15,- DM.

Expl.: **Kapitalistische Krise und Strategien der  
Eurolinken**.

Fragen einer sozialistischen Politik in Westeuropa  
Hrsgg. von Detlev Albers, Josef Cap, Jean-Pierre Chevènement und  
Pietro Ingrao, Berlin 1982; mit Beiträgen von AutorInnen aus der  
gesamten westeuropäischen Linken, 160 Seiten, Ladenpreis 21,50 DM,  
für AbonentInnen 12,- DM.

Expl.: **Herforder Thesen**.

Zur Arbeit von Marxisten in der SPD  
Hrsgg. vom Vorstand der JUSOS Ostwestfalen-Lippe, Berlin 1981 (2.,  
überarbeitete Auflage); Ladenpreis 8,- DM, für AbonentInnen 5,- DM.  
Grundlegende Positionsbestimmung von MarxistInnen in der SPD zu  
Beginn der 80er Jahre, anknüpfend an den marxistischen Traditionen in  
der deutschen wie auch internationalen Sozialdemokratie.

Expl.: **Sozialismus der Zukunft**. Grundlagen für das neue  
Programm der SPD

Hrsgg. von Detlev Albers, Frank Heidenreich, Heinrich Lienker und Kurt  
Neumann, Berlin 1988; mit Beiträgen von Diether Dehm, Jürgen Egerl,  
Katrin Fuchs u.a., 185 Seiten, Ladenpreis 17,50 DM, für AbonentInnen  
15,- DM.

Expl.: **Projekt Moderner Sozialismus**. 53 Thesen  
Hrsgg. von Susi Möbbeck, Fiete Saß und Birgit Zoerner, Berlin  
1989; Ladenpreis 8,- DM, für AbonentInnen 7,- DM. In 53 Thesen  
formulierten marxistische Jusos in der SPD Bausteine für eine zeitgemäß  
Gesellschaftsanalyse und eine moderne sozialistische Strategie.

Expl.: **Vorwärts, rückwärts, seitwärts ...  
Das Lesebuch zur SPD-Organisationsreform**

Hrsgg. von Peter von Oertzen und Susi Möbbeck, Köln 1991, 190 Seiten,  
Ladenpreis 19,80 DM

Expl.: **Zwischen Nationalstaat und Globalpolitik**  
Bausteine für einen neuen Internationalismus. Hrsg. v. Katrin Fuchs und  
Joachim Schuster, Köln 1992, 164 Seiten, Ladenpreis 19,80 DM

**spw-Hefte 1, 3-29:**  
Ladenpreis je 9,80 DM, für AbonentInnen je 5,- DM.

**spw-Hefte 30-50:**  
Ladenpreis je 9,50 DM, für AbonentInnen je 7,50 DM.

**Ab spw-Heft 51:**  
Ladenpreis je 7,- DM, für AbonentInnen je 7,- DM.

Ich bestelle  Expl. spw-Hefte Nr. ...

Ich zahle nach Erhalt der Rechnung (Preise zzgl. Versandkosten von 1,50 DM).

Ich zahle mit Verrechnungsscheck (versandkostenfrei).

Name, Vorname

Straße

PLZ, Ort

Datum, Unterschrift

spw-Verlag, Kieler Str. 13, W-5000 Köln 80



Individuen im gesellschaftlichen Raum.  
Was sie sich von der Zukunft versprechen mögen?

**spw verspricht mehr denn je**

Wer **spw** abonniert oder ein neues Abonnement vermittelt, erhält ab sofort - befristet bis 31. 12. 92. - **100% mehr Werbegeschenke** als bisher:

**2 attraktive Buchprämien für jedes neue Abo**

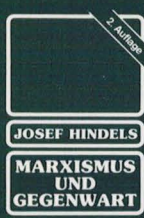
Unter 10 verschiedenen Titeln ist zu wählen:



Nr. 2/92  
Eckart Spoo (Hrsg.),  
Kohl-Zeit. Ein Kanzler  
und sein Deutschland,  
Köln 1991  
(PapyRossa), Laden-  
preis DM 20,-



Nr. 4/92  
Detlev Albers, Sozia-  
lismus im Westen.  
Erste Annäherungen:  
Marxismus und  
Sozialdemokratie,  
Hamburg 1987 (Argu-  
ment), Ladenpreis  
DM 19,80



Nr. 6/92  
Josef Hindels,  
Marxismus und Ge-  
genwart, Berlin 1985  
(spw), Ladenpreis  
DM 9,-



Nr. 8/92  
Katrin Fuchs, Joachim  
Schuster (Hrsg.),  
Zwischen  
Nationalstaat und  
Globalpolitik. Bauste-  
ine für einen neuen  
Internationalismus,  
Köln 1992 (spw),  
Ladenpreis DM 19,80



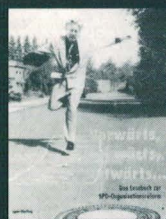
Nr. 10/92  
Lutz Hoffmann, Die  
unvollendete Republi-  
k  
Zwischen  
Einwanderungsland  
und deutschem  
Nationalstaat, 2.  
aktualisierte und  
erweiterte Auflage,  
Köln 1992  
(PapyRossa), Laden-  
preis DM 24,-



Nr. 3/92  
Peter Wahl (Hrsg.),  
Warum Montezuma  
nicht Europa entdeckt  
hat. Europa und die  
Dritte Welt, Köln  
1991 (PapyRossa),  
Ladenpreis DM 24,-



Nr. 5/92  
Jürgen Kuczynski,  
Probleme der  
Selbstkritik. Sowie  
von flacher Landschaft  
und vom Zickzack der  
Geschichte, Köln 1991  
(PapyRossa), Laden-  
preis DM 24,-



Nr. 7/92  
Peter von Oertzen,  
Susi Möbbeck (Hrsg.),  
Vorwärts, rückwärts,  
seitwärts... - Das  
Lesebuch zur SPD-  
Organisationsreform,  
Köln 1991 (spw),  
Ladenpreis DM 19,80



Nr. 9/92  
Arbeitsgruppe Alterna-  
tive Wirtschaftspolitik,  
MEMORANDUM  
'92, Köln 1992  
(PapyRossa), Laden-  
preis DM 24,-



Nr. 11/92  
WIR FRAUEN 1993  
Taschenkalender mit  
flexiblem Einband in  
Lila (PapyRossa), La-  
denpreis DM 11,80  
(lieferbar ab Septem-  
ber)

SPW ZU ABONNIEREN HAT KONJUNKTUR. BIS 31. 12. 92.

Coupon zur Abo- (und Buchprämien-) Bestellung im Hefinneren. Oder beiliegende Bestellkarte benutzen.